

10. April 1922

## MAX SCHIPPEL · DER KAMPF UM DEN ACHTSTUDENTAG

**A**LLMÄHLICH werden die Erörterungen über den Achtstudentag lebhafter. Reichlich spät. Denn am 31. März wäre der allgemeine *gesetzliche* Achtstudentag bereits in dem unheimlich übervollen, kaum noch übersehbaren Buch unserer deutschen Gesetze und Verordnungen gelöscht worden oder vielmehr ganz von selber erloschen, weil die Anordnungen vom 23. November und 17. Dezember 1918 lediglich für die außergewöhnliche Übergangszeit der wirtschaftlichen Demobilmachung erlassen waren, und die Verordnung vom 13. Februar 1921 über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilmachung den soeben überschrittenen Vierteljahrsschluß als Endfrist einer ganzen Reihe von zunächst rein provisorischen Maßnahmen angesetzt hatte. Im letzten Augenblick, am 30. März, mußte nun die Gültigkeit der Achtstudentagsverordnung durch ein Notgesetz um ungefähr ein halbes Jahr, bis zum 31. Oktober 1922, verlängert werden: eine Schonfrist, weil man sich an die wirkliche Regelung der Materie noch nicht herangewagt hatte.

Ein festerer Rückhalt ließe sich für den allgemeinen Achtstudentag allenfalls noch denken, aber unser landläufiger Scheinradikalismus wird nicht gern darauf zurückkommen wollen. Die der vielbefehdeten *Zentralarbeitsgemeinschaft* zugrunde liegende Vereinbarung zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vom 15. November 1918 steht nämlich noch immer in Kraft, und Ziffer 9 lautete hier:

»Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschnmälereien aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.«

Es lohnt kaum sich den Kopf zu zerbrechen, wie die Lage heute sein würde, wenn die damals, kurz vor dem Revolutionsausbruch, in Aussicht genommene Ausgestaltung und innere Festigung der einzelberuflichen paritätischen Organisationen und ihrer krönenden Zusammenfassung in einer, in gewissem Sinn ein deutsches Wirtschafts- und Sozialparlament darstellenden Spitze im Lauf der Jahre zielbewußt fortgeschritten und halbwegs erreicht wäre. Wir haben, schon um uns Verdrießlichkeiten mit einer lärmenden Linken zu ersparen, die Sache so gut wie fallen gelassen und uns nach guter deutscher Art unterdes die Zeit mit wichtigen "prinzipiellen Auseinandersetzungen",

mit Verwahrungen gegen die Halbheit der Parität und mit ähnlichen gewohnten Unterhaltsamkeiten vertrieben. Aber auch andere Kräfte, die wir weniger in der Gewalt hatten, haben uns aus der Position verdrängt, daß wir durch die Arbeitsgemeinschaften Wesentliches an dem Schicksal des Achtstundentags ändern könnten. Die oben angeführte Vereinbarung ist, gleichviel durch wessen Hauptschuld, zu einem beschriebenen Stück Papier herabgesunken, und irgendeine lebendige Kraft wird heute im Augenblick ernstlicher Gefahr nicht von ihr ausgehen. Ob man sie förmlich aufhebt, ob sie der Vergessenheit und Nichtbeachtung anheimfällt, für die nächste reale Entwicklung ist sie so gut wie ausgeschaltet.

Den grimmigen Ernst der Lage möchten unsere Leisetreter trotzdem vor sich und anderen verschleiern. Denn das Problem steht heute wirklich nicht mehr so wie in alter, gemütlicherer Zeit, die einstmals war und so bald nicht wiederkehren wird: Kann eine, mit den technischen, finanziellen und personellen Hilfsmitteln der Vorkriegszeit ausgerüstete Bevölkerung in 8 Stunden alles Erforderliche erzeugen, um neben dem Lebensbedarf der Masse und der notwendigen Ausweitung und Erneuerung des Produktionsapparats noch die unentbehrlichen und wünschenswerten staatlichen und freigesellschaftlichen, Kulturleistungen hinreichend zu sichern? Alle Ausführungen, die sich nach wie vor in diesem Ideenkreis drehen und nur wiederholen, was bis zum Jahr 1914 allerdings überaus richtig und einleuchtend war, sind nunmehr nichts anderes als senile oder übernaive Gedankenlosigkeiten. Denn wir wirtschaften heute mit einem jämmerlich ausgesogenen, verarmten Boden, mit einem, trotz allem äußerlichen Dividendenglanz und allen in die Augen stechenden Gewinnüberschüssen, verstümmelten, im großen und ganzen weiter verkümmerten, in seiner unumgänglichen Ausdehnung und Modernisierung unterbundenen sachlichen Produktionsapparat und mit einer persönlichen körperlichen wie geistigen Arbeitsfähigkeit, die erst langsam wieder der alten Höhe zustrebt. Wir sollen jedoch, neben der Befriedigung der regelmäßigen laufenden Lebens-, Produktions- und Kulturansprüche, nicht nur binnen wenigen Jahren einen jahrelangen Verfall wieder ausgleichen, der nach dem Krieg vielleicht noch schlimmer war als in den 4 und 5 Kriegsjahren. Wir sollen im Gegensatz zu früher nicht nur zahllose Kriegsverstümmelte, Witwen und Waisen, schwergeschädigte und heimat- und existenzlos gewordene Auslandsdeutsche wirtschaftlich mit durchschleppen. Wir sollen vor allem, ohne Gegenleistungen, die riesenhaftesten, gleichviel ob geldlichen oder sachlichen, Reparationsleistungen nach außen erfüllen, und Rathenau wies in seiner jüngsten Reichstagsrede mit Recht auf die ungeheure Tatsache hin; daß allein die im letzten Jahr aus der deutschen Wirtschaft herausgeholt 1½ Milliarden Goldmark die Jahresarbeit von 1 Million deutscher Arbeiter darstellen; das sind also 300 Millionen Arbeitstage oder, bei durchschnittlich 8stündiger Arbeit, 2400 Millionen Arbeitsstunden. Man mag mithin die überschlägigen Berechnungen von 1914 noch so sehr billigen und selber mit aufgestellt haben: mit den Belastungszufügungen von 1922 hätte man selbst damals, bei noch ungeschwächter nationaler Schaffenskraft, die zeitweilig notwendige Arbeitszeit kaum noch in maifeierlicher Stimmung und Erwartung beurteilt.

Unsere Vertrauensseligen täuschen sich jedoch zugleich über die überwiegende Geistesverfassung der heutigen Arbeiter. Sie sehen eine, durch ein-

heitliche Überzeugungen geschlossene Phalanx gegen die Durchbrechung des Achtstundentags aufgerichtet, wo heute die Arbeiterklasse längst die alte geistige und moralische Spannkraft, den alten unerschütterlichen Glauben und die entsprechende opferwillige Zuverlässigkeit nach dieser Richtung in sehr weitgehendem Maß verloren hat: teils weil das gewerkschaftliche Niveau der Massen überhaupt zurückgegangen ist, teils weil die Logik der veränderten Tatsachen, selbst unterhalb der Schwelle des klaren Bewußtseins, im stillen ihre unaufhaltsame Wirkung ausgeübt hat, weil die alten Argumente zwar noch in alter Weise vorgebracht werden, aber nicht mehr in alter Weise überzeugen.

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919 und 1920 bringen für die verschiedensten Arbeiterkategorien zahlreiche Belege für die freiwillige Mehrarbeit in dem gleichen Betrieb und für die Nebenarbeit auf anderen Gebieten. Die Handwerkskammern verlangen immer von neuem Abhilfe gegen die Fabrikarbeiter, die nach Feierabend sich ihrer alten handwerkertlichen Fertigkeiten erinnern, und gegen die Gesellen, die nach Werkstatt-schluß dem eigenen Meister Konkurrenz bereiten: wegen des tariflich verbürgten Lohns oft eine stark preisdrückende Konkurrenz. Die Uneingeschränktheit solcher Klagen mag man vielleicht für Übertreibungen erklären, wie sie aus einseitiger Anschauung und Interessiertheit so oft entstehen. Aber gewerkschaftliche Blätter haben gleichfalls schon oft den Finger auf die Wunde gelegt, und gewerkschaftliche Vereinbarungen schritten zuweilen gegen diese Mißstände ein, bedrohten die durch Nebenarbeit hervorgerufene Vereitelung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen mit scharfen Gegenmaßnahmen. Kaum eine andere Gewerkschaft hat die Arbeitszeitverkürzung als grundlegende Arbeitsreform durch lange Jahre so hoch gehalten wie der Verband der Holzarbeiter unter Leiparts Einfluß. Aber gerade die Holzarbeiterzeitung erhob wiederholt, zuletzt in dem Leit-aufsatz vom 14. Januar 1922, die bittersten Beschwerden:

»Der planmäßigen und konsequenten Arbeit unseres Verbandes war es zu danken, daß, als der Achtstundentag durch die Verordnung vom 23. November 1918 mit Gesetzeskraft in Deutschland eingeführt wurde, für einen sehr großen Teil der deutschen Holzarbeiter vertraglich eine Arbeitszeit bestand, die nur wenig über das nunmehr gesetzliche Höchstmaß hinausging. Wir konnten deshalb die Verordnung über den Achtstundentag als Anlaß benutzen sogleich einen weiteren Vorstoß hinsichtlich der Arbeitszeit zu machen, mit dem Erfolg, daß für weit über die Hälfte der Holzarbeiter, deren Arbeitsbedingungen vertraglich geregelt sind, die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 48 Stunden beträgt. Für den berechtigten Stolz, der uns über der Errungenschaften unserer Organisation auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung erfüllt, ist es peinlich feststellen zu müssen, daß dieser Erfolg von einem Teil der Kollegen gering geachtet wird. Aus zahlreichen Orten kommen Mitteilungen, aus denen geschlossen werden muß, daß die gesetzliche und vertragliche Arbeitszeit in einem Umfang überschritten wird, der gerade angesichts der Bestrebungen der Unternehmer auf Beseitigung des gesetzlichen Achtstundentages als recht gefährlich bezeichnet werden muß. Es wäre eine schlechte Politik, wollten wir den Blick vor dieser unerfreulichen Erscheinung verschließen und die unangenehmen Tatsachen ignorieren. . . . Daß die Begeisterung der Holzarbeiter für den Achtstundentag und die Verkürzung der Arbeitszeit Strohfeuer gewesen wäre, wird im Ernst niemand behaupten wollen. Gerade im Hinblick auf den Wert der kurzen Arbeitszeit ist in unserem Verband schon seit Jahrzehnten eine so intensive Aufklärungsarbeit geleistet worden, daß auch die jüngeren Mitglieder davon nicht unberührt geblieben sind und es eine unbegründete Beleidigung für unsere Kollegen wäre, wollte man behaupten, daß sie sich nur unter dem Einfluß der Massenpsychose für den Achtstundentag begeisterten. Es hat andere Ursachen, wenn jetzt so viele Überstunden geleistet werden.«



WIE sieht es mit den geistigen Waffen aus, mit denen wir unter den bezeichneten ungünstigen Umständen für den durchgehenden starren Achtstundentag in der Gegenwart kämpfen können? Sind etwa seit 1918 keine neuen Erfahrungen aufgetaucht, die unsere alten Hoffnungen, wenn nicht umstießen, so doch begrenzen und berichtigen? Haben wir aus der tatsächlichen Entwicklung nicht die Vielgestaltigkeit des ganzen Problems erst kennen gelernt, so daß wir eine schablonenhaft einfache Lösung nicht mehr erwarten können? Sind uns bei der praktischen Anwendung des Grundgedankens nicht viele bei näherem Zusehen innerlich ganz unvereinbare Widersprüche unseres überlieferten Standpunkts immer schärfer zum Bewußtsein gekommen?

Schon vor dem Krieg, bei mehr theoretischer Erwägung und Überprüfung, dachten wir, wie wir jetzt mehr und mehr merken, über die Wirkungen der Arbeitszeitherabsetzung keineswegs übereinstimmend. Denn das eine Mal vertraten wir den verkürzten "Normalarbeitstag", weil er die Überproduktion und die darauf folgende Arbeitslosigkeit, die beiden Geißeln der modernen Menschheit, mildere. Aber 1918-1919, was sollte uns, einem ausgehungerten, in Lumpen einhergehenden und hausenden Volk, ein Vorstoß gegen die Übererzeugung? Wir sprachen also nicht mehr davon. Das andere Mal feierten wir, genau in entgegenlaufender Denkweise, den kürzern Arbeitstag als Zwang zum technischen Fortschritt, zur Produktionssteigerung, und zwar recht häufig gleich wieder mit einer solchen Maßlosigkeit, daß einzelne unserer Parteischriststeller den Achtstundentag allen Ernstes als schärfste Waffe im internationalen Konkurrenzkampf der Nationen anpriesen: ein Volk, das die Mehrwerterhöhung nicht mehr durch endlose Arbeit gestatte, nötige seinem Kapitalismus eine solche Rationalisierung des ganzen Produktionsprozesses, eine solche Vervollkommnung des Maschinenwesens, eine solche Vermeidung toter Kosten des Betriebs und des Absatzes und was sonst noch alles auf, daß es gar keinen sicherern Weg zur Produktionsvermehrung und zur erhöhten Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt geben könne. Wo ist seit Ende 1918 irgendetwas von dieser automatischen Hebung zu spüren gewesen, und wer schwört heute noch auf solche durchschlagende Einfachheit wirtschaftlich-sozialer Zusammenhänge?

Ferner gingen wir früher kaum darauf aus jede Differenzierung der Arbeitszeit zugunsten eines für alle Betriebe und Produktionstätigkeiten schematisch einheitlichen Arbeitstags vollständig beseitigen zu wollen. Im Gegenteil, die Anschauungsweise Karl Marx' war uns in Fleisch und Blut übergegangen, daß einfache Durchschnittsarbeit etwas anderes sei als komplizierte Arbeit:

»Kompliziertere Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größern Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung.«<sup>1</sup>

Oder wir dachten mit Rodbertus:

»Dieser [normale Zeitarbeitstag] wird natürlich in den verschiedenen Gewerken nach der Zeitstundenzahl verschieden zu normieren sein, je nach der verschiedenen Intensität des Mühe- und Kraftaufwandes, den die Arbeit in je diesen Gewerken erfordert. Zum Beispiel, wenn er in dem einen Gewerk auf 10 Zeitstunden festgestellt werden soll, verdient er nach diesem Verhältnis in einem andern Gewerk vielleicht schon auf 8 Zeitstunden usw. herabgesetzt zu werden.«<sup>2</sup>

1) Siehe Marx Das Kapital I, 4. Auflage /Hamburg 1890/, Seite 11.

2) Siehe Rodbertus Briefe und sozialpolitische Aufsätze II /Berlin 1880/, Seite 552.

Die nicht unbeträchtlichen Arbeitszeitabstände zwischen den einzelnen Berufen vor dem Krieg waren zweifellos zum Teil durch die stärkere oder geringere soziale Hilflosigkeit der einzelnen Arbeiterkategorien bedingt; insoweit mag die Gesetzgebung durch sie mit Recht einen resoluten Strich machen. Zum andern Teil spiegelte sich jedoch in ihnen unverkennbar die abweichende Schwere und Mühe der Arbeit, die spezifische Anstrengung der beruflichen Arbeitsstunde wider. So weit wurden die Unterschiede in der Dauer des Arbeitstags durchaus als begründet anerkannt und als nicht unbillig empfunden, nicht nur bei wohlmeinenden Theoretikern wie Rodbertus, die ein ganzes System von Regelungen auf diesen Abstufungen des Kräfteaufwands aufbauten, sondern gerade bei den Arbeitern selber. Und unter der erstrebten allgemeinen Arbeitszeitverkürzung stellte man sich, soweit man über die Sonderwünsche seines Sonderberufs hinausblickte, im Grunde wohl stets noch eine, wenn auch in den absoluten Abständen verringerte, der Berufsschwere angepaßte Differenzierung der täglichen Arbeitszeiten vor. Dagegen die Verordnung vom November 1918 ist, dem Erfolg nach, wie mit roher Heckenschere über diese wohlbegründeten Abweichungen dahingefahren, und deshalb haftet dem ganzen Vorgehen in der Tat viel nichtgewolltes, schablonenhaft Naturwidriges an.<sup>3</sup>

**I**MMERHIN bleiben das verhältnismäßig weniger wichtige Schönheitsfehler, die allerdings das eine beweisen: wie wenig sich das unbestimmte Losungswort Achtstundentag im plötzlich herangerückten Augenblick der Entscheidung schon mit bestimmten ins einzelne gehenden Gedankengängen und Willenszielen verband. Die Hauptsache war und bleibt jedoch die ungeheure Täuschung über die Produktionswirkungen der plötzlichen Arbeitsbeschneidung um, wie man nach allseitigem Zugeständnis ruhig durchschnittlich annehmen kann, täglich 2 Stunden.

Lediglich die gewerblichen Arbeiter ins Auge gefaßt, deren Gesamtzahl nach der Berufszählung von 1907 8,59 Millionen betrug, für die Gegenwart also auf rund 9 Millionen geschätzt werden kann, und ohne wesentliche Intensivierung der Arbeit beträgt dies arbeitstäglich einen Verlust von 18 Millionen Arbeitsstunden, arbeitsjährlich von 5400 Millionen: das 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-fache der oben nach Rathenau berechneten letztjährigen Reparationsleistung, nach der wir der Entente durch die Note vom 14. Dezember 1921 unsere Zahlungseinstellung anzeigen mußten.

Niemand wagt heute zu behaupten, daß die vormals angekündigte Intensivierung der produktiven Leistung mit der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit Wirklichkeit geworden wäre: sei es bis zum Ersatz wenigstens eines Teils, sei es gar bis zum vollen Ausgleich des frühern Produktionsergebnisses der Überstunden. Außerdem zieht sich ein klaffender Widerspruch zwischen den Behauptungen: über den Achtstundentag hinaus höre das Mehrergebnis der Arbeitskraft auf, und: das Kapital befehde den Achtstundentag, weil ihm die Mehrleistungen bei Freigabe der Achtstundengrenze goldene Gewinne versprechen. Richtig ist nur, daß man gleichlaufend mit

<sup>3</sup>) In dem Tabellenwerk des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes: Tariflich festgesetzte Zeitlöhne und Arbeitszeiten im Jahre 1921, in der Statistischen Beilage des Korrespondenzblatts vom 4. März 1922, treten Unterschiede eigentlich nur noch in der Verteilung oder Nichtverteilung der freien Sonnabendnachmittagsstunden über die übrigen Arbeitstage hervor, so daß die 48 Stunden-Woche sich mitunter zu einer 46<sup>1</sup>/<sub>2</sub>- oder auch 45<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden-Woche reduziert.

sich vollziehender Betriebs- und Absatzrationalisierung die Arbeitszeit reduzieren kann und soll; wohlgemerkt, bei konstantem Bedarf, während heute ungemessene neue, innere und äußere Ansprüche aus dem Produktionsertrag zu befriedigen sind, und zugleich die Rationalisierung weniger denn je ohne ganz gewaltige Mehrarbeit durchzuführen ist; denn Rationalisierung setzt neue Baulichkeiten, neue maschinelle Einrichtungen, neue Transportmöglichkeiten voraus, und dies alles bringt zunächst nur Mehrarbeit, ohne sofort oder sehr bald greifbaren Mehrertrag.

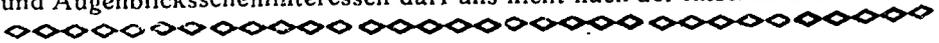
Alle die vorgebrachten Einwände sind deshalb kurzbeinige Flausen, mit denen man unentrinnbare, freilich überaus bittere Entschlüsse vergeblich fernzuhalten sucht. Diese Entscheidungen werden kommen; sie sollten uns nur nicht unvorbereitet finden.



UND sind sie von so unfaßbarer Art? Wenn die Wiedererholung Deutschlands so sehr, fast ausschließlich von dem Arbeitswillen der deutschen Arbeiterklasse abhängt, kann eine weitsichtige Führung, die die Zügel in den Händen behält und sich nicht von überstarken Ereignissen widerstrebend und in ohnmächtiger Auflehnung wie ein steuerloses Wrack hin und her treiben läßt, unter einer solchen einzigartigen Konstellation nicht dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Arbeiter neue Tore und Bahnen erschließen? Kann sie es nicht zur Bedingung erheben, daß in der Übergangszeit des Wiederaufbaus (denn nur um eine zeitweilige Abweichung von der starren Norm des Achtstundentags handelt es sich) mit der Wiedermehrleistung in einem Produktionszweig der Ausnahmezustand wieder Zug um Zug fällt, und daß den großen Arbeiterberufsorganisationen in dieser Mitwirkung und Mitinteressiertheit an der Vervollkommnung ihres Produktionszweigs ein großes Feld des paritätisch-arbeitsgemeinschaftlichen Zusammenwirkens mit den branchenweisen Unternehmerorganisationen sich eröffnet: eine erste wirkliche Ausfüllung des recht leer gebliebenen Rahmens der Arbeitsgemeinschaften?

Früher in der, fast möchte man sagen: guten alten Zeit der "Überproduktion" fürchteten wir die Auswirkungen der Mehrarbeit als Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Heute, bei allzeit ungenügender Auffüllung der Märkte, bei der Maßlosigkeit des Übergewichts des Warenbesitzes gegenüber der Warennachfrage, kommen wir aus den ewigen Preissteigerungen und Wucherpraktiken nicht heraus, die vampyrgleich jeder mühsam errungenen Lohnsteigerung sofort wieder ihren realen Inhalt hinwegsaugen, die jeden gewerkschaftlichen Erfolg zu leerem Schein verflüchtigen. Nur die Mehrarbeit, die Wiederauffüllung des Marktes kann die deutschen Arbeiter von ihren Tantalusqualen als Verbraucher befreien.

Von der allgemeinen Bedeutung der Produktionssteigerung für unsere Reparationsleistungen, unsere Rohstoff- und Lebensmittelbeschaffung, unsere Valutagesundung ganz abgesehen, liegt deshalb die Mehrarbeit während der Jahre des Wiederaufbauzeitraums vor allem im eigensten Klasseninteresse der deutschen Arbeiter, die sich als Träger der Produktion erweisen und sich wie das ganze deutsche Volk von der Herrschaft der Warenbesitzer unabhängig machen müssen. Wir stehen wieder einmal an einem schicksalbestimmenden Scheideweg. Die Nachgiebigkeit gegen populäre Einseitigkeiten und Augenblicksscheininteressen darf uns nicht nach der falschen Seite locken.



# LUDWIG QUESSEL · GENUA UND DER NEUAUFBAU DER GOLDWÄHRUNG



US dem Programm der Europäischen Konferenz, die heute, am 10. April, eröffnet wird, geht hervor, daß auch der Neuaufbau der Goldwährung auf dem Kontinent die Staatsmänner in Genua beschäftigen wird. Es scheint sogar, daß die Sanierung der Währungen das Hauptproblem der Konferenz werden soll. So viel steht nun fest, daß die Wiederherstellung der Goldwährung überall da in Europa, wo sie seit 1914 durch die Papierwährung verdrängt worden ist, die Stabilisierung des Papiergelds zur Voraussetzung hat. Ehe man daran gehen kann die Einlösung der massenhaft fabrizierten Banknoten in Angriff zu nehmen, muß ihre Festigung als volks- und weltwirtschaftliches Zahlungsmittel erreicht worden sein. Dies ist möglich, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Staatseinnahmen müssen zur Deckung der Staatsausgaben ausreichen, so daß die schwebende Schuld nicht mehr durch Ausgabe zusätzlicher Banknoten und Schatzscheine vermehrt zu werden braucht. 2. Die sichtbaren und unsichtbaren Exporte des Landes müssen derart gesteigert werden, daß sie eine Devisenmenge ergeben, deren Wert ausreicht den Import zu bezahlen. Die Erfüllung dieser beiden Bedingungen reicht allerdings nur für Staaten aus, die dem Ausland gegenüber nicht verschuldet sind. Ist das bei einem Staat oder der Wirtschaft eines Landes der Fall, so treten noch weitere Bedingungen für die Stabilisierung der Valuta hinzu. Wir wissen, daß der französische Staat neben einer innern Schuld von 226,3 Milliarden Papierfrancs noch eine äußere Schuld hat, die nach dem Kurs vom 31. Mai 1921 75 Milliarden Papierfrancs betrug. Soll Frankreich nun zu einer Stabilisierung seiner Papierwährung gelangen, so müssen seine Staatseinnahmen nicht nur ausreichen den innern Bedarf zu decken, sondern sie müssen darüber hinaus noch einen Überschuß ergeben, der groß genug ist, um die zur Verzinsung der auswärtigen Schuld notwendige Menge von Devisen kaufen zu können. Das ist die finanzpolitische Aufgabe einer Aktion, die zur Stabilisierung des Franc führen soll. Steuern + Reparationen = innere Staatsausgaben + Zinsendienst der äußern Schuld: das ist die Gleichung, der genügt sein muß, um die Papierwährung der Siegerstaaten zu stabilisieren. Die wirtschaftliche Grundlage dieser finanzpolitischen Maßnahme muß ein handelspolitischer Zustand sein, bei dem die Erträge der sichtbaren und unsichtbaren Exporte sich ihrem Wert nach mit ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland decken.

Wie liegen nun die Möglichkeiten für eine Stabilisierung der deutschen Mark? Zweifellos ist die Stabilisierung der Mark schwerer zu erreichen als die des Franc, weil Deutschland Wiedergutmachung nicht zu fordern sondern zu leisten hat. Unmöglich ist sie trotzdem nicht.

Gehen wir davon aus, daß die Valuta nicht nur als volkswirtschaftliches sondern auch als weltwirtschaftliches Zahlungsmittel zu dienen hat, so ist zunächst die durchaus nicht selbstverständliche Tatsache festzustellen, daß, obwohl die deutsche Regierung nicht verpflichtet ist auch nur ein Stäubchen Gold für einen Tausendmarkschein zu geben, die Papiermark noch immer nicht nur zu volkswirtschaftlichen sondern auch zu weltwirtschaftlichen Zahlungen brauchbar ist. Finanzsachverständige behaupten, daß die Menge der

Banknoten, die uns das Ausland aus spekulativen und politischen Gründen abgenommen hat, sich auf 50 bis 70 Milliarden Papiermark beläuft, wofür es uns Rohstoffe und Lebensmittel lieferte. Lange Zeit hindurch hat also der Notenexport als Revolutionersatz des Warenexports gedient. Diese im Ausland vorhandenen 50 bis 70 Milliarden Papiermark wirken jedoch gegen uns; sie stellen eine schwebende Schuld des Reichs dar, die wir allerdings nicht zu verzinsen brauchen, die dafür aber auch jederzeit gegen uns mobilisiert werden kann, ökonomisch und politisch. Liegt es zum Beispiel im politischen Interesse der beiden angelsächsischen Reiche die Mark als weltwirtschaftliches Zahlungsmittel herabzudrücken, um einen Schlag gegen Frankreich zu führen, so brauchen sie nur plötzlich einige Milliarden Papiermark auf den Geldmarkt zu werfen, um einen jähen Marksturz herbeizuführen. Die Unverzinslichkeit der im Ausland vorhandenen 50 bis 70 Milliarden Papiermark muß von der deutschen Volkswirtschaft also teuer genug erkauft werden. Der in den Märztagen in New York herbeigeführte Marksturz steigerte für Zahlungen an das Ausland den Entwertungsfaktor der Mark auf 80, so daß wir uns der Gefahr die Mark als weltwirtschaftliches Zahlungsmittel außer Kurs gesetzt zu sehen schon bedenklich genähert hatten. Nicht weniger als 80 Papiermark waren erforderlich, um in New York eine Schuld von einer einzigen Goldmark abtragen zu können.

Genau ebenso unheilvoll wie die äußere ist für unsere Volkswirtschaft die innere schwebende Schuld. Zurzeit weist die Mark als volkswirtschaftliches Zahlungsmittel einen Entwertungsfaktor auf, der sich zwischen 2 und 100 bewegt. Bei unmöblierten Mietwohnungen beträgt er noch nicht 2 und wird wohl auch nach dem Inkrafttreten der Mietssteuer und des Reichsmietengesetzes nicht viel über 3 hinausgehen. Dagegen hat er bei Kartoffeln und Gemüse schon 100 erreicht, was freilich zum Teil auch auf die Dürre des letzten Erntejahrs zurückgeführt werden kann. Auf Grund der Rechnungsnachweise meines Haushalts dürfte sich zurzeit der Entwertungsfaktor der Mark bei den einzelnen Bedarfsgegenständen etwa folgendermaßen stellen: Wohnung 2, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher 15, Roggenbrot 25, Margarine 32, Weizenbrot 35, Kleidung 36, Butter und Fleisch 40, Holz, Kohlen, Gas 45, Schmalz 50, Eier 80, Kartoffeln 100. Es ist selbstverständlich, daß in den Haushaltungen der Lohn- und Gehaltsempfänger diejenigen Bedarfsgegenstände, zu deren Erwerb mehr als das Vierzigfache des Friedenspreises erforderlich ist, gar nicht gekauft werden, sofern sie durch andere Nährstoffe zu ersetzen sind, wie Butter durch Margarine, Kartoffeln durch Erbsen und Bohnen, oder, wo ein Ersatz durch billigere Nährstoffe nicht möglich ist, nur in sehr beschränktem Umfang Verwendung finden können. So sind Haushaltungen, in denen mehr als 1 Wohnraum geheizt und beleuchtet wird, heute im Arbeiter- und Mittelstand sehr selten geworden. Bei Kleidung und Wäsche zehrt man im Mittelstand immer noch von der Vergangenheit. Im allgemeinen kann man den Entwertungsfaktor der Mark für die *Lebenshaltung* des Arbeiter- und Mittelstands auf 30 festsetzen, wobei freilich die vorhin erwähnten Momente: Verringerung der Heizung und Beleuchtung, Ersatz der Nahrungsmittel tierischer Herkunft durch Nährstoffe pflanzlicher Natur usw., mit in Anschlag gebracht werden müssen. Eine rein statistische Berechnung wird bei den Kosten der Lebenshaltung zu einem durchschnittlichen Entwertungsfaktor der Mark von 40 kommen. Allein man darf nicht übersehen, daß ganz unabhängig von der Gestaltung der Währung das Aufhören

der osteuropäischen Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren eine Herabsetzung unserer Lebenshaltung um etwa 30 % herbeiführen mußte. Es ist eine sehr oberflächliche Betrachtung, wenn man sagt, daß der angelsächsische Mais die russische Gerste bei der Schweinemästung ersetzen kann. Rein physisch gewiß. Weltwirtschaftlich gesehen liegen die Dinge jedoch anders. Die selbe Produktenmenge, die früher für Deutschland ausreichte, um in Rußland die Nährstoffe für die Mast von 3 Schweinen zu erwerben, muß heute in den angelsächsischen Siedlungsgebieten für eine Nährstoffmenge hingegeben werden, die gerade zur Mast eines einzigen Schweins ausreicht. Die Verarmung Deutschlands ist bei näherer Untersuchung weit mehr auf den ökonomischen Tribut zurückzuführen, den wir an die angelsächsischen Kolonien und Neuländer entrichten müssen, als auf die Reparationen, so drückend wie diese auch empfinden mögen. Nach dem ökonomischen Zusammenbruch Rußlands sind für Mitteleuropa die Lebensverhältnisse der Gegenwart und die der Vorkriegszeit eigentlich völlig inkommensurable Größen geworden. Auch die völlige Annullierung des Versailler Vertrags und die Wiederherstellung der alten Goldwährung könnte uns die frühere Lebenshaltung nicht wiederbringen. Solange Rußland als agrarisches Exportland aus der europäischen Wirtschaft ausgeschaltet bleibt, kann die deutsche Haushaltung im Durchschnitt nur etwa zwei Drittel ihres frühern Bedarfs an Nährstoffen tierischer Herkunft decken. An diesem Zustand können valutarische Maßnahmen nichts ändern. Aus diesen Gründen scheint es mir auch richtig bei Errechnung des Entwertungsfaktors der Mark von einer Reduktion der Lebenshaltung der Vorkriegszeit um 30 % auszugehen. Bringt man diese in Anschlag, so wird man für die Kosten der Lebenshaltung auch nach der letzten Teuerungswelle mit einem Entwertungsfaktor von 30 auskommen.

Anders als bei den Lebenshaltungskosten liegen die Dinge jedoch bei den *Produktionskosten*. Hier muß der Entwertungsfaktor mit mindestens 50 eingesetzt werden. Die Kosten der Gebäudenutzung, die im Konsumtionsprozeß eine wichtige Stellung einnehmen, und die früher 25 %, heute aber nur 2,5 % des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger erfordern, spielen im Produktionsprozeß eine weit geringere Rolle, und sie werden auch bald die alte Höhe erreicht haben. Was Löhne und Gehälter anlangt, so bewegt sich hier der Entwertungsfaktor der Mark allerdings noch zwischen 15 und 30; da aber auch die Arbeitserträge wesentlich geringer geworden sind, so kann man, wenn man das Verhältnis des Lohns zur Arbeitszeit und dem Ergebnis der Arbeit berücksichtigt, auch bei der Arbeitsleistung mit einer fast 50fachen Entwertung der Mark rechnen.

Soll nun eine Stabilisierung der Mark stattfinden, so muß ihre Entwertung im innern Produktionsprozeß zur Grundlage genommen werden, wenn nicht die Wirtschaft schweren Erschütterungen ausgesetzt und unser Export gefährdet werden soll. In der Produktion haben aber zurzeit 100 Papiermark nur noch den Wert von 2 Goldmark, während in der Konsumtion 100 Papiermark wegen der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und im Getreidebau im Durchschnitt immer noch die Kaufkraft von 3 bis 4 Goldmark aufweisen. Stabilisierung der Papiermark kann daher nichts anderes heißen als einen valutarischen Zustand herbeizuführen, bei dem 100 Papiermark 2 Goldmark oder 1 Dollar (4,2 Goldmark) = 210 Papiermark sind. Bei einem Entwertungsfaktor von 50 im deutschen Produktionsprozeß könnte eine dauernd

höhere Einschätzung der Papiermark als 1 Dollar = 210 Mark für Deutschland zum Verhängnis werden, weil es unsern Export lahmlegte. Unser Ziel muß nunmehr auf eine Stabilisierung der Papiermark gerichtet sein, die ihrer innern Entwertung im Produktionsprozeß entspricht. Allen britischen Vorschlägen gegenüber, die darauf zielen bei dem Neuaufbau unserer Goldwährung einen geringern Entwertungsfaktor festzulegen, ist höchste Vorsicht geboten. Das Schicksal der deutschen Exportindustrie steht hier in Frage.

Dem Neuaufbau der Goldwährung muß die Stabilisierung der Mark vorangehen. Sie ist die wichtigste Etappe auf dem Weg zur Goldwährung. Im Grunde kann die Beschaffung der Golddecke für unser Papiergeld nur als der Schlußstein der tatsächlichen Marktstabilisierung angesehen werden. Die erste finanzpolitische Maßnahme zur Wiedereinführung der Goldwährung ist die Einschränkung des Notenumlaufs. Nimmt man nun an, daß der Zahlungsverkehr Deutschlands im In- und Ausland die Zirkulation von 100 Milliarden Papiermark benötigt, so wären, wenn die Hundertmarknote der Repräsentant von 2 Goldmark werden soll, 2 Milliarden Gold zur Wiedereinführung der Goldwährung notwendig. Jener Teil der Noten, der über 100 Milliarden hinausgeht, müßte eingezogen werden. Als selbstverständlich ist natürlich die Stilllegung der Notenpresse anzusehen. Und zwar nicht nur für kurze Zeit sondern dauernd. Um einen Rückfall in die Papiergeldwirtschaft zu erschweren, müßte auch der Reichsverfassung eine Bestimmung hinzugefügt werden, daß die Ausgabe von Noten über einen bestimmten Betrag hinaus nur auf Grund eines Volksentscheids erfolgen darf. Das wäre ein Damm gegen liederliche Parlamentswirtschaft, mit der leider zu rechnen ist. Was nun die Beschaffung der Golddecke für 100 Milliarden Papiergeld bei einem Entwertungsfaktor von 50 betrifft, so ist zu sagen, daß die eine Milliarde Goldmark, die noch in der Reichsbank lagert, den angenommenen Notenumlauf von 100 Milliarden Papiermark zu 50 % deckt. In normalen Zeiten wäre vielleicht eine Golddeckung des Notenumlaufs zu 50 % überhaupt für den Bestand einer Goldwährung ausreichend. Für den Neuaufbau einer zusammengebrochenen Goldwährung ist jedoch eine Volldeckung notwendig. Diese ist aber nur für einen Notenumlauf von 50 Milliarden Papiermark vorhanden. Was fehlt, ist nach Beschränkung des Notenumlaufs auf 100 Milliarden die Herbeischaffung einer Milliarde Goldmark durch eine auswärtige Anleihe, soll eine 100prozentige Deckung unseres Papiergelds erreicht werden. Die Einlöspflicht der Reichsbank braucht übrigens nur für Tausendmarkscheine ausgesprochen zu werden, und zwar so, daß derjenige, der der Reichsbank einen Tausendmarkschein präsentiert, dafür 20 Mark in Gold erhält. Auf diese Weise wäre die Wertrelation 100 Mark = 2 Goldmark hergestellt. (Ob es nicht zweckmäßig wäre für die Goldmünzen eine neue Bezeichnung einzuführen, um während der Übergangszeit keine Verwirrung eintreten zu lassen, braucht hier nicht erörtert zu werden, da es hier nur um das Prinzip, nicht um die technischen Einzelheiten geht.) Verhält sich die Menge der Tausendmarkscheine, die ja allein als weltwirtschaftliches Zahlungsmittel noch eine Rolle spielen, zu den übrigen kleineren Banknoten, die man, wie unser einstiges Silbergeld als Scheidemünze für den innern Verkehr ansehen kann, wie 1 : 3, so ergibt sich, daß durch einen Run auf die Reichsbank immer nur eine halbe Milliarde dem deutschen Goldschatz wirklich entzogen werden könnte. Die Furcht, daß bei Einführung der Goldwährung das Gold der Reichsbank sofort in die Taschen der Privaten ver-

schwinden könnte, ist so lange unberechtigt, als sich mit 1000 Papiermark im Inland sehr viel besser leben läßt als mit 20 Goldmark im Ausland. Die Erfahrung hat gezeigt, daß, wenn die Relation zwischen Papiergeld und Gold etwas zugunsten der Banknoten gesetzt wird, das Publikum es sogar ablehnt: Goldgeld statt Papiergeld anzunehmen. Es ist bekannt, daß der Goldrubel sich aus diesem Grund nur sehr langsam im innern Verkehr Rußlands Eingang verschaffen konnte, so daß er längere Zeit vorzugsweise als weltwirtschaftliches Zahlungsmittel zur Ausgleichung der Wechselkurse in Frage kam.

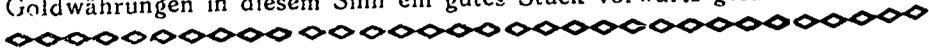
Schwieriger als die Beschaffung der Golddecke für unser Papiergeld ist für Deutschland die Stilllegung der Notenpresse. Dieser erste Schritt zur Stabilisierung der Mark erfordert die Ausgleichung der Staatsausgaben durch entsprechende Einnahmen. Die Steuererhebung der Republik lag bisher so sehr im argen, daß selbst nicht genügend Steuern für den eigenen Bedarf eingingen. Die Mittel zur Reparation hat sich das Reich, soweit es nicht aus noch vorhandenen Beständen schöpfte, fast gänzlich durch Inflation beschafft. Im Grunde läuft die Inflation auf entschädigungslose Expropriation der Rentner und Sparguthabenbesitzer hinaus. Wer 1913 gegen Staat oder Gemeinde, gegen einen Grund- oder einen Hausbesitzer ein Forderungsrecht von 1000 Mark hatte, die natürlich Goldmark waren, kann heute vom Schuldner mit 1000 Papiermark = 20 Goldmark abgefunden werden. Inflation ist entschädigungslose Expropriation aller Forderungsrechte teils zugunsten des Reichs teils zugunsten privater Schuldner. Es klingt wie ein Witz, daß die deutsche Republik, die durch Inflation den Rentnern und Sparguthabenbesitzern ihr Eigentum faktisch konfiszierte, in ihrer Verfassung Expropriation nur gegen Entschädigung zuläßt. Die Zwangsanleihe, die jetzt ausgeschrieben wird, stellt insoweit eine Milderung der bisherigen brutalen Praxis dar, als es sich hier nur um eine partielle Expropriation handelt. Aber nicht nur Zwangs-, auch freie Anleihen sind nicht das richtige Mittel, um Reparationen zu leisten. Überhaupt kann ein Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen nicht allein auf der Einnahmeseite gefunden werden. Wie der Haushalt des Bürgers, so muß sich auch der *Staatshaushalt* der durch den Krieg geschaffenen Situation endlich anpassen. Deutschland kann die Last des ungeheuer angeschwollenen und täglich kostspieliger werdenden Beamtenapparats nicht mehr tragen. In seiner letzten Tagung hat der Reichstag nicht weniger als 50 Milliarden Papiermark, also fast eine Goldmilliarde, nur für Aufbesserung der Bezüge der Beamten und Staatsangestellten bewilligen müssen. Das bedeutet eine Mehrausgabe von Schatzwechseln in ungefähr dem selben Betrag, und da die privaten Banken, wie der Reichsbankpräsident Havenstein klagte, neue Schatzwechsel nicht mehr aufnehmen, eine ungeheure Zunahme der Inflation. Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft heißt heute *Abbau des Beamtenapparats*, Zurückführung der Beamtenschaft auf den Stand der Friedenszeit. Wie schlimm die Dinge hier liegen, beweist die Tatsache, daß allein bei der Reichsbahn 1922 eine Armee von Beamten und Hilfskräften, doppelt so groß wie unsere Reichswehr, mehr beschäftigt wird als 1913. Und ganz ähnlich ist es um die Post bestellt. Jetzt will man wieder, nachdem eben erst auf Geheiß Englands (das die deutschen Produktionskosten steigern will) die Posttarife gewaltig erhöht wurden, eine neue, sinnlose Erhöhung vornehmen. Dadurch beseitigt man aber nicht das Defizit des Postetats, vergrößert nur das Defizit der Volkswirtschaft, deren Verkehr man drosselt. Nicht Tarifieraufsetzung, nur Verringerung der Beamtenschaft, unter Mehr-

leistung der übrigbleibenden Beschäftigten, kann hier helfen. Die *größere Produktivität der Arbeit*, die ein Erfordernis für die ganze Volkswirtschaft ist, muß vor allem im Staatsbetrieb zur Geltung kommen.

Nun hört man freilich häufig sagen: Alle Ersparnisse, alle Steigerung der Arbeitsintensität können uns nicht helfen, weil die Reparationsforderungen ein Faß ohne Boden seien. Demgegenüber sei bemerkt, daß man auch in Frankreich, und gerade in Frankreich, zu der Erkenntnis gelangt ist, daß Deutschland über sein Können hinaus nicht verpflichtet werden kann. Von dieser Anschauung war schon der französische Vorschlag getragen einstweilen von der Festsetzung einer Reparationsschuld überhaupt abzusehen und zunächst einmal abzuwarten, wie sich das deutsche Können entwickeln werde. Auf Einflüsterungen Englands hin wurde dieser französische Vorschlag von Deutschland abgelehnt. Deutschland wollte eben partout wissen, was es zu zahlen habe. Die Antwort darauf kam von England im Londoner Finanzdiktat. Jetzt geben viele, die damals den französischen Vorschlag bekämpften, zu, daß es für Deutschland besser gewesen wäre auf ihn einzugehen. Die deutschen und französischen Interessen sind gemeineuropäische und schon aus diesem Grund leichter mit einander in Einklang zu bringen als mit den Interessen Englands, dessen Schwerpunkt in seinen weltweiten überseeischen Besitzungen liegt. Es ist ein Irrtum, wenn häufig angenommen wird, Frankreich sei einem Moratorium zur Ordnung der deutschen Finanzen grundsätzlich abgeneigt. Allerdings will Frankreich von uns wissen, zu welchen Leistungen in Devisen und Waren wir bereit sind. Erweisen wir durch bestimmt formulierte Vorschläge den Ernst unseres Vorsatzes die Wiedergutmachung nach unserm Können durchzuführen, und bieten wir Sicherheiten dafür, so werden wir gerade von Frankreich das zur Sanierung unserer Finanzen und unserer Währung notwendige Moratorium unschwer erhalten können. Es ist wahrlich nicht Frankreich, das sich der Stabilisierung der Mark und dem Neuaufbau der deutschen Goldwährung entgegenstellt.

Es ist nicht zu viel gesagt, daß vom Neuaufbau der Goldwährung nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die moralische Gesundung Deutschlands abhängt. Die Inflation hat nicht bloß das Spekulationslieber erzeugt, sie hat auch den Spartrieb getötet. Wenn niemand weiß, was die 1000 Mark, die er heute in die Sparkasse einzahlt, nach 4 Wochen wert sein werden, erlischt notwendigerweise jede Neigung zur Sparsamkeit. Wie von der Mißachtung des Geldes könnte uns der Neuaufbau der deutschen Goldwährung auch von dem verhängnisvollen Rechnen mit ständig wachsenden Zahlen freimachen, das der Tod jeder geordneten Wirtschaftsführung ist. Aus diesem Elend kann uns nur die volle Stabilisierung der Mark durch Goldwährung herausführen. Die hierzu notwendige Goldanleihe von 1 bis 1½ Milliarden Goldmark läge bei richtiger Einstellung der deutschen Politik auf die kontinentaleuropäischen Lebensinteressen nicht außerhalb der Möglichkeit. Sehr groß könnte auch die außenpolitische Wirkung des Neuaufbaus der deutschen Goldwährung sein, wenn er als Teilstück einer *kontinentaleuropäischen Münzunion* in Angriff genommen würde, die, wenn Rußland vom Bolschewismus befreit und wieder aufgebaut ist, sich nach Osten erweitern könnte.

Hoffen wir, daß in Genua die Frage des Wiederaufbaus der europäischen Goldwährungen in diesem Sinn ein gutes Stück vorwärts geführt wird.



# PAUL KAMPPMEYER · RELIGION, KIRCHE UND SOZIALISMUS



ALS nach einem langen, heroisch geführten Kampf gegen ein fluchwürdiges Ausnahmegesetz die Sozialdemokratie im Jahr 1890 zuerst wieder auf deutschem Boden zusammentrat, um unter anderm auch über ein neues Parteiprogramm zu beraten, kennzeichnete Wilhelm Liebknecht das religiöse Moment im Sozialismus mit diesen Worten:

»Haben wir nicht das, was die Kraft der Religion bildet: den Glauben an die höchsten Ideale? Ist im Sozialismus nicht die höchste Sittlichkeit: Selbstlosigkeit, Aufopferung, Menschenliebe? Wenn wir unter dem Sozialistengesetz freudig das schwerste Opfer gebracht haben, uns die Familie und die Existenz zerstören ließen, uns auf Jahre trennten von Frau und Kind, bloß um der Sache zu dienen, so war das auch Religion . . . Es war der Glaube an den Sieg des Guten und der Idee; die unerschütterliche Überzeugung, der felsenfeste Glaube, daß das Recht siegen, und daß das Unrecht zu Falle kommen muß. Diese Religion wird uns niemals abhanden kommen, denn sie ist eins mit dem Sozialismus.«

Es ist eine ethische »Religion«, die hier begeisterungsvolle Worte über den Glauben an den »Sieg des Guten« und über die selbstlose Hingabe der Persönlichkeit an die Er kämpfung und Gestaltung des Rechts prägt. Die Religion wird als der Glaube an die höchsten Ideale definiert. Ihre lebensformende Kraft liegt in der Selbstlosigkeit, Aufopferung und Menschenliebe. Es ist sicher: Auch der Christ kann dieses religiöse Bekenntnis eines Liebknecht nachbeten. Der Sieg des Guten, er ist ja, christlich gesprochen, das Kommen des »Reiches Gottes auf Erden«. Alle Lehren der Evangelien zielen auf die innere Läuterung und Heiligung des Menschen hin, auf seine sittliche Wiedergeburt, auf seine seelische Vereinigung mit Gott. Das Christentum sieht in Gott die allumfassende, tätige, zur höchsten Sittlichkeit emporhebende Liebe. In der Liebe zu Gott bekundet der Christ seine vollste Hingabe an die Liebe selbst. Gottesliebe und Menschenliebe stehen in unmittelbarster Lebensgemeinschaft; daher sind sie auch in dem »vornehmsten Gebot« Jesus' mit einander unlösbar, verknüpft. »Du sollst lieben Gott, deinen Herrn, von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Dies ist das vornehmste und größte Gebot. Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst. In diesen zweien Geboten hanget das ganze Gesetz und die Propheten.« Auch die Krone der Gott-Natur Goethes, die er in der erhabenen Sprache der Psalmen in seinem tiefreligiösen Hymnus auf die Natur besingt, ist die Liebe. »Nur durch sie«, so verkündet er prophetisch, »kommt man ihr nahe.«

In der christlichen Weltanschauung wird Gott zur weltgestaltenden Liebe. Sie ist für den Christen eine objektive schöpferische Kraft, der er sich mit seiner ganzen Seele und seinem ganzen Gemüt hingibt, und er erlebt sie als allumfassende Wirklichkeit. Sie beflügelt in ihm die Menschenliebe. »Gott ist die Liebe, und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm.« Aus dieser Gottesvorstellung heraus ist das hohe Lied auf die alles überstrahlende, langmütige, sich an der Wahrheit und Gerechtigkeit freuende Liebe im 13. Kapitel des 1. Briefes an die Korinther herausgeboren worden. »Die Liebe höret nimmer auf, so doch die Weissagungen aufhören werden, und die Sprachen aufhören werden, und die Erkenntnis aufhören wird. Denn unser Wissen ist Stückwerk, und unser Weissagen

ist Stückwerk.« Wenn der Christ die Gottesliebe verpersönlicht und an einen, in und außerhalb der Welt wirkenden persönlichen Gott glaubt, so tritt er damit in keinen Gegensatz zu dem sozialistisch betätigten Prinzip der Menschenliebe. In ihm finden sich der Sozialist und der Christ zusammen. Unzweifelhaft geht von der christlichen Gottesvorstellung für christlich empfindende Menschen ein Strom läuternder Liebe aus. Das andachtsvolle Sichversenken in Gott wird für sie ein wirkliches Seelenbedürfnis. Das beste, edelste Menschentum wird in diesen religiösen Weihstunden einer von ihnen gefühlten Gottesgemeinschaft lebendig. Und in diesen Stunden tritt ihnen namentlich der Jesus der Bergpredigt, der seinem Feind verzeihende Jesus, der bewußt für seine sittliche Heilslehre in den Tod gehende Jesus entgegen. Ein "Heiland", der als Mensch im sozialistischen Evangelium des armen Sünders von Wilhelm Weitling noch fast im Fleisch einhergeht. Weitling ist übrigens nicht der einzige Sozialist, der seinen Sozialismus bewußt an das Christentum anknüpft. Saint-Simon ist der Begründer eines Neuen Christentums geworden.

Es ist für die religiöse Welt der sozialistischen Arbeiter charakteristisch, daß ihnen der sich selbst entäußernde, nur tätige Menschenliebe ausströmende Jesus eigentlich nie verloren gegangen ist. Ich erinnere nur an die Untersuchungen des ehemaligen Pfarrers Martin Rade über die sittlich-religiöse Gedankenwelt unserer Industriearbeiter. Die Resultate dieser Untersuchungen sind in seinem Referat auf dem 9. evangelischsozialen Kongreß zu Berlin im Jahr 1908 niedergelegt worden. Rade führte unter anderem aus:

Einmal, sie haben eine hohe Wertschätzung Christi, wenn sie sie auch ausdrücken mit besonderen Begriffen, bis tief in die politische Sozialdemokratie hinein. Denn was können sie von Christus von ihrem Standpunkt Höheres sagen, als wenn sie ihn zum ersten Sozialdemokraten machen? Sie haben weiter in ihrer religiös-sittlichen Gedankenwelt die Ideen der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe, wenn auch eigentümlich verarbeitet, das ist ihr Recht. Weiter, sie sagen zu uns: Tut, was ihr lehrt! Sie setzen also gar nicht mit ihrer Kritik in dem radikalen Sinne ein, wie das doch wahrhaftig aus anderen Gesellschaftsschichten oft genug geschieht. . . . Sie sagen nicht: Eure ganze christliche Moral taugt nichts. Sie sagen: Eure christliche Moral ist gut, aber euer Tun ist schlecht. Das ist doch ein sehr hoffnungsreicher Zustand. Und endlich können wir doch nicht vergessen die nicht wenigen tüchtigen Arbeiter, die es zu einem inneren Bündnis zwischen Christentum und ihrer eigentümlichen Arbeiterüberzeugung gebracht haben, entweder, indem sie noch Christen sind und sich ihr Christentum durch alle inneren Krisen hindurch gerettet haben, oder, was gar nicht selten ist, indem sie wieder Christen geworden sind.«

Gewiß, es haben wohl nach der Revolution zahlreiche sozialistische Arbeiter der Kirche den Rücken gekehrt, aber zu einem wirklich revolutionären Bruch mit dem Christentum ist es in den Arbeitermassen nicht gekommen. Trotz der starken Beeinflussung der Bevölkerung durch den räterepublikanischen "Kommunismus" war in München die Austrittsbewegung aus der Kirche nur von geringem Umfang. In den revolutionären Kämpfen sollen nicht wenige Kommunisten sterbend um die Verabreichung der letzten Ölung gebeten haben. Die Bewegung für die Simultanschulen machte weiter in München selbst in dem Jahr, als der Sozialismus die Stadtverwaltung eroberte, einen geradezu bejammernswerten Eindruck. Sehr lau war zum Teil selbst in den Zentren der kommunistischen Propaganda das Interesse für die Befreiung der Schulkinder vom Religionsunterricht. In einer Schule Neuköllns befreiten zum Beispiel die Erziehungsberechtigten von 780 Kindern nur 70, und in einer andern Schule von etwa 800 Kindern nur 52 vom Religions-

unterricht. Von einer elementar kräftigen Auflehnung des sozialistischen Proletariats gegen jede Religion und jede Religionsgemeinschaft ist in Deutschland nichts zu verspüren. Radikale historische Materialisten wie der Holländer Pannekoek haben den dialektischen Materialismus als *die* Weltanschauung des Proletariats angesprochen. Wenn aus den ganzen Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats diese materialistische Weltanschauung schlechthin notwendig folgte, so müßte der Bruch dieser Klasse mit der christlichen Religion und vor allem mit der überkommenen christlichen Kirche allgemein sein. So aber gehören noch Millionen proletarisch-sozialistischer Männer und Frauen zur Kirche, und zwar selbst zu einer Kirche, deren Geistliche meist die heftigsten und kurzsichtigsten Gegner des Sozialismus sind. Die Daseinsbedingungen in einer kapitalistischen Großstadt wirken wohl mörderisch auf die religiöse Empfindungswelt des Großstädtlers, und der Satz Ludwig Heitmans »Im Wirbel des neuen Daseins gibt es keinen Platz und keine Möglichkeit mehr für Religion« hat sicher einen festen Wahrheitskern. Gleichwohl ist das religiöse Gefühl des Arbeiters nicht völlig eingetrocknet. Nimmermehr hätte eine dem platten Realismus verfallene Arbeiterschaft eine Arbeiterjugend- und eine jungsozialistische Bewegung emportreiben können. An die Menschheit erklingt heute mächtig der Ruf des Jungsozialisten Karl Bröger in der Flamme:

»Gebt Raum,  
Daß wir wieder Straßen zum Himmel sehn  
Und unserm Traum,  
Der Sonne verbrüdernt entgegengehn!«

Straßen zum Himmel: dies Wort bedeutet die Richtung, nach der das Hoffen und Sehnen großer Gruppen der sozialistischen Arbeiterschaft geht. Der graue Werkeltag mit seiner nüchternen Geschäftigkeit hat die Seele des Arbeiters verödet, und aus dem niedern Straßenstaub will sie sich nun zum Höhenflug emporschwingen. Wer heute die vielfach nur schlummernden religiösen Gefühle der Arbeiter wecken will, der muß ein feines Ohr für die sich in unserer Gegenwart regenden religiösen Momente haben. Der Weltkrieg hat den Sinn für das Tragische in den Menschenschicksalen erschlossen, hat den in den Kirchen vielfach gepflegten Machtkultus als einen scheußlichen Götzendienst enthüllt und die ganze Hohlheit und Nichtigkeit der, mit gröbster Theatermache aufgedonnerten staatlichen und kirchlichen Autoritäten dargetan. Das Blut von Millionen Gemordeter schreit förmlich nach einer weltumfassenden Gemeinschaftsform, nach einer unsichtbaren Kirche geeinter, sich wirtschaftlich, geistig und sittlich fördernder Menschen. Als furchtbares Erlebnis der letzten Jahre erhebt sich die ungeheure Schädelstätte des Weltkriegs, offenbart sich die Herbheit des Menschenschicksals, das den Weg zur Befreiung über ein Golgatha weist.

Kann uns nun ein *inneres* Golgatha, eine seelische Kreuzigung, ein Absterben des noch halbvertierten Menschen ein *äußeres* Golgatha ersparen? Das ist, glaube ich, die große religiöse Frage der Gegenwart. Der "Teufel", der lockend der Seele alle Herrlichkeiten der Welt verspricht, wenn sie ihn, den bösen Geist des Mammons und der Macht, anbetet, muß mit allen Waffen geistiger Erkenntnis und werktätiger Liebe niedergerungen werden. Kein Gefühlsüberschwang darf uns die Tatsache umnebeln, daß jede Religionsgemeinschaft heute zur völligen Ohnmacht verdammt ist, die sich nicht zur *weltumgestaltenden Tat* bekennt. Die Kirche muß heute sozial sein, muß gemeinsam mit den schaffenden, eine neue soziale Welt der Gerechtig-

keit und Liebe organisierenden Menschen ringen, oder ihre Kraft ist tot. Hier hat sie wieder den Weg des Nazareners zu wandeln, der sein Evangelium an die Mühseligen und Beladenen, an die von allem Hochmut und allem Dünkel befreiten, an die sich selbst erkennenden, sich demütigenden und dienenden Seelen richtete. Nicht der Mensch, der sich in der Gottesgelahrtheit auskennt, der "Schriftgelehrte", sondern der, im tiefsten Innern von der körperlichen und seelischen Not der Völker ergriffene und in selbstlosem sozialen Schaffen lebende Mensch ist zum Diener der neuen Kirche berufen. Denn nur eine *neue* Kirche kann diese erhabene Mission an der Menschheit vollziehen, eine Kirche, die in und mit den geistig und körperlich Schaffenden *arbeitet*.

Wenn sich die protestantische Kirche nicht zur christlichen Urgemeinde mit einem überall tätigen Laienelement zurückbildet, wenn sie nicht als "Seelsorger" die in ihren Dienst zu stellen weiß, die von tiefer Religiosität, von tätiger Menschenliebe erfüllt sind, dann bleibt sie nur ein »tönendes Erz« und eine »klingende Schelle«. Selbst die Wände der Kirche müssen sich wieder mit Beweisen schaffender, christlich liebender Gesinnung bedecken. Blumen und kunstgewerblicher Schmuck können warme Töne in die Kirche hineinragen. Das ist das Anziehende der katholischen Kirche, daß sich in ihr sichtbare Massenfrömmigkeit, die unmittelbarste Teilnahme zahlreicher Menschen der Gegenwart und Vergangenheit am Kultus auswirkt. Die Sprache der Frömmigkeit der katholischen Kirche ist mitunter sehr primitiv, aber sie *redet*, sie *lebt*. Die bestehende protestantische "Landeskirche" muß sich also an Haupt und Gliedern reformieren, wenn sie wieder eine religiöse Kulturmacht werden will. Ein ehemaliger Geistlicher, der diese Kirche von Grund auf kennt, Friedrich Siegmund-Schultze, spricht in einer Schrift über Sozialismus und Christentum dem Kirchenchristentum dieses Urteil:

»Das Kirchenchristentum, speziell das evangelische, ist weltfremd. Wie fremd ist doch dem evangelischen Kirchenchristentum die Wirklichkeit geworden! Und vor allem die Vertreter der Wirklichkeit, die ihm am nächsten stehen, die Arbeiter. Das Christentum braucht Wirklichkeit in sich selbst, um wieder stark zu werden. Um mit Marx zu sprechen: es braucht einen ökonomischen Unterbau. Die alten Luftsysteme der Philosophie, der Dogmatik erst recht, sind veraltet. Jetzt könnten sozialistische Anfänge in Christentum uns wieder aufhelfen.«

Die Kirche als eine in der Welt sich betätigende Kulturmacht muß die ganze Wirklichkeit umspannen: den Arbeiter, seinen modernen sozialistischen Gemeinschaftsgeist, sein echt christliches Sehnen nach dem Weltfrieden, sein Streben nach Welterkenntnis, vor allem aber auch die Fülle von religiöser Weltbetrachtung, von religiöser Kunst und Musik, die unsere Gegenwart entfaltet hat. Wie viele große deutsche Kirchenmusik schwingt heute schon in der Seele des deutschen Arbeiters? Wenn man das, was sich an religiösen Stoffen dem innern Menschen des Arbeiters einfügt, treu aufzeichnete, so dürfte man über die Ausdehnung und Stärke des religiösen Moments in diesem Menschen erstaunen. Jedenfalls bringen sich heute die Kirchen um ihre besten Wirkungen, wenn sie das, was an religiöser Weltanschauung, Dichtung, Kunst und Musik unserer modernen Zeit entsprungen ist, aus-schließen, weil es nicht mit dem Dreifaltigkeitsglauben, mit der bisherigen Auffassung des "Weltheilands", mit der bisherigen Liturgie und dem ganzen Kultus zusammenstimmt. Der Christ, der von einem ununterbrochenen Ausströmen der Gottheit in die Schöpfung redet, wird nicht glauben, daß das Alte und das Neue Testament die *letzten* Offenbarungen Gottes sind.

Wenn Siegmund-Schultze in seiner oben erwähnten Schrift meint, der arme Sozialismus suche nach seiner Seele, so charakterisiert er damit richtig eine jetzt stark in der Arbeiterbewegung hervortretende Tendenz nach Verinnerlichung, nach Vertiefung des Sozialismus. Die Jungsozialisten begeistern sich für eine große geistig-sittliche sozialistische Gemeinschaft, aus der jeder einzelne »Kraft zu seinem Leben schöpfen« kann, sie suchen nach Menschen, die »ihren Genuß in einer edlen geistigen Gemeinschaft finden«, und sie glauben fest an die Verwirklichung einer »sozialistischen Menschheitsgemeinschaft«. Eine Menschheitsgemeinschaft, die bewußt den innern Menschen, die Seele zu veredeln und sie mit dem zu immer höheren Daseinsformen treibenden, mit schöpferischem Geist erfüllten Kosmos zu verketten sucht, ist eine unsichtbare Kirche. Der fälschlich als "materialistisch" geschmähte Marxismus sieht in der Geschichte der Menschheit kein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten sondern einen zur Menschheitsbefreiung emporführenden Entwicklungsprozeß. Die Welt strebt zu höchster Vernunft, zu bewußtem organischen Wirken in riesenhaft entwickelten Verbänden, zu einem großen schöpferischen Weltwillen empor. Hier gibt man gleichsam »höhern Adel der Natur«. Und diese zur Höhe emportreibende »Natur«, deren Tendenzen in gewaltigen Menschheitskämpfen hervortreten, hat der Mensch nach dem Marxismus zu erkennen und sich ihr unterzuordnen. Im Hinblick auf die Kämpfe der Arbeiterklasse für ein neues, großes Menschheitsziel, für die »Idee des Arbeiterstandes« nennt Ferdinand Lassalle die Arbeiter den »Fels«, auf dem »die Kirche der Gegenwart« gebaut ist. Damit ist das religiöse Moment in der sozialistischen Bewegung treffend gekennzeichnet. Er ist eine kämpfende Kirche, der Sozialismus.

Ob nun die Sozialisten die "unsichtbare" Kirche auch in eine sichtbare, fest gefügte religiöse Gemeinschaft wandeln werden, läßt sich heute noch nicht bestimmt sagen. Gewiß, es regen sich heute schon aufbauende Kräfte, die auf eine Veredelung und Vertiefung des innern Menschen gerichtet sind und ihn zu einer weihervollen Erfassung des im Geist schaffenden Kosmos und zu einer opfervollen Hingabe an dessen Höherentwicklung entflammen. Aber noch kündigt sich nicht eine die großen Massen fortreibende Bewegung an, die organisch die religiösen Momente der Gegenwart zusammenfaßt und zu ihrer allseitigen Pflege eine neue Gemeinschaftsform, eine neue Kirche schafft.

## WALT WHITMAN · IMMER LEBEND, IMMER STERBEND · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



immer lebend, immer sterbend!

O meiner Begräbnisse in Vergangenheit und Gegenwart!

O, während ich vorschreite, stofflich, sichtbar, herrschgewohnt  
wie immer,

O, was war ich vor Jahren, die nun tot sind (ich klage nicht, ich  
bin zufrieden),

O, aus meinen Leichnamen mich freizumachen, von denen ich mich abwende,  
und die ich beschau, wo ich sie hinwerfe,

Um weiter zu schreiten (o lebend, immer lebend!) und die Leichname hinter  
mir zu lassen!

## PETER TRIMBORN · ERZEUGER UND VERBRAUCHER



OLL der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands Wirklichkeit werden, und soll die deutsche Volkswirtschaft wieder völlig gesunden, dann sind dazu 2 Voraussetzungen notwendig: Steigerung der Produktion und Einschränkung des Verbrauchs. Nur eine konsequente, den ökonomischen Notwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft angepaßte Produktionspolitik, in Verbindung mit einer rationellen Konsumtionspolitik wird die notwendigen Voraussetzungen zu einer wirtschaftlichen Wiedergesundung Deutschlands schaffen und damit die Katastrophe abwenden können, die Pessimisten seit Monaten als unabwendbares Geschick über Deutschland hereinbrechen sehen.

Es ist sehr erfreulich, daß diese in den Sozialistischen Monatsheften seit jeher konsequent vertretenen Auffassungen nunmehr auch mehr und mehr in Kreisen Boden zu gewinnen scheinen, die bisher den Problemen einer konsequenten Produktionspolitik gegenüber sehr reserviert waren und in dem Kampf für eine ökonomisch zweckmäßige Umorganisation der deutschen Volkswirtschaft niemals besondere Aktivität zeigten. Auch der deutsche Liberalismus, früher der Vertreter des "reinen Konsumenteninteresses", beginnt zu begreifen, daß die Produktion das Entscheidende ist. Bei den Parteigängern der Großindustrie war diese Einsicht ja ohnehin stets in größerem Maß vorhanden, wenn auch sie zuweilen in agrarischen Dingen versagten. In der Kölnischen Zeitung vom 1. März 1922 finden wir einen, dem Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienst entnommenen Artikel über gleitende Lohnskala und Wiederaufbau, den das volksparteiliche Blatt mit folgendem Kommentar abdruckt:

»Der Artikel sollte als Flugblatt verbreitet werden, um überallhin die dringend nötige Klarheit über die wirtschaftliche Notlage zu verbreiten. Weil wir Mangel an Lebensmitteln, Material und Fertigwaren leiden, müssen wir alles viel teurer bezahlen als früher. Die konsolidierten und schwebenden Schulden Deutschlands und die Unmasse von deutschen Geldscheinen zeigen die Höhe der im Kriege und in der Revolutionszeit verloren gegangenen Güter- und Warenmengen an, die aber niemals durch einen schematischen Achtstundentag wieder erworben werden können, ebensowenig wie durch eine schrankenlose Preiskalkulation. Diese Einsicht wird auch in Deutschland noch kommen trotz aller Theorien und trotz Leichtgläubigkeit.« In dem Artikel des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes, dem die Kölnische Zeitung so rückhaltlos zustimmt, heißt es unter anderem:

»Die Hauptursache einer jeden Teuerung ist in der unzureichenden Menge von Bedarfsgegenständen zu erblicken. Werden diese knapp, werfen sich die Verbraucher auf sie und treiben so die Preise in die Höhe. Teuerung ist also gewissermaßen eine Mahnung entweder die Erzeugung zu steigern oder den Verbrauch einzuschränken. Geschieht das eine oder andere nicht, ist auf die Dauer eine Katastrophe unvermeidlich. Man vergegenwärtige sich zum Beispiel, daß die Getreiderzeugung (wie bei uns) hinter dem Bedarf zurückbleibt. Der dadurch entstehende Ausfall an Brotgetreide kann nur, wenn der Verbrauch nicht eingeschränkt werden soll, gedeckt werden durch Einfuhr fremden Getreides aus dem Ausland. Dieses müssen wir mit anderen Sachwerten bezahlen; in dem selben Tempo, wie die Menge der dafür verfügbaren Sachwerte allmählich sich verringert, schließlich sogar gleich Null wird, muß sich die Teuerung vergrößern. In diesem Zustand der steigenden Teuerung befinden wir uns jetzt . . . Durch Streiks wird die Lage nur noch schlimmer, da durch sie eine weitere Verminderung der Erzeugung und damit des Anteils des einzelnen eintritt . . . Man übertreibt nicht, wenn man den Rückgang der Erzeugung im Vergleich zur Vorkriegszeit auf rund ein Drittel veranschlagt.«

Diese Ausführungen bewegen sich in der gleichen Richtung, in der hier zu den deutschen Wirtschaftsproblemen stets Stellung genommen wurde. Es bleibt in der Tat für die deutsche Volkswirtschaft nur ein Weg zu gehen: Es muß konsequent und entschieden in Deutschland darauf hingearbeitet werden, daß die Produktion entsprechend gesteigert wird, und daß Hand in Hand mit dieser Steigerung der Produktion eine rationelle Konsumtionspolitik getrieben wird.

Ein Glied in der Kette organischer Produktionspolitik und rationeller Konsumtionspolitik ist das Problem des direkten Güteraustausches zwischen Produzenten und Konsumenten. Von Tag zu Tag gewinnt diese Frage angesichts der Wirtschaftslage Deutschlands an Aktualität. Den Luxus eines unproduktiven, verteuernenden Zwischenhandels kann sich das arm gewordene Deutschland nicht mehr erlauben. Volkswirtschaftliche Notwendigkeiten erfordern gebieterisch eine Einschaltung der deutschen Volkswirtschaft auf die wirtschaftlich rationellste Form. Diese Form wird beim Güteraustausch geschaffen durch den unmittelbaren Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher. Die Lösung dieser Frage bedeutet einen gewaltigen Schritt vorwärts in der rationellen Agrarwirtschaft, sie bedeutet ferner eine Niederlegung der starren Schranken, die engstirnige parteipolitische Interessenpolitik hüben wie drüben, bei Erzeugern und Verbrauchern, hat errichten helfen. Lohnt es sich, um ein solches Ziel zu kämpfen? Diese Frage wird jeder bejahen, der von der Notwendigkeit überzeugt ist, daß in diesen harten Nachkriegsjahren konsequente und rationelle Produktionspolitik getrieben werden muß. Die Frage der Volksernährung muß eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes sein. Die Ausschaltung volkswirtschaftlich überflüssiger Zwischenglieder, die heute zwischen Erzeugern und Verbrauchern preisverteuernd wirken, bedeutet für den Erzeuger die Herabdrückung der unproduktiven und unrationellen Verkaufsarbeit, dem Verbraucher wird die Bezahlung der Zwischenhändlergewinne erspart. Jedem der beiden Teile aber (und darin sehe ich eine politisch außerordentlich wichtige Auswirkung des direkten Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten) weitet der unmittelbare Verkehr unter einander den Blick für die wirtschaftlichen Realitäten des andern; der unheilvolle Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiter und Bauer, zwischen Konsumenten und Produzenten, wird gemildert und abgebaut.

Das Problem des direkten Güteraustausches ist nicht neu. Sozialistische Wirtschaftspolitiker haben die Ausschaltung unproduktiver Glieder aus der deutschen Volkswirtschaft schon zu einer Zeit gefordert, als die deutsche Wirtschaft noch in vollster, ungebrochener Blüte stand. Die Wirtschaftsnot der Nachkriegsjahre hat dann auch nach und nach in nichtsozialistischen Kreisen die Erkenntnis reifen lassen, daß die schwere Not der Zeit zu rationalen Maßnahmen auf dem Gebiet des direkten Verkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher zwingt. Bereits im Jahr 1918 kam es zu einer unverbindlichen Aussprache über den direkten Güteraustausch zwischen den beiden größten landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden, dem Reichsverband und dem Raiffeisenverband, mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Im September 1919 beschäftigte sich dann der deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag zu Bamberg mit der Frage des unmittelbaren Geschäftsverkehrs zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften. Der Berichterstatter Pietsch /Halle/ gab der Bedeutung, die er

dieser Sache beimaß, mit den Worten Ausdruck: »Ich betrachte die im großen Maßstab betriebene Aufnahme und die planmäßige Entwicklung direkter Beziehungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen als die wichtigste Frage, die zurzeit das landwirtschaftliche Genossenschaftsleben berührt.« In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden auf dieser Tagung die landwirtschaftlichen Organisationen beauftragt in ihren Organen die Wege der praktischen Verwirklichung des gesteckten Ziels festzulegen und Beziehungen zu den Verbrauchervereinigungen anzuknüpfen. Im vergangenen Jahr tagte dann im Reichswirtschaftsministerium in Berlin eine von landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Organisationen und Konsumgenossenschaften beschickte Konferenz, in der im Prinzip der Forderung des unmittelbaren Lieferungsverkehrs zugestimmt wurde. Meinungsverschiedenheiten bestanden und bestehen noch heute dagegen über die praktische Art der Durchführung des gesteckten Ziels. Deutlich zeigt die Entwicklung, die die Frage bisher genommen hat, daß der Plan des unmittelbaren Güteraustausches nur Verwirklichung finden kann, wenn auf beiden Seiten, sowohl beim Erzeuger wie beim Verbraucher, die genossenschaftlichen Organisationen Träger der ganzen Aktion werden. Es ist ferner unbedingt erforderlich, daß die für die Erzeuger in der Landwirtschaft stark in Betracht kommenden Faktoren wie Bodenkultur, klimatische Verhältnisse, verkehrstechnische Fragen usw. bei Abschlüssen mit Konsumentenorganisationen berücksichtigt werden. Wie die bisherige Entwicklung der ganzen Frage zeigt, wird das Problem des direkten Güteraustausches zunächst durch Abmachungen auf *regionaler*, nicht zentraler, Grundlage gelöst werden können. Die großen Konsumentenorganisationen haben nicht rein zufällig ihre Kartoffelaufkäufer im vergangenen Herbst in bestimmt umgrenzte Aufkaufgebiete entsandt. Sie waren sich bewußt, daß größere Abschlüsse nur in Gegenden getroffen werden konnten, die wirtschaftspolitisch eine Einheit bilden. Ebenso erscheint es notwendig über bestimmte Nahrungsmittel, die zu liefern sind, regional Vereinbarungen zu treffen.

Die ersten praktischen Versuche eines unmittelbaren Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten werden voraussichtlich bei der Kartoffelversorgung im kommenden Herbst gemacht werden können. Vorbereitungen dazu müssen jedoch schon in allernächster Zeit getroffen werden, wenn ein systematischer direkter Verkehr zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und den Genossenschaften der Verbraucher Wirklichkeit werden soll. Unverzüglich sind Lieferungsverträge für den kommenden Herbst abzuschließen. Diese Abschlüsse werden naturgemäß zunächst nur für bestimmte einheitliche Wirtschaftsgebiete Geltung haben. Die Organisationen der Verbraucher werden dabei versuchen einem Umstand Rechnung zu tragen, der für das Gelingen des gestellten Plans und für die Vertragserfüllung gewisse Sicherheiten bietet. Heute haben die Industriebezirke und Großstädte, die hauptsächlich als Verbraucherzentren in Frage kommen, durch ihre zahlreichen Kokereien große Mengen von hochwertigen Ammoniakmitteln zur Verfügung, die von den Verbraucherorganisationen als Gegenwert den um Düngemittel verlegenen Landwirtschaftsorganisationen überlassen werden können. Wenn es gelingen wird unter Mitwirkung der großen Kommunen und Industrierwerke den Verbrauchergenossenschaften diese Düngemittel zur Verfügung zu stellen, dann ist damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für den unmittelbaren Güteraustausch erfüllt. Es

ist nicht daran zu zweifeln, daß bei dem Düngerhunger, der heute in der deutschen Landwirtschaft vorhanden ist, auf Grund von Ammoniaklieferungen Abschlüsse zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen schnell und leicht vollzogen werden können. Nach und nach wird dann auf dem einmal beschrittenen Weg konsequent weitergegangen werden müssen.

Auch in anderen Ländern beschäftigt man sich lebhaft mit diesem Problem. So hat sich gerade vor kurzem, wie in der Freien wissenschaftlichen sozialistischen Agrarkorrespondenz ausführlich berichtet wurde, der Amerikanische Genossenschaftsausschuß (All-American Co-operative Commission) um die Herstellung direkter Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Verbrauchern, unter Ausschaltung des überflüssigen Zwischenhandels, bemüht. Die amerikanische Genossenschaftspresse teilt mit, daß Sidney Anderson, der Vorsitzende der gemischten landwirtschaftlichen Untersuchungskommission, die kürzlich durch den Kongreß bestellt wurde, eine Erklärung veröffentlicht hat. Auf Grund der ersten Feststellungen der Untersuchungskommission werden darin die Krebschäden des jetzigen Verteilungssystems bloßgestellt.

»Im allgemeinen betragen die Herstellungskosten, einschließlich Rohmaterialien, 37 % des vom Verbraucher bezahlten Dollars, während der übrige Teil von 63 % dem Zwischenhändler zufällt, der sich einzig mit dem Transport des Erzeugnisses von der Erzeugungstätte nach dem Verbrauchsort und der Lieferung an den Verbraucher befaßt. Diese 63 % stellen nicht den reinen Gewinn des Zwischenhändlers dar; in ihnen sind natürlich auch die besonderen Ausgaben für Inserate, Handelsvertretungen und sonstige spezielle Dienste enthalten.«

Der Senator E. F. Ladd, einer der hervorragendsten landwirtschaftlichen Sachverständigen des Landes, hat kürzlich festgestellt, daß von jedem durch den Verbraucher gezahlten Dollar der landwirtschaftliche Erzeuger sogar nur 30% erhält, so daß volle 70% dem Zwischenhandel zufließen. Diese Feststellungen, so erzählt das Kongreßmitglied Anderson, beziehen sich sowohl auf die landwirtschaftliche als auch auf die industrielle Produktion. Immerhin wird der industrielle Erzeuger, der gewöhnlich besser organisiert ist, einen größern Prozentsatz des Werts seiner Erzeugnisse erhalten als der Landwirt. Das einzige Mittel den übermäßigen Ansprüchen der Zwischenhändler ein Ende zu bereiten sieht Anderson in der Errichtung genossenschaftlicher Organisationen der Erzeuger und Verbraucher:

»Diese beiden Gruppen sind die zwei wichtigsten Faktoren des Problems, das uns beschäftigt. Sie sind die zahlreichsten, aber sie sind gleichzeitig auch die am schwersten zu beeinflussenden, weil die Erzeugnisse und Verkaufskraft der einen, die Bedürfnisse und Kaufkraft der andern unorganisiert sind. Wenn es uns gelingt ein Mittel zu finden, das die Organisation dieser verschiedenen Kräfte des Erzeugers und Verbrauchers ermöglicht, so sind wir der Lösung dieses Problems der Verteilung um einen guten Schritt näher gekommen.«

Diese Ausführungen zeigen, daß das Problem Erzeuger und Verbraucher nicht nur bei uns in Deutschland aktuell ist. Je mehr diese volkswirtschaftlich ungemein wichtige Frage auch international behandelt wird, um so eher ist zu hoffen, daß ihre Lösung nach großen Gesichtspunkten erfolgen kann. Die enge Berührung des Verbrauchers mit dem Erzeuger wird allmählich überall das Bewußtsein von dem Primat der Produktion erstehen lassen und so dazu beitragen, daß die Pflicht zum Schaffen als Grundforderung, die die Volksgemeinschaft an jedes ihrer Mitglieder zu stellen hat, in ihrer Bedeutung und mit ihren Konsequenzen anerkannt wird.



## HEINRICH STÜHMER · EIN SCHRITT ZUM HEIMARBEITERSCHUTZ



LANGHE hat es gedauert, bis sich unsere junge Republik der Ärmsten unter den Armen der Arbeiterschaft erinnert hat. Die Heimarbeiter und vielmehr noch die Heimarbeiterinnen waren, von einigen Ausnahmen abgesehen, immer die geduldigsten Staatsbürger; sie sind deshalb auch diesmal von der politischen Umwälzung in Deutschland nur wenig berührt worden. Strömten im allgemeinen nach der Revolution die Arbeiter und Arbeiterinnen den Gewerkschaften in Massen zu, so haben die Heimarbeiter die Zeit wieder verschlafen und von der neuen Epoche nichts oder nur wenig gemerkt. Vor kurzem berichtete die Tagespresse über den Hungertod einer Berliner Heimarbeiterin, die mit ihrer Schwester zusammen künstliche Myrthen für Brautkränze anfertigte und bei täglich 12- bis 16stündiger Arbeitszeit 30 Mark die Woche verdiente. Wir wollen annehmen, daß dies einer der krassesten Fälle ist, die vorkommen. Aber Tatsache bleibt doch, daß niedrigste Gewinnsucht immer noch auf diese billigen Arbeitskräfte spekuliert. Bei den Heeresnäharbeiten, die während des Krieges angefertigt wurden, war der Lohn für die Arbeiter, einschließlich der Heimarbeiterinnen, wenigstens vorgeschrieben, wenn viele ihn auch trotzdem nicht erhalten haben, weil sie zu nachlässig waren ihn einzufordern. Aber seitdem diese Aufträge nicht mehr existieren, hat auch auf diesem Gebiet der freie Handel alle Schranken der Zwangswirtschaft niedrigerissen, die der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft wenigstens einigen Widerstand entgegengesetzten.

Im Reichsarbeitsministerium hatte man nun Ende des Jahres 1920 den Entwurf zu einem Gesetz zum Schutz der Heimarbeiter fertiggestellt. Er wurde aber nicht veröffentlicht, weil das Finanzministerium wegen der Kosten, die durch die Errichtung von Lohnämtern entstünden, dagegen Einspruch erhoben hatte. Darauf fand dann am 23. April 1921 im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit Vertretern der Unternehmer, Zwischenmeister und Heimarbeiter statt. Es sollte bei dieser Zusammenkunft die Frage geklärt werden, ob der gesamte Heimarbeiterschutz schleunigst gesetzlich zu regeln sei, oder ob es sich empfehle zunächst nur die Lohnfrage zu behandeln und die Neuregelung des Heimarbeitsrechts im übrigen zurückzustellen, bis Inhalt und Gestaltung des projektierten Arbeitsgesetzbuchs klar erkennbar sind. Es wurde ferner erörtert, ob ein Bedürfnis vorliege die in der Heimarbeit zu zahlenden Entgelte allgemein verbindlich festzusetzen, und ob diese Tätigkeit den Fachausschüssen des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 übertragen werden könne. Die Meinung der Arbeitnehmervertreter war, daß die schleunige Regelung der gesamten Heimarbeit sehr zu wünschen sei; wenn diese sich trotzdem verzögere, so sei es unbedingt notwendig die Lohnfrage zunächst in Angriff zu nehmen.

Nun ist im Reichsarbeitsblatt vom 31. Januar 1922 ein Referentenentwurf zu einem Gesetz zur Abänderung des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 erschienen. Dieser Entwurf sieht vor, daß Hausgewerbetreibende, die fremde Hilfspersonen, und Zwischenmeister, die Hausarbeiter oder Hausgewerbetreibende beschäftigen, in das Gesetz einbezogen werden können. In der Hauptsache sieht aber der Entwurf vor die Befugnisse der Fachauss-

schüsse dahin zu erweitern, daß sie die Aufgaben der Schlichtungsausschüsse bei Arbeitsstreitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Hausarbeitern (im Sinn der §§ 20 bis 30 der Verordnungen vom 23. Dezember 1918 respektive 31. Mai 1920) zu erfüllen haben. Da zwischen den Gewerbetreibenden und den Hausarbeitern aber doch nur in seltenen Fällen Arbeitsstreitigkeiten entstehen, die zu schlichten oder durch Schiedsspruch zu entscheiden sind, so kann der Fachausschuß auch ein Verfahren zur Regelung von Mindestlöhnen (Mindestentgelten) einleiten, falls in dem Bezirk den Hausarbeitern offenbar unzulängliche Entgelte gezahlt werden. In diesem Verfahren zur Festsetzung von Mindestentgelten ist zunächst auf eine tarifliche Vereinbarung über die Entgelte hinzuwirken. Kommt ein Tarifvertrag zustande, so ist der Fachausschuß für den Bezirk oder der Gesamtfachausschuß für mehrere Bezirke berechtigt die Bestimmungen des Tarifvertrags über die Entgelte als allgemeinverbindlich zu genehmigen, auch wenn der Tarifvertrag noch keine überwiegende Bedeutung erlangt hat. Kommt kein Tarifvertrag über die Entgelte zustande, oder können die Bestimmungen des Tarifvertrags nicht genehmigt werden, so kann der Fachausschuß oder der Gesamtfachausschuß durch Beschluß für die Hausarbeiter seines Bezirks Mindestentgelte festsetzen. Dabei ist der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mitzubestimmen. Die endgültig genehmigten Bestimmungen eines Tarifvertrags über die Entgelte und die endgültig festgesetzten Bestimmungen über die Mindestentgelte haben für den Bezirk des genehmigenden oder festsetzenden Fachausschusses oder Gesamtfachausschusses die Wirkung eines für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrags im Sinn des § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 respektive 31. Mai 1920. Wenn nun trotzdem ein Gewerbetreibender oder ein nicht als Gewerbetreibender geltender Zwischenmeister den vereinbarten oder festgesetzten Lohn nicht zahlt, so kann der Fachausschuß den betreffenden Arbeitgeber unter Androhung einer ihm aufzuerlegenden Buße auffordern innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist den Minderbetrag an den Hausarbeiter abzuführen. Wird der Zahlung innerhalb der festgesetzten Frist nicht Folge geleistet, so kann der Fachausschuß die Buße festsetzen. Diese darf im allgemeinen höchstens 5mal so groß sein wie der Minderbetrag; wenn aber gegen den Gewerbetreibenden oder Zwischenmeister bereits 2mal eine Buße festgesetzt werden mußte, so kann sie auch 8mal so groß werden. Durch Zahlung der Buße wird der Anspruch des Hausarbeiters auf Entgelt und Schadenersatz nicht berührt. Die Buße wird nach den reichsgesetzlichen Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben einkassiert und an die für die Hausarbeiter zuständige allgemeine Ortskrankenkasse abgeführt. Ist eine solche nicht vorhanden, so ist die Buße einer vom Fachausschuß zu bezeichnenden gemeinnützigen Einrichtung zu überweisen. Mit einer Ordnungsstrafe bis zu 1000 Mark wird bestraft, wer das Amt als Beisitzer oder Vertreter im Fachausschuß ohne zulässigen Grund ablehnt. Desgleichen werden Beisitzer oder Vertreter, die sich ohne genügende Entschuldigung nicht rechtzeitig zu den Sitzungen einfinden oder sich ihren Obliegenheiten entziehen, mit den durch ihr Verhalten verursachten Kosten belegt und mit einer Ordnungsstrafe bis zu 300 Mark bestraft. Jedenfalls soll diese Strafandrohung eventueller Sabotage entgegenwirken.

Im allgemeinen ist der Entwurf noch sehr verbesserungsbedürftig. Wenn das Gesetz kein toter Buchstabe bleiben soll, dann müssen die gewerkschaftlichen Berufsorganisationen überall zur Mitarbeit zugelassen und herangezogen

werden. Denn wenn die Heimarbeiter sich allein helfen könnten, bedürften sie eines besondern Schutzes nicht mehr. Deshalb muß den Organisationen bei der Errichtung von Fachausschüssen ein mitbestimmender Einfluß eingeräumt werden. Auch wären die Vertreter für die Fachausschüsse nur auf Grund von Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Gewerbetreibenden und Hausarbeiter zu ernennen. Ferner geht aus dem Gesetzentwurf nicht klar hervor, wer eigentlich die Anregung zur Prüfung unzulänglicher Entgelte und zur Einleitung eines Verfahrens auf Regelung von Mindestentgelten seitens des Fachausschusses geben soll. Gewiß können die Fachausschüsse von sich aus, ohne besondern Antrag, das alles tun, und sie müssen es, wenn begründete Anträge aus den Kreisen der Heimarbeiter vorliegen. Da wir aber aus Erfahrung wissen, daß die Heimarbeiter und insbesondere die Heimarbeiterinnen wohl kaum mit Anträgen an die Fachausschüsse herantreten werden, so müssen notwendig von den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestellte Anträge auf Festsetzung und tarifliche Regelung der Entgelte für die Hausarbeiter bestimmter Gewerbebezüge ebenfalls innerhalb einer durch das Gesetz zu bestimmenden Frist erledigt werden. Die Gewerkschaften werden in solchen Fällen ihre Anträge meistens schon mit gesammeltem Material belegen, das dann von den Fachausschüssen, eventuell durch Vernehmungen von Arbeitgebern und Hausarbeitern, nachgeprüft werden kann. Es darf sich dabei natürlich nicht nur um die Abstellung von Mißständen in Einzelfällen handeln, sondern das Ziel muß die tarifliche Regelung der Entlohnung sein. Die Holzarbeiterzeitung stellt sich mit Recht auf den Standpunkt, daß die allgemeinen Schlichtungsausschüsse diese Arbeit ebensogut leisten können wie die Fachausschüsse. Auch ich war früher dieser Meinung. Da aber unter den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen darüber keine Einigung zu erzielen war, so findet man sich, zur Vermeidung weiterer Verzögerung, vorläufig besser mit der Überlassung dieser Tätigkeit an die Fachausschüsse ab.

Die Fachausschüsse müssen ferner die Durchführung der durch Beschluß festgelegten oder tariflich vereinbarten Entgelte für die Hausarbeiter überwachen. Dazu müssen notwendigerweise alle eingehenden Beschwerden auf diesem Gebiet sofort nachgeprüft werden. Stellt sich dann heraus, daß die Entlohnung des Hausarbeiters weniger als den vereinbarten oder festgesetzten Satz beträgt, so ist der Fachausschuß verpflichtet den Gewerbetreibenden oder den Zwischenmeister ohne Säumen unter Androhung einer Buße zur unverzüglichen Zahlung des Minderbetrags an den Hausarbeiter aufzufordern, widrigenfalls er außer dem nachzuzahlenden Lohn auch die Buße zu tragen habe. Je schärfer diese Bestimmungen durchgeführt werden, desto eher wird sich die tarifliche Ordnung durchsetzen. Ferner ist zu fordern, daß die Erneuerung und Vervollständigung der Fachausschüsse nicht erst, wie im Entwurf vorgesehen ist, am 1. Januar 1924 in Kraft tritt, sondern sofort nach dem Inkrafttreten der erweiterten Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes in die Wege geleitet wird.

Es wären nicht gerade grundstürzende Neuerungen, die die vorgeschlagene Novelle brächte. Immerhin wäre damit das Allernotdürftigste geschehen. Der lange Weg des Heimarbeiterschutzes wird noch so bald nicht durchmessen sein. Um so dringender ist es, daß man wenigstens wieder ein paar Schritte auf ihm tut.



## VICTOR NOACK · MUSIKER UND BEAMTE



OR dem Krieg hatten die Zivilberufsmusiker als Gewerbestand schwer unter der Konkurrenz der Militärmusiker zu leiden. Nach Verminderung der Heeresbestände auf die heute in der Reichswehr gehaltenen ist der Druck dieser Konkurrenz wesentlich leichter geworden. Unter dem 8. Juli 1921 erließ das Reichswehrministerium Bestimmungen für die außerdienstliche öffentliche Musik-tätigkeit der Militärmusiker, die »bezüglich der Zivilberufsmusiker im Be-nehmen mit dem Deutschen Musikerverbande als der zurzeit größten deut-schen Zivilberufsmusikerorganisation getroffen worden« sind. Unter an-derm wird darin bestimmt: »Die Interessen der Zivilberufsmusiker sollen durch die außerdienstliche öffentliche Musik-tätigkeit der Militärmusiker nicht geschädigt werden. Anderen, die Musik im Nebenberuf betreibenden Musikern werden die Militärmusiker gleichgestellt.« Der 2. Satz und die Unterstreichung der *beruflichen* Musik-tätigkeit zielen auch auf die neben-gewerblich musizierenden Beamten.

Leider tauchten die Kräfte, die infolge der Auflösung von Militärkapellen als "Militärmusiker" vom Arbeitsmarkt der Berufsmusiker verschwunden waren, sehr bald als nebegewerblich musizierende Beamte wieder auf. Die Schleuderkonkurrenz dieser Kategorie, die schon vor dem Krieg das Musi-kergewerbe schwer schädigte, wurde dadurch außerordentlich drückend. Aus den zahlreichen Beispielen dafür, die die Statistik des Deutschen Musikerverbandes bringt, sei einiges hier wiedergegeben, was mir in einer Konferenz mit dem Vorstand am 13. Januar dieses Jahres be-kannt geworden ist: In der Hauptverwaltung der Staatsschulden und der Reichsschuldenverwaltung in Berlin sitzen schon allein etwa 500 nebegewerblich musizierende Beamte, einstige Militärmusiker, darunter 4 ehemalige Militärmusikmeister. In den Bureaus dieser Behörde spielt sich eine Art Musikerbörse ab. Die ehemaligen Musikmeister treten als Zwischen-arbeitgeber auf. Größere Konzertsaalunternehmer Berlins arbeiten mit Kapellen, die aus ehemaligen Militärmusikern, nunmehr nebegewerblich musizierenden Beamten, zusammengestellt sind. So auch der Zoologische Garten, der bekanntlich aus städtischen Mitteln unterstützt wird. Die Stadt Berlin hätte um so mehr Grund in diesem Fall die berechtigten Interessen der Zivilberufsmusiker wahrzunehmen als die Konkurrenz der Beamten die Erwerbslosigkeit unter den Berliner Berufsmusikern wesentlich erhöht, deren Kosten die Stadt, letzten Endes die Gesamtheit der Steuerzahler, trägt.

Nicht nur sozialpolitische Gründe sondern auch das allgemeine kulturelle und künstlerische Interesse an der Entwicklung eines leistungsfähigen Musikerstands sollte dem Deutschen Musikerverband im Kampf gegen die ruinöse Konkurrenz der Beamten die tatkräftige Unterstützung aller zuständigen Stellen, insbesondere aber der Ministerien für Kunst und Volksbildung sichern. Ganz selbstverständlich wird nicht nur der Musikerstand wirtschaftlich herabgedrückt, sondern es wird auch das ganze öffentliche volkstümliche Musikleben geschädigt, wenn zum Beispiel in Berlin 5000 im Deutschen Mu-sikerverband organisierte Musiker sich der Schleuderkonkurrenz von an-nähernd 2000 musizierenden Beamten zu erwehren haben. Die Verhältnisse liegen in anderen großen Städten ähnlich so wie in Berlin. In Breslau sind bei 1200 organisierten Musikern 900 nebegewerblich musizierende Beamte

gezählt worden. In Chemnitz, wo es der Verband durchgesetzt hat, daß die Behörden ihren Beamten nur mit Einverständnis der Geschäftsstelle des Deutschen Musikerverbandes die Spielerlaubnis geben, stehen 700 organisierten Musikern 200 nebegewerblich musizierende Beamte gegenüber. In Erfurt haben 150 Musiker die Konkurrenz von 130 Beamten zu ertragen. In Hannover führen die 700 organisierten Musiker einen zähen Kampf gegen die 500 gewerbsmäßig musizierenden Beamten, die sich hier zu einem Volkssymphonieorchesterverein zusammengeschlossen haben, der zu niedrigen Preisen öffentliche Konzerte veranstaltet. Die Berufsmusiker haben bei den verschiedenen Behörden wegen der Teilnahme ihrer Beamten an diesen Konzerten Beschwerde geführt. Die Behörden meinten jedoch, es könne den Beamten nur untersagt werden gegen *Entgelt* öffentlich zu musizieren; die Einnahmen aus den Konzerten des Volkssymphonieorchestervereins hätten aber noch nicht einmal die Unkosten voll gedeckt. Und die Landesversicherungsanstalt Hannover schrieb sogar am 7. Dezember 1921: »Wir können es im Gegensatz zu der dortigen Auffassung nur anerkennen, daß unsere Beamten ihre freie Zeit zu einer künstlerischen Betätigung benutzen, durch die sie weiten Volkskreisen den Genuß einer edlen Musik bereiten.« Diese Auffassung der hannoverschen Behörden (Oberpostdirektion, Präsident des Landesfinanzamts, Landesversicherungsanstalt, Polizeipräsident, Oberpräsident, Eisenbahndirektion) unterscheidet sich grundsätzlich von der Bekanntmachung der sämtlichen Staatsministerien im Freistaat Bayern vom Juni 1921 über die gewerbsmäßige Ausübung der Musik durch Beamte, in der unter anderm gesagt ist: »Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Beamte sich nicht regelmäßig sondern nur *aushilfsweise* und vorübergehend an den musikalischen Veranstaltungen beteiligt . . . Die Erlaubnis darf ferner nur erteilt werden, wenn durch die gewerbsmäßige Musikausübung seitens eines Beamten nicht den Berufsmusikern eine unbillige Benachteiligung in ihrem Erwerb, namentlich durch eine etwaige *Unterbietung* der Vergütung zugefügt wird. Um das zu gewährleisten, hat der Beamte eine Äußerung etwa bestehender örtlicher Berufsmusikerverbände vorzulegen, ob durch die Musikausübung seitens des Beamten die Berufsmusiker in ihrer Erwerbsmöglichkeit beeinträchtigt werden . . . Die Musikausübung ist an Orten, an denen örtliche Berufsmusikerverbände bestehen, dem Beamten im Einzelfalle nur gestattet, wenn ihm von einem dieser Verbände schriftlich bestätigt ist, daß für die betreffende Veranstaltung ein geeigneter Berufsmusiker nicht zur Verfügung steht.« Im allgemeinen verfahren aber die Behörden gegen die Berufsmusiker zugunsten ihrer Beamten. In Königsberg haben die den 350 organisierten Berufsmusikern gegenüberstehenden 250 gewerbsmäßig musizierenden Beamten 4 vollbesetzte Orchester gebildet, und zwar je eines der Polizei-, der Post- und der Eisenbahnbeamten und ein allgemeines Symphonieorchester. Um den Berufsmusikern den Rang abzulaufen, und da die Königsberger Behörden wie die in Hannover meinen, nur das öffentliche Musizieren gegen *Entgelt* sei den Beamten zu untersagen, spielen diese Leute für ein paar Glas Bier. Auch in Sachsen hatte eine Beschwerde des Deutschen Musikerverbandes über gewerbsmäßiges Musizieren von Beamten den Erfolg, daß diese Musikanten für ein Glas Bier arbeiten. In Karlsruhe ist der geradezu erstaunliche Fall vorgekommen, daß ein Oberstadtsekretär und Stadtverordneter gleichzeitig Leiter der städtischen Erwerbslosenfürsorgestelle und Geschäftsführer der aus gewerbsmäßig musizierenden Beamten zusam-

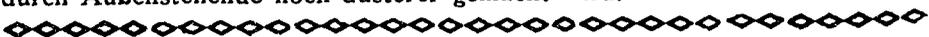
mengesetzten Harmoniekapelle ist, deren Mitglieder aus ihrer musikgewerblichen Tätigkeit Nebeneinnahmen von 1800 bis 2000 Mark im Monat gewinnen. Aus Berufsmusikern zusammengesetzte Kapellen vermögen gegen die Schleuderkonkurrenz dieser Beamtenkapellen nicht aufzukommen; ihre Mitglieder verfallen der Erwerbslosenfürsorge und geraten damit in drückendste Abhängigkeit von eben jenem als Leiter der städtischen Erwerbslosenfürsorgestelle wohlbestallten Oberstadtssekretär. Eine Zusammenstellung des Deutschen Musikerverbandes zeigt, was die Konkurrenz dieser Harmoniekapelle für die Berufsmusiker in Karlsruhe bedeutet. Danach hat diese Kapelle in den Tagen vom 1. bis zum 22. Mai 1921 21 verschiedene Musikgeschäfte ausgeführt. Sie hat an Sonntagen Früh-, Nachmittags- und Abendkonzerte gegeben. Sie veranstaltete die Musik bei Festmüzügen und zu Hochzeiten (werktags von 2 Uhr nachmittags bis 2 Uhr nachts). Sie stellte auch die Musik zum Schützenfest vom 29. Mai bis zum 5. Juni und strich dafür allein rund 30 000 Mark ein. Sollten die Dienstgeschäfte dieser Beamten durch eine so anstrengende nebegewerbliche Tätigkeit nicht leiden, dann muß die Art ihrer amtlichen Tätigkeit allerdings sehr einfach sein.

Schon der Standpunkt, den die Stadtverwaltung Hannover eingenommen hat: daß die Behörde ihren Beamten das gewerbliche Musizieren während des Urlaubs nicht untersagen könne, ist falsch. Ganz abgesehen von der offenbleibenden Frage, ob der aus öffentlichen Mitteln besoldete Beamte mit den steuerzahlenden Gewerbetreibenden gewerbsmäßig in Konkurrenz treten dürfe (wobei der Beamte eben auf Grund seiner wirtschaftlichen Fundierung als Beamter dem, der lediglich vom Ertrag seiner Arbeit leben muß, immer um einige Nasenlängen voraus ist), spricht gegen die Auffassung der Stadt Hannover der Umstand, daß das Beamtengehalt während des Urlaubs doch nur unter der Voraussetzung weitergezahlt wird, daß der Urlaub der Erholung, der Stärkung der Arbeitskraft des Beurlaubten und somit dem Interesse der Stadt diene; das heißt, die Stadt behält ein gewisses Verfügungsrecht über die Zeit des Urlaubs, sie schreibt dem Beurlaubten das *Ausruhen* als seine Pflicht vor, und der Beamte, der seinen Urlaub, dessen Kosten die Stadt aus öffentlichen Mitteln bestreitet, zu gewinnbringender Tätigkeit benutzt, handelt gegen das öffentliche Interesse. Die Karlsruher Behörde geht ja nun sogar so weit ihre der Harmoniekapelle angehörigen Beamten für Konzertreisen nach Baden-Baden und anderen Bädern zu beurlauben.

Ein Kapitel für sich bildet die Konkurrenz der musizierenden Schutzpolizei. In Königsberg zum Beispiel ist durch die Konkurrenz der Schutzpolizeikapelle die Existenz des Stadttheaterorchesters in Frage gestellt worden. Der gewerbsmäßig musizierende Schutzpolizeibeamte vor allem kann in die Lage kommen dem Gastwirt als Beamter entgegentreten zu müssen, bei dem er als Musiker in Lohn und Brot steht. Beide Teile sind da gefährdet, der eine als Geber (Beamtenbestechung), der andere als Nehmer. Die Behörde sollte dieser Möglichkeit unter allen Umständen vorbeugen, indem sie generell ihren Beamten das öffentliche Musizieren verbietet. Konflikte zwischen Amtspflicht und privatem Interesse des gewerbsmäßig musizierenden Beamten drohen überall: beim Steuerbeamten (Vergnügungssteuer, Schankerlaubnissteuer), beim Stadtausschuß (Schankerlaubnis und andere mehr), schließlich überhaupt überall, wo der Gastwirt (Saalbesitzer) nicht nur als solcher sondern als Bürger mit der Behörde zu tun bekommt, bei der ein für ihn gewerblich musizierender Beamter angestellt ist.

Beamte sollen so auskömmlich besoldet werden, daß die Behörde von ihnen verlangen kann, sie dürften zu niemandem sonst in materielle Abhängigkeit treten. Es ist ungerecht es einen einzelnen Gewerbestand, und gar erst einen wirtschaftlich so bedrückten wie den der Berufsmusiker, entgelten zu lassen, daß eine Behörde nicht imstande ist ihre Beamten angemessen zu besolden. Ganz abgesehen davon, daß diese Art Ersparnis auf Kosten eines Gewerbestands als Last nicht auf diesem liegen bleibt sondern weiter rollt und als eine Lawine sozialer Verpflichtungen schließlich doch über den öffentlichen Haushalt niedergeht. Die oben bereits zitierte Verordnung der bayrischen Ministerien zeugt von Verständnis für die Lage der Zivilberufsmusiker. Auch das sächsische Gesamtministerium hat unter dem 29. November 1921 einen Beschluß gefaßt, wonach »die Staatsbeamten und die Lehrer an öffentlichen Schulen erneut darauf hingewiesen werden, daß sie zur Vermeidung dienstlicher Bestrafung in keinem Falle eine Nebenbeschäftigung oder gewerbliche Tätigkeit, zu deren Ausübung sie nach gesetzlicher Vorschrift die Genehmigung ihrer Dienst- oder Anstellungsbehörde einzuholen haben, ohne diese Genehmigung beginnen dürfen. Die Genehmigung wird auch dann, wenn eine Schädigung frei erwerbstätiger Personen hiervon nicht zu befürchten wäre, nur beim Vorliegen besonderer Gründe erteilt werden.« Leider läßt die Durchführung dieser Verordnungen viel zu wünschen übrig. Die gewerbsmäßig musizierenden Beamten haben sich im Bund der Beamtenvereine ehemaliger Militärmusiker eine Organisation geschaffen, die als gelber Verband bei den Saalbesitzern besonders beliebt ist. Dieses Verhältnis zur Arbeitgeberschaft äußert sich auch darin, daß der Redakteur des Bundesorgans gleichzeitig die Saalbesitzerzeitung besorgt.

Es ist nicht produktionsfördernd, daß eine einzelne Berufskategorie durch eine unbillige Konkurrenz sozial geschädigt und dadurch auch in ihren Leistungen gemindert wird. Solch eine Art Konkurrenz kommt ja nur dadurch zustande, daß eine andere Kategorie, in diesem Fall die Beamtenschaft, für ihren eigenen Beruf nicht voll angespannt wird, daß also die Anzahl der in ihr Beschäftigten zu groß ist. Auch die Frage des Verhältnisses der Berufsmusiker zu den musizierenden Beamten, so geringfügig ihre Bedeutung für die Allgemeinheit scheinen mag, führt also auf das Problem der notwendigen *Erhöhung der Arbeitsleistung* zum Zweck der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft. Wenn der Beamtenkörper des Reichs, der Länder und der Gemeinden, der jetzt ins ungeheuerliche angeschwollen ist, auf den Umfang reduziert wird, der den an seine Leistung gestellten Anforderungen entspricht, wenn die überschüssigen Kräfte in andere, produktive Berufe übergeführt werden, den übrigbleibenden aber ein größeres Maß von Arbeit zuteil wird, dann ist auch die Möglichkeit einer bessern Entlohnung für sie gegeben, und es hört für sie der Anreiz zu einer andere schädigenden Nebenbeschäftigung auf, die ohnehin, da nunmehr die Arbeitsfähigkeit des einzelnen Beamten wirklich voll ausgenutzt werden würde, gar nicht mehr ausgeübt werden könnte. Die öffentlichen Körperschaften würden von übermäßiger finanzieller Belastung befreit sein und könnten ihre Budgets ins Gleichgewicht bringen, andere Gebiete der nationalen Produktion, die jetzt brach liegen, hätten wieder ausreichende Arbeitskräfte — und die Musiker brauchten nicht mehr darüber zu klagen, daß ihr wahrlich nicht glänzendes Dasein ihnen durch Außenstehende noch düsterer gemacht wird.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Lydia Eger

Am Silvestertag wurde, ein Jahr nach Carl Legien, ein Mann in Bremen zur letzten Ruhe gebracht, der nicht bloß weit über die deutschen Grenzen hinaus einen Namen erworben hatte sondern vor allem in den letzten Jahrzehnten einer der richtung- und ausschlaggebenden Männer in der deutschen sozialen Arbeit war, ja vielleicht oft *der* Mann der deutschen Sozialpolitik. Am 23. Dezember 1921 war Ernst Francke in der Medizinischen Klinik zu Freiburg im Breisgau nach langem Leiden gestorben. Er wurde am 10. November 1852 in Koburg geboren. Er studierte zuerst Literatur, war aber durch den Tod seines Vaters gezwungen seine Studien vorzeitig abzubrechen. Er wurde Journalist, zuerst Redakteur des Fränkischen Kuriers, dann, 1881 bis 1892, der Münchener Neuesten Nachrichten, mit denen er bis in die letzte Zeit in Verbindung stand. Er widmete sich dabei wissenschaftlichen Studien, zunächst in der allgemeinen Politik, dann mehr innerhalb der Sozialpolitik. So kam es, daß all seinem sozialpolitischen Wollen und Arbeiten der Überblick über das Ganze nie fehlte. In München trieb er staatswissenschaftliche Studien an der Universität und promovierte dort mit einer Studie über das Schuhmachergewerbe in Bayern, die dann als 1. Band der von Brentano und Lotz herausgegebenen Volkswirtschaftlichen Studien erschien. Wie er überhaupt als ein Schüler Brentanos mit diesem bis zuletzt in enger Schaffens- und Freundschaftsbeziehung stand, so daß dieser auf seinen Tod hin schrieb: »Wo finden wir seinesgleichen wieder?« Bereits in dem Schlußwort seines oben erwähnten ersten Werkes entwickelte er die Ideen, deren Durchführung sein Lebenswerk darstellte. Später veröffentlichte er in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik seine wissenschaftlichen Arbeiten: so 1906 Die zollpolitischen Einigungsbestrebungen in Mitteleuropa während des letzten Jahrzehntes, dann Die Lage der in der Seeschiffahrt Deutschlands und des Auslands beschäftigten Arbeiter, ein Referat, das er auf der Hamburger Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik gehalten hatte. Trotz solchen Arbeiten war sein Sinn durchaus nicht auf die

Gelehrtenlaufbahn eingestellt. Er wollte ein Mann der Praxis bleiben, der Politik, Journalistik und Gesetzesschaffung, aber seiner unmittelbar praktischen Arbeit nie das wissenschaftliche Fundament entziehen. So wirkte er als Herausgeber der Sozialen Praxis, als Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform, als Vorstand des Vereins für Sozialpolitik, als deutscher Delegierter auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf, als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats und als Führer im Volksbund für Freiheit und Vaterland. So viele Pflichten und Ämter das waren, so gruppierten sie sich doch alle um sein soziales Wollen, das, wohl zunächst mit der nationalen Idee verknüpft, ihm doch das Auge für die internationale soziale Arbeit weit offen ließ, das sich nicht mit Gehässigkeit gegenüber dem Gegner blind auf eine Seite schlug sondern mit Verständnis für die Nöte auf beiden Seiten und mit überzeugender Kraft die Pflichten beider Parteien in den Vordergrund rückte und dann nicht selten den Ausschlag gab zur Lösung und Einigung, wenn sich vorher die Gegner noch verständnislos und erbittert gegenüber standen hatten. Die Treue zu seinem Werk und seiner Idee bewirkte ein streng sachliches Arbeiten; doch war das warme Herz immer zu spüren. Er vergewaltigte nicht, unterdrückte die Meinungen nicht; aber seinem überlegenen Geist gelang es den freien Willen des einzelnen auf ein notwendiges gemeinsames Ziel hinzulenken. Seine Mitarbeiter durften das am deutlichsten spüren; er war ihnen Freund und Führer zugleich. Schlicht und vielfach voll eiserner Härte im eigenen Leben (denn er wollte keine Rast trotz Alter und Krankheit in dieser Zeit) stellte er die Menschenwürde, die absolute Gerechtigkeit seinem Schaffen als Ziel voran. So war er ein Freund der Arbeiter und ein Vorkämpfer für ihre letzten Ziele. Wenn nun nach seinem Tode Franckes Werk auch von Männern getragen wird, denen er Führer und Freund war, so spürt das deutsche Volk, ja die Menschheit doch, daß das warme Herz, das in dem Werk schlug, still geworden ist, und daß der klare Geist keine neuen Wege mehr zeigt. Und das bleibt trotz der nun doppelt notwendigen Arbeit und Treue an seinem Werk doch die Trauer des deutschen Volkes: Wo finden wir seinesgleichen wieder?

**Kellnerinnen-** Endlich, am 15. Dezember  
**schutz** 1921, ist auch in *Bayern*  
eine Verordnung über die  
Beschäftigung weiblicher Personen in  
Gast- und Schankwirtschaften erlassen  
worden. Sie verbietet die Beschäftigung  
weiblicher Personen unter 16 Jahren  
und macht die Einstellung unter 18 Jah-  
ren von der Erlaubnis der Polizeibehörde  
abhängig. Diese Erlaubnis darf nur dann  
erteilt werden, wenn Gewähr geboten  
wird, daß den Anforderungen der Ge-  
sundheit, der Sittlichkeit und des An-  
stands voll genügt wird. Entsprechend  
der Tatsache, daß das Trinkgeld nicht  
wie in Nord- und Mitteleuropa be-  
seitigt worden ist, bringt die Verordnung  
die Bestimmung, daß das Entgelt zu  
einem angemessenen Teil aus einem  
festen Gehalt bestehen muß, während in  
Preußen die Beschäftigung nur gegen  
festen ausreichenden Barlohn zulässig  
ist. Verboten ist auch in Bayern Bruch-  
geld, Putzgeld, Halten von Zeitungen,  
Entlohnung anderer Angestellter und  
Zahlung von Provisionen für den Ver-  
kauf von Getränken auf das Gehalt an-  
zurechnen. Doch gelten diese Bestim-  
mungen nur für fremde Beschäftigte,  
nicht für Familienangehörige. Diese wer-  
den erst vom 2. Teil der Verordnung er-  
faßt, der besondere Bestimmungen zur  
Aufrechterhaltung der Gesundheit und  
Sittlichkeit und zur Bekämpfung der  
Anmierkneipen enthält. Insbesondere  
muß danach die Beschäftigung weib-  
licher Angestellter versagt werden, wenn  
die Person des Unternehmers keine hin-  
reichende Gewähr für den gesundheitli-  
chen und sittlichen Schutz bietet, wenn  
die Räumlichkeiten zu Bedenken Anlaß  
geben, wenn angenommen werden kann,  
daß die Beschäftigung weiblicher Per-  
sonen vor allem deswegen erfolgt, damit  
Gäste angelockt und geistige Getränke  
im Übermaß genossen werden. Auch darf  
nicht durch besondere Ankündigung auf  
weibliche Bedienung hingewiesen wer-  
den. Weitere Bestimmungen können  
noch für die in sittenpolizeilicher Be-  
ziehung bedenklichen Betriebe erlassen  
werden, und zwar des Inhalts, daß die  
Zahl der weiblichen Hilfskräfte be-  
schränkt wird, daß das Anlocken der  
Gäste verboten wird, ebenso das Frei-  
haltenlassen durch sie, schließlich jede  
Beteiligung am Gewinn oder Umsatz.  
Die Aufsicht über Gast- und Schank-  
wirtschaften liegt den Polizeibehörden  
und Gewerbeaufsichtsbeamten ob, beson-  
ders ihren weiblichen Hilfskräften, die  
die Aufsicht auch über die Wohn- und  
Schlafräume der Angestellten auszudeh-

nen haben. Inwieweit die Verordnung einen  
wirklichen Schutz darstellt, wird na-  
türlich in erster Linie von der Aufsicht  
abhängen. Der Verband der Gastwirts-  
gehilfen ist mit der Verordnung nicht  
einverstanden, weil das Arbeitsverhältnis  
nicht genügend geregelt und der Schutz  
der Jugendlichen nicht genügend ge-  
sichert ist. Er fordert vor allem noch  
das Verbot der gewerbmäßigen Stellen-  
vermittlung für weibliche Angestellte in-  
nerhalb des Gewerbes.

**Kurze Chronik** Durch den Tod Franckes  
verlor die *Gesellschaft für  
Soziale Reform* ihren Vor-  
sitzenden. An seine Stelle wurde Hein-  
rich Herkner gerufen, der zugleich Vor-  
sitzender des Vereins für Sozialpolitik  
ist. Zum Stellvertretenden Vorsitzenden  
wählte man Philipp Stein /Frankfurt am  
Main/. ◊ Um eine Rücklage für die  
kommende *Arbeitslosenversicherung* zu  
schaffen, wurde ein Gesetzentwurf über  
die Erhebung von Beiträgen für die  
künftige Arbeitslosenversicherung vor-  
gelegt, der die grundsätzliche Zustim-  
mung der Gliedstaaten sowie der meis-  
ten Spitzenverbände erhielt. Die Bei-  
tragspflicht erstreckt sich auf Arbeit-  
geber und ihre Arbeitnehmer, die das 16.  
Lebensjahr vollendet haben und auf  
Grund der Reichsversicherungsordnung  
krankenkassenpflichtig sind. Nicht einbe-  
zogen in den Entwurf sind die in der  
Land- oder Forstwirtschaft Beschäftig-  
ten, die Hausgehilfen, die unständig Be-  
schäftigten (§ 411 der Reichsversiche-  
rungsordnung), die Wandergewerbetrei-  
benden, die nur gegen Unterhalt Be-  
schäftigten und diejenigen, für die als  
Entgelt nur die Hälfte des Ortslohns ge-  
währt wird. Der Beitrag soll wöchent-  
lich je 1,50 Mark für Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer betragen. Er ist gleich-  
zeitig mit den Beiträgen für die Kranken-  
versicherung zu entrichten und wird  
dann an eine Rücklage abgeführt, die  
der Reichsarbeitsminister mit einem pari-  
tätischen Ausschuß verwaltet. Nach Ein-  
führung einer Arbeitslosenversicherung  
werden diese Beiträge, was die An-  
sprüche auf Versicherungsleistungen an-  
langt, den Beiträgen gleichgestellt, die  
künftig erhoben werden. Das Gesetz  
gilt bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes  
über Arbeitslosenversicherung, längstens  
aber bis zum 30. Juni 1922. ◊ Die 5  
neuangestellten *Gewerbeärzte* für Preu-  
ßen haben nach § 139b der Reichsge-  
werbeordnung die Befugnis jederzeit un-  
angemeldet Besichtigungen der ihnen un-  
terstellten Betriebe vorzunehmen.

Literatur

Auf dem Görlitzer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

wurde ein Abschnitt Sozialpolitik in das Programm aufgenommen. Das dort Aufgestellte behandelt und erläutert *Max Quarek* in seiner Schrift Sozialpolitik /Stuttgart, Dietz/.  $\diamond$  In ihrer Arbeit Aufgaben und Ziele der neuzeitlichen Wohlfahrtspflege /Stuttgart, Dietz/ stellt *Helene Simon* als Postulat voran: allmähliche Ersetzung der Pflege der Armen durch Verhütung von Klassenarmut. Sie faßt die Aufgaben der Wohlfahrtspflege zusammen, betrachtet ihr Verhältnis zur Sozialpolitik, die sie als Teilgebiet der Wohlfahrtspflege ansieht, und stellt schließlich als Ziele auf: Ersetzung der individualistischen Schädenerverhütung auf der ganzen Angriffslinie durch die soziale oder sozialistische Schädenerverhütung.  $\diamond$  Ein Vortrag des Reichsarbeitsministers *Heinrich Brauns* über Lohnpolitik ist im Druck erschienen /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/, ein Heft, das wertvolles statistisches Material enthält, zugleich einen Überblick über die Aufgaben des Staates in der Lohnpolitik gibt. Man kann dem Heft weite Verbreitung wünschen.  $\diamond$  In der Arbeit *Carl Strehls* Die Kriegsblindenfürsorge, ein Ausschnitt aus der Sozialpolitik /Berlin, Julius Springer/ wird ein Einblick in ein besonderes Gebiet gewährt, aus dem sonst wenig an die Öffentlichkeit gelangt, und das doch durch den Krieg ganz neue Aufgaben gezeitigt hat. Schon der geschichtliche Überblick über die Entwicklung des Blindenbildungswesens in Deutschland dürfte viel Interesse erregen, die Ergebnisse der Kriegsblindenenbildung und -fürsorge erscheinen aber noch ganz besonders beachtenswert.  $\diamond$  Eine bis ins kleinste durchgeführte Darstellung eines Gewerbes bietet die historische wirtschaftliche Studie *Maximilian Uttenhalers* Das Münchener Friseurgewerbe /München, Verlag des Bayerischen Landesverbands der Bader, Friseur und Perückenmacher/. Es ist eine sehr genau und mühsam zusammengestellte Arbeit.  $\diamond$  Die Bücherei des Arbeitsrechts /Berlin, Reimar Hobbing/ bringt als 13. Band eine Studie *Otto Ulrichs'* Arbeitsordnungen für Arbeiter gewerblicher Betriebe. Der Band enthält eine Fülle gesetzlicher Bestimmungen aus der Verfassung, der Gewerbeordnung, dem Betriebsrätegesetz, ferner eine Anzahl Musterarbeitsordnungen und schließlich eine systematische Übersicht über Erlaß, Inhalt und Form der Arbeitsordnungen.

Genossenschaftsbewegung / August Müller

Deutschland

Über den Bestand der deutschen eingetragenen Genossenschaften am 1. Januar 1922 liegen zwar noch keine amtlichen Ziffern vor. An der Hand der im Reichsanzeiger veröffentlichten Auflösungen und Neugründungen läßt sich aber errechnen, daß am 1. Januar 1922 in Deutschland 47 767 eingetragene Genossenschaften existierten, gegenüber 44 456 am 1. Januar 1921. Neu gegründet wurden im Vorjahr 4887 und aufgelöst 1576 Genossenschaften. In Konkurs gerieten 79 Genossenschaften, durch die Gebietsabtretungen infolge des Friedensvertrags gingen rund 3600 verloren. Ohne diesen Verlust durch den unglücklichen Ausgang des Krieges wäre also heute in Deutschland eine Gesamtzahl von mehr als 50 000 eingetragenen Genossenschaften zu registrieren.

Von den am 1. Januar 1922 bestehenden Genossenschaften waren 20 566 städtische und ländliche Kreditgenossenschaften, 6503 Handwerkergenossenschaften, 603 Handwerkerproduktivgenossenschaften, 317 Arbeiterproduktivgenossenschaften, 1333 Händlergenossenschaften, 2411 Konsumgenossenschaften, 3064 Baugenossenschaften, 14 818 landwirtschaftliche Genossenschaften ohne die Darlehnskassen, die schon bei den Kreditgenossenschaften mitgezählt sind. Hierzu kommen noch etwa 1000 "sonstige" Genossenschaften, die sich nach dem Gegenstand des Unternehmens nicht in eine der aufgezählten Gruppen einreihen lassen. Neben den eingetragenen Genossenschaften gibt es zudem noch eine geringe Zahl nicht eingetragener, über deren Zu- oder Abnahme erst später aus der Verbandsstatistik der großen Zentralverbände etwas zu ersehen ist.

**Zusammenwirken von Produzenten und Konsumenten** Schon lange wird in der Genossenschaftsbewegung die Möglichkeit erörtert direkte Beziehungen zwischen landwirtschaftlichen Produzenten- und städtischen Konsumentengenossenschaften herzustellen. Leider wurde bisher wenig Positives dafür getan. Allerdings verhandelt man bereits seit einigen Jahren darüber, wie man Erzeuger- und Verbraucher-genossenschaften durch direkten Warenaustausch mit einander in Verbindung bringen kann; aber bei diesen Verhandlungen waren nicht alle vorhandenen Genossenschaftsverbände beteiligt. Am 12. Januar fand nun in Hamburg eine Besprechung statt, die durch die, in dieser Rundschau (1921 II Seite 1123) bereits erwähnten

Schritte des Reichsernährungsministers veranlaßt zu sein schien. An dieser Besprechung nahmen Vertreter des Generalverbandes der deutschen Raiffeisengenossenschaften, des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Zentralverbands und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sowie des Reichsverbands und der Großeinkaufszentrale deutscher Konsumvereine sowie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teil. Die Aussprache führte zu einer Verständigung über die gemeinsam zu treffenden Maßnahmen. Es wurde beschlossen eine ständige Kommission einzusetzen, die dafür wirken soll, daß die konsumgenossenschaftlichen Zentralverbände unmittelbar von den landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden beziehen, und die allgemeine Richtlinien hierfür festsetzt. Diese Kommission hat sich nunmehr unter dem Namen Wirtschaftsausschuß der deutschen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften gebildet und ihre Arbeit aufgenommen. Der Vorsitz, der jedes Jahr unter den 4 Verbänden wechseln soll, wurde für das Jahr 1922 dem Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften übertragen. Es ist also jetzt erreicht, daß in diesem Ausschuß ein besonderes Organ existiert, das unter Beteiligung aller in Betracht kommenden Verbände den direkten Verkehr zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften zu fördern sucht. Man darf gespannt sein, ob diesem Ausschuß, dessen Bildung an die Methoden der staatlichen Bureaucratie erinnert, Erfolg beschieden sein wird.

**Unternehmerkartelle und Genossenschaften** In den letzten Monaten mehrten sich die Klagen darüber, daß Industrielle und Großhandelsverbände Gegenseitigkeitsverträge abschlossen, durch die den Genossenschaften der direkte Bezug von Fabrikaten entweder ganz unmöglich gemacht sei oder die Waren doch erheblich verteuert würden. Dies läge ganz in der gegenwärtigen Tendenz unseres Wirtschaftslebens, die nicht auf stärkere Rationalisierung sondern im Gegenteil auf Vermehrung der unproduktiven Leistungen geht. Niemals zuvor hat sich die Zahl der Agenten, Kommissionäre, Zwischenhändler und Kaufleute so sehr erhöht wie in den letzten Jahren nach dem Krieg. Der privatwirtschaftliche Gesichtspunkt, der im Augenblick dem Verkäufer eine bedeutende Machtposition einräumt, steht vor dem volkswirtschaftlichen, dem die Vermehrung der in der Distribution

tätigen Kräfte unerwünscht erscheinen muß, weil sie preiserhöhend wirkt. Die erwähnten Abmachungen zwischen Erzeuger- und Händlerverbänden, die sich gegen die Genossenschaften richten, entspringen ebenfalls privatwirtschaftlichen Interessen. Die großen genossenschaftlichen Zentralverbände haben deshalb das Reichswirtschaftsministerium zum Eingreifen aufgefordert. In einer eingehenden Aussprache, die daraufhin im Reichswirtschaftsministerium zwischen Vertretern des Reichsverbands der deutschen Industrie, des Zentralverbands des deutschen Großhandels, des Deutschen Genossenschaftsverbands und des Zentralverbands deutscher Konsumvereine stattfand, gelang es die beteiligten Gruppen einander näher zu bringen. Es wurde besonders vereinbart, daß eine Benachteiligung der Genossenschaften ihrer Organisationsform wegen nicht erfolgen dürfe, und sofort Maßnahmen zu treffen seien, um diesen Grundsatz praktisch durchzuführen. Zu diesem Zweck soll bei jeder Beschwerde wegen Verstoßes gegen diesen Grundsatz eine Kommission aus Vertretern der Industrie, des Großhandels und der Genossenschaften unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums zusammentreten, die die Berechtigung der Beschwerde zu prüfen, auf eine gütliche Einigung hinzuwirken und gegebenenfalls Vorschläge zu machen hat, wie eine Schädigung der Genossenschaften vermieden werden könne. Man wird abwarten müssen, ob durch diese Vereinbarungen die bestehenden Gegensätze in der Tat aufzuheben sind.

**Eigenpublikationen** Die *Jahrbücher* der großen Verbände, die wichtigsten Publikationen über das deutsche Genossenschaftswesen, müssen stets umfangreiche Statistiken veröffentlichen. Die Rücksicht auf diesen statistischen Teil ist für die äußere Form dieser Jahrbücher bestimmend geworden: sie erscheinen in dem für Werke mit großen Tabellen üblichen Format. Eine Ausnahme macht nur der *Zentralverband deutscher Konsumvereine*, der von Anfang an sein Jahrbuch im gewöhnlichen Buchformat herausbrachte. Die Tabellen müssen deshalb darin auf eine viel größere Zahl Seiten verteilt werden als bei den anderen Genossenschaftsjahrbüchern. Man muß sich deshalb erst in das Jahrbuch hineinlesen. Es lohnt sich aber die nötige Zeit dafür aufzuwenden, denn das Jahrbuch des Zentralverbands ist außerordentlich inhaltreich und läßt keine Seite der Konsumvereinsbewegung

unerörtert. Der 1. Band des in dieser Rundschau (1921 II, Seite 1125 f.) bereits angezeigten neuesten Jahrbuchs enthält den Bericht über Tätigkeit, Umfang und Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Ihm sind die Berichte über die Verlagsgesellschaft, Pensionskasse das Tarifamt und die Fortbildungskommission des Zentralverbands beigegeben. Es wäre wünschenswert gewesen ihm auch den Jahresbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine anzufügen, um so darin alle Dokumente von allgemeinem Interesse zu vereinigen. Wen nur diese allgemeine Seite der Bewegung interessiert, hätte dann die anderen Bände entbehren können. Vielleicht zieht der Herausgeber des Jahrbuchs für das nächste Jahr diesen Vorschlag in Erwägung. Der 2. Band enthält den Jahresbericht der Großeinkaufsgesellschaft und die Sonderberichte der Revisionsverbände, der 3. die Berichte über die Verbandstagungen. Der Herausgeber Heinrich Kaufmann waltete mit Sorgfalt seines Amtes. Die zahlreichen Leser und Interessenten der Bewegung wären ihm aber dankbar, wenn es ihm gelänge durch größere Konzentration in der Behandlung des Stoffs den Umfang des Jahrbuchs zu verringern.

**Kurze Chronik** Das Exekutivkomitee des *Internationalen Genossenschaftsbundes* hielt am 30. Januar in Brüssel eine Sitzung ab, auf der auch Deutschland vertreten war. Es wurden dort Finanzfragen besprochen. Die Franzosen hatten eine Resolution eingebracht, in der die Einberufung einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz zur Hebung der europäischen Wirtschaftsnöte vorgeschlagen wurde. Sie fand, trotz einigen Einwendungen der Deutschen und Engländer, Annahme. Von "Sowjet"rußland lag eine Aufforderung vor eine Delegation dorthin zu entsenden. Der Einladung wurde Folge geleistet. Der Delegation gehören je 1 Vertreter Frankreichs, Belgiens, der Schweiz und Tschechiens an; außerdem nimmt der Sekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes an der Reise teil. Die Delegation verfolgt hauptsächlich den Zweck der Information.  $\diamond$  Die *Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* veröffentlichte einen vorläufigen Bericht über ihre Geschäftsergebnisse im Jahr 1921. Danach hatte sie einen Umsatz von 2 406 982 699 Mark, gegenüber einem Umsatz von 1 351 224 382 Mark im Jahr 1920. Die Steigerung des Umsatzes beträgt 78,13%. Die Eigenpro-

duktion hatte einen Umsatzwert von 234 Millionen, die Bankabteilung setzte auf Girokonto 3 Milliarden 437 Millionen um. Wenn man annimmt, daß die Mark im Jahresdurchschnitt 1921 8 Goldpfennig wert war, entspricht der Umsatz von 2 Milliarden 407 Millionen Papiermark annähernd einem Wert von 200 Millionen Goldmark. Im Jahr 1913 hatte die Großeinkaufsgesellschaft einen Umsatz von rund 150 Millionen; er steigerte sich also über den Stand der Vorkriegszeit hinaus.  $\diamond$  Zur Förderung des *Fischkonsums* hat die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Geestemünde einen Fischversand eingerichtet und in Altona eine große Fischräucherei und Marinieranstalt eröffnet. Hoffentlich findet das verdienstvolle Unternehmen seinen Lohn im Gedeihen der neuen Betriebszweige

#### Literatur

In einer sehr interessanten kleinen Schrift *Industrielle Genossenschaften* München, J. Schweitzer/ bespricht *Robert Deumer* die Möglichkeiten der Anwendung des Genossenschaftsprinzips auf die Industrie. In dem Maß, wie die Bildung von Wirtschaftskonzernen fortschreitet, wachsen bis zu gewissem Grad die Existenzschwierigkeiten für die außerhalb der Konzerne stehenden Individualbetriebe. Kriegsfolgen, Geldentwertung und anderes tun ein übriges und rufen auch in solchen Kreisen Interesse für die Genossenschaftsbewegung hervor, an die man bei der Gründung der Genossenschaften nicht dachte. Deumer stellt nun die Frage, in welcher Weise das Genossenschaftsprinzip derartigen Industriebetrieben dienstbar gemacht werden könnte. Er führt beachtenswerte Gründe für die Schaffung von Industriegenossenschaften an. Die naheliegenden Einwände berücksichtigt er weniger. Seine Schrift ist deshalb in erster Linie ein Zeugnis für die Werbekraft des Genossenschaftsgedankens.  $\diamond$  Als 22. Heft der *Genossenschaftlichen Zeit- und Streitfragen* /Berlin, Deutscher Genossenschaftsverlag/ ist ein Vortrag *Philipp Steins* Rückblick und Ausblick vom Deutschen Genossenschaftstag in Wiesbaden 1921 erschienen. Er faßt in wirkungsvoller Weise die Gesichtspunkte zusammen, unter denen bisher die Genossenschaftsentwicklung stand, und schildert dann die neuen Aufgaben des deutschen Genossenschaftswesens. Alles in vollendeter Form und mit großer Sachkenntnis, so daß die Lektüre des Schriftchens einem jeden wohl ebenso genußreich wie belehrend ist.

# WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Ernst Lau

**Weltbild** Das Weltgebäude im Lichte der neuern Forschung ist der Titel einer Broschüre *Walter Nernsts*, in der der Verfasser den Inhalt einiger Vorträge zusammenfaßt /Berlin, Julius Springer/. Es sind darin Fragen aus der Kosmophysik behandelt und in Zusammenhang mit einigen neuern Hypothesen gebracht.

In letzter Zeit waren die Physiker durch das Gesetz der Entropie in eine eigenartige Lage gekommen. Zu 2 gleich auf fallenden Lehren fühlte sich der Physiker durch den sogenannten 2. Wärmesatz gedrängt. Nach ihm ist nämlich die Rückverwandlung der Wärme in Arbeit oder, was das selbe bedeutet, in die lebendige Kraft bewegter Massen gar nicht oder nur teilweise möglich. Es folgt daraus ferner, daß alle Vorgänge in der Natur sich so abspielen, daß ein mehr oder weniger großer Betrag von Arbeit sich in Wärme oder, wie Nernst sich im Sinn dieses Satzes ausdrückt, in degradierte Energie umsetzt. Will man diese Betrachtungen auf das Weltall ausdehnen, so kommt man zu der eigentümlichen Anschauung, daß an einem Anfang viel größere Energiedifferenzen gewesen sein müssen als etwa jetzt. Diese Energiedifferenzen gleichen sich allmählich aus, bis ein Zustand eintreten muß, in dem nirgends mehr ein Energiegefälle auftritt, sämtliche Energie sich in die Endform der Energie, die Wärme, verwandelt haben muß. Alle Bewegungen, alle Strahlungserscheinungen, kurz jede Form von Energieumsetzung müßten demnach allmählich aufhören. Man hätte also am "Anfang" der Weltgeschichte ein Maximum von Spannkraften, die Arbeit leisten könnten, anzunehmen, und am "Ende" der Weltgeschichte eine tote Welt ohne jedes Ereignis. Nernst nennt diese Konsequenz fatal, und in der Tat ist sie geeignet eine Metaphysik und eine Lebensstimmung zu erzeugen, die in vieler Beziehung mit den Grundanschauungen und dem Lebensgefühl unserer Zeit in Widerspruch steht. Man kommt auf der einen Seite etwa zu einem Schöpfungsakt, auf der andern zu einem Nirwana. Beide Gedanken sind auch ausgeführt worden.

Nernst teilt uns nun mit, daß er seit seiner Studentenzeit diesen Gedankengängen auszuweichen versucht, und er glaubt einen derartigen Weg angeben

zu können. 2 Tatsachen- und Hypothesenkomplexe meint er zu diesem Zweck in die alte, Kant-Laplacesche Kosmologie einfügen zu müssen.

Einmal sind es die Tatsachen der Radioaktivität. Seit den großen Forschungen über Radioaktivität wissen wir, daß die Materie in sich sehr große Energiemengen birgt. Diese Energie wird frei, wenn Elemente größern Atomgewichts in solche kleinern Atomgewichts zerfallen. Ein Blick auf diese Tatsachenreihen ist insofern sehr lehrreich, als daraus hervorgeht, daß die Energiemengen im Weltall erheblich größer sind als man früher dachte, da man im wesentlichen an Bewegung und die Temperaturen großer Fixsterne denkt. Man wird infolgedessen die Lebensdauer der Fixsternsysteme erheblich höher ansetzen als man es früher tat.

Eine weitere recht interessante Korrelation ist die Beziehung zwischen Materie und Energie, die sich der neuern theoretischen Forschung aufgedrängt hat. Fritz Hasenöhl und Albert Einstein haben sich zu der Annahme gedrängt gesehen, daß, wenn ein Körper strahlt, er zugleich an Gewicht verliert. Die Sonne verliert demnach jährlich 100 Billionen Tonnen Gewicht durch Strahlung. Aus dieser Theorie und der aus anderen Gründen wahrscheinlichen Annahme, daß die Sonne bisher kaum auch nur ein Hundertstel ihres Gewichts durch Strahlung eingebüßt hat, kann man wertvolle Anhaltspunkte über das Alter der Sonne erhalten. Nernst schätzt das Lebensalter der Sonne und der übrigen heißen Fixsterne auf 100 000 Millionen Jahre. Bringt man nun diesen Theorieenkomplex in Zusammenhang mit unserm Problem, so ergibt sich zunächst nur eine weitere Verschärfung des Todesgedankens im Weltall. Es muß nämlich nicht nur jegliche Bewegung verschwinden, sondern auch jede bewegbare Materie.

Diesen in der Tat sehr bemerkenswerten. Schlußfolgerungen glaubt Nernst entgegen zu können, indem er den letzten Satz umkehrt. Löst sich gleichsam Materie in Energie auf, so kann vielleicht auch der umgekehrte Fall eintreten, daß aus Energie Materie wird. Hier sieht Nernst sich genötigt auf die Äthertheorie zurückzugreifen. Er nimmt an, daß im Äther eine geringe Absorption an Strahlungsenergie dauernd stattfindet, und bei gewisser Anhäufung dieser Energie dann Materie entsteht, und zwar auffallenderweise solche mit hohem

Atomgewicht. Diese Materie ballt sich dann zu Nebelhaufen zusammen, und es geht dann alles etwa nach der Kant-Laplace'schen Theorie. Die Kant-Laplace'sche Nebel-Fixstern-Theorie glaubt Nernst im großen und ganzen aufrecht-erhalten zu können. Die Weltwerdung würde also immer wieder von neuem beginnen, und von einem absoluten Anfang oder Ende braucht nicht mehr die Rede zu sein.

Diese auf viele bekannte Tatsachen sich stützende Theorie ist gewiß sehr bemerkenswert. Ob sie sich in allen Einzelheiten wird halten können, ist zweifelhaft. Besonders, ob man mit Recht annehmen kann, daß durch eine Energieabsorption im Äther Materie hohen Atomgewichts entsteht, scheint unsicher. Besser ist es vielleicht mit anderen Forschern anzunehmen, daß erst Wasserstoffatome entstehen, und dann bei der Zusammenballung zu Fixsternen die hochatomigen Elemente auftauchen. Jedenfalls ist die Nernst'sche Gedankenführung ein wichtiger Beitrag zum physikalischen Weltbild.

Einige weitere Einzelheiten scheinen mir sehr erwähnenswert. Zunächst sei die Tatsache hervorgehoben, daß Nernst, seiner alten Forschungseinstellung folgend, den Äther in seine Betrachtungen mit hineinzieht. Er sagt: »Vielleicht ist es Ihnen bekannt, daß gegenwärtig die Existenz des Lichtäthers vielfach in Frage gestellt wird, und wenn auch zugegeben werden muß, daß große Erscheinungskomplexe sich ohne Benutzung der Lichtätherhypothese behandeln lassen, so steht doch andererseits fest, daß für viele Vorgänge, zum Beispiel um die Konstanz der Lichtgeschwindigkeit zu erklären, die Hypothese eines unwägbareren Zwischenmediums nicht entbehrt werden kann.« Ferner: Nernst meint, daß die ganze Materie, wenn man sie auf die Gradzahl  $10^{10}$  erhitzte, einem Sprengstoff gleiche. Wir können »die Existenz der Menschheit etwa mit derjenigen eines Naturvolks vergleichen, das eine wesentlich aus Schießbaumwolle bestehende Insel bewohnt, und das nicht im Besitze des Feuers ist. Die Kolonie wäre geliefert in dem Augenblick, in welchem Prometheus einem ihrer Insassen den Feuerbrand in die Hand drückte.«

**Lichttheorie** In letzter Zeit beschäftigte sich *Albert Einstein* in einigen Vorträgen wieder besonders stark mit jener Unstimmigkeit, die in unsere Auffassung von der Natur

des Lichts gekommen ist. Seit dem Aufkommen der Quantentheorie im Jahr 1900 sind 2 Ideen zur Behandlung der Lichtvorgänge in lebhafter Konkurrenz mit einander. Einerseits beherrscht die altbewährte Undulationstheorie die geometrische und die Interferenzoptik, auf der andern Seite hat sich die Quantentheorie besonders bei den Vorgängen der Emission und Absorption von Licht bewährt. Zwischen beiden Theorien ist bisher kein Ausgleich gefunden worden; Einstein selbst bekennet: »keine Spur von Andeutungen« einer brauchbaren Idee zur Schlichtung dieses Konflikts zu kennen. Dieser allen Physikern lebendig gegenwärtige Konflikt wird auch durch das Bohrsche Atommodell, das ja wesentlich ein Modell der Lichtemission ist, nicht gelöst. Einstein stellt sich so starr auf den Boden dieses Atommodells, daß er angesichts dieses Konflikts meint, unsere Erkenntnistheorie müsse vielleicht umgebaut werden; das Kausalitätsprinzip sei nicht überall anwendbar. Über die philosophische Zulässigkeit einer solchen Schlußfolgerung sei in dieser Rundschau nicht gesprochen. Auch rein physikalisch besteht kein Anspruch aus den Bohrschen Gedanken, deren Leistungsfähigkeit ohne Frage sehr groß ist, alle Vorgänge erklären zu können. Dazu liegt um so weniger ein Grund vor, als sich auch von Seiten des Experiments starke Einwände gegen das Bohrsche Atommodell ergeben. Aus jenem Modell kann man zwar mit großer Annäherung die Serienlinien des Wasserstoffs berechnen, nicht aber den Dublettencharakter dieser Linien erklären. Neuerdings hat *Arnold Sommerfeld* nun eine Theorie aufgestellt, die die Bohrsche in dieser Richtung ergänzt; leider ist jedoch nach den Versuchen, die Ernst Gehrcke in Gemeinschaft mit dem Bearbeiter dieser Rundschau vorgenommen hat, keine Aussicht vorhanden diese Theorie aufrechtzuerhalten. Man sieht daraus, daß keine Rede davon sein kann, daß das Bohrsche Atommodell etwas Vollkommenes ist. Es ist eine Hypothese, die uns sowohl in sehr wesentlichen Punkten, wie Johannes Stork und neuerdings Einstein feststellten, im Stich läßt als auch viele feinere experimentelle Einzelheiten nicht genügend scharf wiedergibt. Angesichts dieser Tatsache scheint es besser zu warten, bis wir tiefer in das Problem des Atominnern eingedrungen sind als vorzeitig an philosophischen Voraussetzungen der Erfahrung zu verzweifeln.

**Leuchtdauer der Atome** Eng mit dem eben genannten Problem hängt folgendes, experimentell von

*Wilhelm Wien* mit beachtenswerten Erfolgen untersuchtes Phänomen zusammen. Wenn ein Atom zum Leuchten erregt ist, dann wirkt es als kleine drahtlose Station, es sendet Schwingungen aus, erst sehr intensive, dann in der Intensität langsam abklingend. Solange ein Schwingungszug anhält, ist das Licht interferenzfähig, späterhin würden keine Interferenzerscheinungen mehr auftreten können. Die Untersuchung der Interferenzfähigkeit hat jedoch bisher den Punkt nicht feststellen können, an dem die Interferenzfähigkeit aufhört. Wien hat nun neuerdings mit einer andern Methode versucht experimentell an das Problem der Leuchtdauer heranzukommen.

Läßt man Kanalstrahlen in ein hohes Vakuum eintreten, so sieht man ein leuchtendes Bündel, dessen Intensität jedoch dauernd nach einer Seite abnimmt. Diese abnehmende Intensität wird durch das allmähliche Abklingen eines leuchtenden schnell dahinfliegenden Atoms verursacht. An der Eintrittsstelle sieht man das Atom in nahezu voller Leuchtstärke, allmählich, wenn es weiter fliegt, wird die Intensität geringer. Das Auffallende an den Wienschen Resultaten ist, daß für sämtliche untersuchten Serienlinien die Abklingungskonstante die selbe ist, sie beträgt  $4,35 \cdot 10^8 \text{ sec}^{-1}$ , während die Bandenlinien des Stickstoffs langsamer abklingen.

**Totenliste** Mit den oben beschriebenen Konsequenzen des Energiegesetzes beschäftigte sich auch *Caspar Isenkrahe*, der nun am 12. August 1921, 77 Jahre alt, gestorben ist. Die Folgerung, daß ein Schöpfungsakt am Anfang der Weltgeschichte stattgefunden hat, ist besonders von katholischer Seite gezogen worden. Isenkrahe, obgleich überzeugter Katholik, widersprach dieser Folgerung, weil das Entropiegesetz nicht ohne weiteres verallgemeinert werden dürfe. Seine Schriften, die sich besonders mit Gegenständen der theoretischen Physik beschäftigten, berührten vielfach die, die an das Gebiet des religiösen Dogmas streifen. Er hat sich damit, obgleich er für das Beste seiner Kirche wirken wollte, viele Feinde gemacht.

Die Meteorologie hat Anfang Oktober durch den Tod des Professors der kosmischen Physik an der Wiener Universität *Julius von Hann* einen ihrer her-

vorragendsten Vertreter verloren. Als Direktor der Wiener Meteorologischen Zentralanstalt hat er sich besonders bei der organisatorischen Ausgestaltung des Netzes der Beobachtungsstation verdient gemacht. Er hat die österreichischen Höhenobservatorien begründet. Auch bei der wissenschaftlichen Auswertung der telegraphischen Wetterberichte hat der Forscher Grundlegendes geleistet. Von seinen größeren Werken ist sein Lehrbuch, sein Atlas der Meteorologie und sein bekanntes Handbuch der Klimatologie zu nennen. Er hat ein Alter von 83 Jahren erreicht.

Am 26. Dezember verlor die Sternwarte des Vatikans ihren Stellvertretenden Direktor, den Pater *Giuseppe Lais*, den bekannten Mitarbeiter an dem Großen Himmelsatlas und dem als Text dazu gehörigen Sternkatalog, der die Stellung von 26 398 Gestirnen nachweist.

Im Januar 1922 starb der Direktor des Greenwich Observatoriums *William Christie* im Alter von 77 Jahren. Das genannte Institut verdankt Christie seinen großen Ruf; er war 50 Jahre lang sein Direktor. Besonders große Erfolge erzielte er auf dem Gebiet der Sternphotographie und -spektroskopie und der Beobachtung von Sonnenfinsternissen.

**Kurze Chronik** In den ersten Tagen des April hat *Albert Einstein* in Paris, sowohl öffentlich wie vor einem Forum von Fachgelehrten, Vorträge über die Relativitätstheorie und ihre Folgerungen gehalten, die außerordentliches Interesse fanden und ihm große Ehrungen brachten. Im Collège de France fand eine eingehende Diskussion der Theorie und ihrer Grundlagen statt, an der sich namentlich auch Poincaré beteiligte. ◊ Das Studium an der Technischen Hochschule in Danzig für die *Ausbildung von Lehrern* mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung (noch immer wird die den Geisteswissenschaften zugehörige Mathematik mit den Naturwissenschaften zusammengenommen) an höheren Schulen wird dem an den Universitäten gleichgestellt. Der Senat setzt eine Kommission ein, die Prüfungen für das Lehramt in Mathematik und Naturwissenschaften abhält. ◊ Die Chemische Fabrik vormals E. Schering hat aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens den Betrag von 200 000 Mark der Bibliothek der Deutschen Chemischen Gesellschaft im Berliner Hofmannhaus gestiftet, damit die für die deutsche Wissenschaft so nötigen ausländischen Werke beschafft werden können.

**Biologie / Walter Zimmermann**

**Deszendenztheorie** Es ist ein Zeichen für das wiedererwachende Allgemeininteresse in der Biologie,

daß sich die Schriften über das Deszendenzproblem, das umfassendste Problem der Biologie, wieder mehrten. Unter den zahlreichen Neuerscheinungen auf diesem Gebiet zeichnet sich besonders die Deszendenzlehre des Züricher Biologen *Sinai Tschulok* aus /Jena, Gustav Fischer/, der bereits vor 12 Jahren mit sehr wertvollen, aber abseits von der Heerstraße wandelnden und darum wenig beachteten Gedanken über die logische Struktur der biologischen Wissenschaft hervortrat. Auch in seiner neuen Arbeit, deren Hauptwert in erkenntniskritischen Untersuchungen des wissenschaftlichen Fundaments liegt, bewährt Tschulok seine logisch geschulte Urteilsfähigkeit. Klar trennt er die 3 Grundfragen des Problems: 1. Hat überhaupt im Lauf der Erdgeschichte eine Entwicklung, das heißt Umbildung der Organismen stattgefunden? 2. Wie verlief diese Entwicklung (Stammbäume)? 3. Welche Ursachen (Faktoren) dürfen wir für die Entwicklung verantwortlich machen? Diese scharfe Trennung ist sehr notwendig. Denn Tschulok führt, wohl mit Recht, die weitverbreitete Unsicherheit über das gesamte Deszendenzproblem auf die allgemein übliche Vermengung der Grundfragen und ihrer mehr oder minder zweifelhaften Antworten zurück.

Nach einer ausgezeichneten Auseinandersetzung über Wesen und Wert von Hypothese und Theorie gibt Tschulok zunächst eine bejahende Antwort auf die 1. Grundfrage: »Tier- und Pflanzenformen der Gegenwart haben sich entwickelt.« Denn nur so können wir die mehr oder minder großen Ähnlichkeiten zwischen »verwandten« Organismen verstehen, die Ähnlichkeiten, auf die man das sogenannte natürliche System gegründet hat. Und nur dann kann man beispielsweise den Bau und die embryonale Entwicklung des Pferdefußes verstehen, wenn man entsprechend der Deszendenzlehre annimmt, daß seine heute allein ausgebildete Zehe mit ihren Begleitknöchelchen sich in der Stammesgeschichte aus einem 5zehigen Fuß entwickelt hat. Auch die fossilen Funde und die geographische Verbreitung geben wertvolle Ergänzungsbeweise.

Viel unsicherer fällt nach Tschulok die Antwort auf die 2. Frage, die nach den Stammbäumen, aus, da die Lückenhaftig-

keit unserer Kenntnisse über die Organismen der Vorzeit immer noch viel zu groß ist. Immerhin beweist der Verfasser wohl einwandfrei in längerer Ausführung, daß unabhängig von dieser Lückenhaftigkeit unserer Stammbaumenkenntnis der Grundsatz der Deszendenztheorie: daß überhaupt eine allmähliche Umbildung der Arten stattgefunden hat, einwandfrei feststeht.

Auch bei der 3. Hauptfrage, der nach den Entwicklungsfaktoren, beschränkt sich Tschulok auf eine Voruntersuchung über die Möglichkeiten der Erkenntnis auf diesem Gebiete, über die logische Natur und die Grenzen der Forschungen und der aus ihnen abgeleiteten Schlussfolgerungen. Wir müssen uns zunächst fragen: Wie entstehen bei den gegenwärtigen Organismen bleibende, also erbliche neue Eigenschaften? Voraussetzung für diese Umbildung ist eine Abänderung der Erbanlagen (Genotypus). Die großen Fortschritte der Vererbungskenntnis in den letzten 20 Jahren haben uns aber gelehrt, daß die Erbanlagen viel konstanter sind als man früher annahm. So sind die Variationen Darwins, zum Beispiel die Verschiedenheiten, die Geschwister unter einander und gegenüber ihren Eltern aufweisen, meist keine erblichen Neuerwerbungen. Sie beruhen vielmehr auf verschiedenartiger Neugruppierung längst vorhandener Erbanlagen, nach den Mendelschen Regeln, oder es handelt sich um vorübergehende, das heißt nicht erbliche Beeinflussungen durch die Umwelt. Immerhin ist durch exakte Untersuchungen während der letzten Jahre eine große Reihe von Mutationen, das heißt plötzlichen Abänderungen von Erbanlagen, bei Tieren und Pflanzen beobachtet worden, und wir sind zweifellos imstande (das hätte im vorliegenden Buch deutlicher hervorgehoben werden dürfen) das Artbild sowie seine erblichen Grundlagen durch solche Mutationen, Bastardierung und geeignete Auslese der Nachkommenschaft wesentlich zu verschieben. Über die Ursachen der Mutationen wissen wir eigentlich gar nichts, in seltenen Fällen konnten jedoch durch Änderungen zum Beispiel der Temperatur (erwähnt wird der Towersche Versuch am Kartoffelkäfer) Abänderungen der Erbanlagen erzielt werden. Die Versuche Kammerers am Feuersalamander sind jedoch so vieldeutig, daß sie nach Tschulok über die Entstehungsursache der Abänderungen kein sicheres Urteil zulassen. (Wer über diese Fragen mehr wissen will, sei besonders auf die knappe, aber

doch klare und die wesentlichen Tatsachen umfassende Abhandlung Experimentelle Abstammungs- und Vererbungslehre von *Ernst Lehmann* (in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt*) verwiesen.) Stellen wir nun die natürliche Artumbildung der Vergangenheit diesen experimentellen Abänderungen gegenüber. Da fällt uns zweierlei auf: 1. Der Umbildungsvorgang in der Vergangenheit war viel weitergehend, 2. Es gingen aus ihm vor allem zweckdienliche oder lebenserhaltende Einrichtungen hervor; zum mindesten sind sie prozentual viel zahlreicher als bei den experimentell beobachteten Abänderungen und Mutationen, die meist gleichgültig oder schädlich und nur in seltenen Fällen nützlich für den Organismus sind. Leider geht Tschulok auf diesen Punkt kaum ein, vielleicht, weil in seichten Deszendenzschriften der Haeckelschen Periode das Problem der zweckmäßigen Einrichtungen zu Tode gehezt schien. Es soll auch durchaus nicht bestritten werden, daß das Problem der Zweckmäßigkeit vorwiegend metaphysischer Art ist, wie namentlich von philosophischer Seite betont wird. Das Problem der zweckmäßigen Einrichtungen, das heißt der Organe, Lebensgewohnheiten usw., die wir eben entsprechend unserm Anschauungs- und Denkvermögen als zweckmäßig, zweckdienlich usw. bezeichnen, und ihrer Entstehung ist aber wieder rein naturwissenschaftlich. Man denke an die Flügel, die Federn, den Skelettbau der Vögel und an den Rüssel der Elefanten. Da wir annehmen müssen, daß diese zweckdienlichen Einrichtungen einmal noch nicht da waren (die Flugeinrichtungen der Vögel mindestens wohl im ältern Paläozoikum, der Elefantenrüssel im Mesozoikum), so ist es eine Denknötwendigkeit nach richtenden oder auslesenden Faktoren für diesen zielstrebigem Entstehungsvorgang zu fahnden. Diese Faktoren haben uns bisher die Experimente noch nicht einwandfrei gezeigt. Das müssen wir anerkennen, und wir dürfen uns nicht durch Wegleugnen des ganzen Problems täuschen wollen.

3 Anschauungen, die auch heute noch ihre Anhänger besitzen, versuchen diese richtenden Faktoren aufzuweisen: Der (Neo-)Lamarckismus, der (Neo-)Darwinismus und die von Naegeli begründete Progressionstheorie. Tschulok betont mit Recht, daß alle diese Erklärungsversuche additiv sind; das heißt, ein Beweis für eine dieser Theorien bedeutet nicht,

daß etwa nun die anderen Theorien unrichtig sein müssen.

Der Neolamarckismus nimmt bekanntlich an, daß durch Gebrauch oder Nichtgebrauch eines Organs zweckdienliche Abänderungen der Erbanlagen bewirkt werden. Die heutigen experimentellen Ergebnisse sind aber nach Tschulok und auch nach der oben erwähnten Schrift E. Lehmanns dieser Auffassung nicht günstig. Es bliebe auch meines Erachtens bei einer experimentellen Bestätigung immer noch die Frage offen: Wie entstand die Fähigkeit der Organismen derartig zweckmäßig zu reagieren? Darwin hatte die richtende Kraft in der Umwelt der Organismen gesucht, die im Kampf ums Dasein unter den variierenden Artgenossen den Lebenstüchtigen überleben läßt. Die heutzutage übliche abfällige Kritik an Darwins Lehre enthält viel Berechtigtes. Wir sahen schon, daß nur die erblichen Abänderungen, die Mutationen, das Artbild wirklich verändern. Der Einwand Tschuloks und der meisten Antidarwinianer, daß der Passendste nur dann den weniger Lebenstüchtigen überlebt, wenn der Vorteil "Selektionswert" hat, und wenn die übrigen Lebensbedingungen gleich sind, trifft aber wohl nur die wenig exakte Fassung Darwins. Natürlich hat der Lebenstüchtigere nur eine größere Aussicht zu überleben, ebenso wie die Bank im Roulettespiel nur eine größere Gewinnchance gegenüber den Spielern hat. Natürlich kann im Einzelfall die Bank verlieren und der Lebenstüchtigere vor seinen Rivalen zugrunde gehen. Wird aber oft genug gespielt, so muß die Bank nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung einen Gewinn machen, und ebenso, wenn die zweckmäßiger eingerichteten Mutationen im Lauf der Zeit nur oft genug gebildet werden, und sie genügend Zeit zur Verfügung haben, müssen sie ihre weniger begünstigten Artgenossen, mit denen sie zusammenleben, an Zahl allmählich überflügeln und ausrotten, da die Gesamtindividuenzahl sich innerhalb bestimmter Grenzen hält. Es fragt sich daher nur: Reicht die geologische Zeit aus, um diesen sicher sehr langsamen Umbildungsprozeß zu ermöglichen, und gibt es neben dem Auslesevorgang noch andere richtende Entwicklungsfaktoren? In seinen Grundzügen läßt sich jedoch der Darwinismus meines Erachtens durchaus mit der heutigen Forschung vereinbaren.

Der bekannte Berliner Anatom und Zoologe *Oscar Hertwig* hat neuerdings in sehr gedankenreichen Schriften scharf

Kritik am Darwinismus geübt (Das Werden der Organismen /Jena, Gustav Fischer/ und Zur Abwehr des ethischen, des sozialen, des politischen Darwinismus /Jena, Gustav Fischer/). Er bestreitet unter anderm, daß der Kampf ums Dasein (von Hertwig vielfach zu eng als »Kampf um die Lebensmittel« gefaßt) überhaupt in wirksamer Form vorhanden sei. Mindestens für die Pflanzenwelt spielt sich aber das Ringen um Licht, Luft und Nahrung in jedem geschlossenen Pflanzenbestand, zum Beispiel in jedem Wald, unmittelbar anschaulich ab. Jeder Forstmann wird das bestätigen. Für die Tiere liegen die Verhältnisse allerdings nicht so klar, sie sind auch schlechter untersucht. Es ist indessen kaum ein Einwand gegen den Darwinismus, daß zur Sommerzeit alle pflanzenfressenden Tiere reichlich Nahrung finden. Die Richtigkeit dieser Behauptung vorausgesetzt, so haben Darwin und seine Anhänger stets betont, daß die Auslesevorgänge in den Zeiten wirksam sind, wo ungünstige Lebensumstände ein Massensterben bedingen. Unzweifelhaft richtig ist dagegen Hertwigs Ausführung, daß die Auslese für sich genommen das Werden der Organismen (also die erblichen Abänderungen) in keiner Weise beeinflussen oder gar hervorgerufen kann. Diese Kritik trifft aber, wie wir oben gesehen haben, gar nicht den Kern des Darwinismus sondern höchstens die Determinantentheorie des Darwinianers Weismann, die übrigens heutzutage wohl nirgends mehr Zustimmung findet.

Hertwig ist Anhänger von Naegelis Progressionslehre und sieht in der Entwicklung eine »Gestaltung, Organisierung des Stoffes vermöge der ihm innewohnenden Kräfte«. Zum Beweis für diese Anschauung müßte doch wohl nachgewiesen werden können, daß an einem Organismus unter genau kontrollierbaren Versuchsbedingungen eine erhebliche Anzahl zweckmäßiger erblicher Abänderungen aus den ihm innewohnenden Kräften entstanden ist. Ein solcher Beweis liegt aber kaum vor. Mindestens beschränkt sich Hertwig auf durchaus nicht einwandfreie Deutungen der in der Natur gebildeten Anpassungen zu seinen Gunsten. Tschulok geht (vielleicht wegen dieses hypothetischen Charakters) gar nicht auf die Hertwigschen Anschauungen ein.

Stammt der Mensch vom Affen ab? fragt Georg Engelbert Graf im 3. Heft der Proletarischen Jugend /Berlin, Buchhandlung Freiheit/. Für den naturwis-

senschaftlich denkenden Menschen ist es eine Selbstverständlichkeit bei Lösung dieser Frage Erwägungen aus dem Spiel zu lassen, die außerhalb der Erfahrungsmöglichkeit liegen. Die vorliegenden wissenschaftlichen Tatsachen rechtfertigen auch durchaus die heutzutage von fast allen Deszendenzforschern angenommene und im vorliegenden Heft ausgeführte Anschauung, daß der Mensch als Glied der Organismenwelt sich entwickelt hat, und die heutigen Menschen und Affen gemeinsame Vorfahren haben. Der menschliche Stammbaum ist aber im einzelnen noch recht unsicher, vermutlich weil die Vorfahren als Baumtiere wenig in der Erde geborgene Reste hinterlassen haben. Gerade bei populären Schriften wäre es sehr wünschenswert, wenn die gesicherten Tatsachen scharf von zweifelhaften Vorstellungen gesondert würden. In der vorliegenden Schrift hätte beispielsweise darauf geachtet werden müssen die mehr als problematische stammbaumartige Skizze der Ausbreitung der Menschen und Menschenaffen als solche zu kennzeichnen.

#### Urmensch

Im Sommer 1920 wurden in der Tropfsteinhöhle Broken Hill /Nordwestrhodesia; interessante menschliche Skelettreste 27 Meter unter der Erdoberfläche gefunden. Der Mensch, dessen Überreste jetzt zutage gefördert wurden, scheint das Opfer eines Kampfs mit einem Löwen zu sein. Jedenfalls lag in nächster Nähe ein Löwenskelett mit zerschmettertem Schädel und ein schwerer runder Stein. Der einzige, ziemlich gut erhaltene Menschen Schädel ist in vielen Merkmalen erheblich primitiver als beim Neandertaler (homo primigenius), dem bisher ältesten genauer bekannten Urmenschen. Namentlich die ganz besonders starken Augenwülste und der bis zur Kreuznaht verlaufende Scheitelkamm sind sehr gorillaähnlich. Der Gesichtsschädel ist dagegen recht menschenähnlich, ebenso die wenigen gefundenen Extremitätenknochen. Über den Schädelinhalt liegen anscheinend bislang keine Berechnungen vor. Der Inhalt dürfte jedoch ziemlich niedrig sein, da es sich um einen ausgesprochenen Flachschädel handelt (Höhe 131 Millimeter bei einer Länge von 210 Millimeter und einer Breite von 145 Millimeter). Das Alter des Fundes läßt sich vorläufig noch nicht mit einiger Genauigkeit feststellen. Bei der tiefen Lagerung der Skelettreste kann man aber mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß es sehr erheblich ist.

## Tagungen

Im vergangenen Jahr wurde eine *Deutsche Gesellschaft für Vererbungswissenschaft* gegründet, die vom 3. bis zum 5. August 1921 in Berlin ihre 1. Jahresversammlung abhielt. Vor dem Krieg bestand eine Internationale Vereinigung der Genetiker mit dem gleichen Ziel der Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten und Gedankenaustauschen. Der Zusammenhang mit ihr ging durch den Krieg verloren. Die zahlreichen Vorträge und Vorführungen der Jahresversammlung gaben einen guten Überblick über das weite Gebiet der Vererbungsforschung. Auch das Ausland (namentlich Deutsch Österreich, Schweiz, Holland, Skandinavien) war stark vertreten. Die *Deutsche Geologische Gesellschaft* tagte am 4. Januar 1922 in Berlin. Grube sprach über das Altersverhältnis der sogenannten herzynischen (Südost-Nordwest) und der rheinischen (Nord-Süd) Störungsrichtung in den west- und mitteldeutschen Mittelgebirgen. Auf Grund neuerer Untersuchungen, namentlich in Südhannover, sei die rheinische Richtung nicht erst jungtertiär, wie bisher vermutet, sondern gleichaltrig mit der herzynischen, das heißt mindestens präoligozän. In den verschiedenen Hauptstörungsperioden sei meist die eine oder die andere Richtung bevorzugt worden. Außerdem wurde von der Preussischen Geologischen Landesanstalt eine neue geologische Übersichtskarte der Provinz Brandenburg 1:500 000 vorgelegt. Sie bildet die 1. Lieferung eines Kartenwerks, das ganz Deutschland umfassen soll.

**Kurze Chronik** Die Fritz Oppenheimer-Stiftung in Würzburg hat die folgende *Preisaufgabe* gestellt: »Inwieweit sind die Mendelschen Regeln für die Vererbung von Augenanomalien gültig?« Die Bewerber müssen die deutsche Staatsangehörigkeit haben und mindestens 2 Semester an einer bayrischen Universität studiert oder ihr als Assistent angehört haben. **◇** Der *amerikanische Elch* scheint das Los seiner europäischen Artgenossen zu teilen. Er stirbt aus, hauptsächlich weil die Viehvermehrung ihn seiner Weideplätze beraubt. **◇** Das erste englische Universitätsinstitut zur Erforschung des Lebens der *Schmarotzer* ist dank einer Stiftung in Cambridge eröffnet worden. Es enthält 4 Untersuchungsräume, Laboratorien und Werkstätten für Photographie, eine Bibliothek, ein Aquarium und ein chemisches Laboratorium.

Geschichte / Walther Koch

**Germanisches Kriegswesen** Die Germanen nennt sich der 2., nunmehr in 3., neu durchgearbeiteter und vervollständigter Auflage veröffentlichte Band von *Hans Delbrücks Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte* /Berlin, Stilke/, deren letzter Band über die Neuzeit in dieser Rundschau (1921 II, Seite 765 ff.) bereits früher besprochen worden ist. Die groß angelegte und doch zugleich auf quellenmäßiger Einzelforschung beruhende Geschichtsdarstellung zieht immer wieder die Verbindungslinien, gerade auch zwischen Wirtschaft, Politik und Heeresverfassung, die uns von unserm Standpunkt aus ganz besonders interessieren.

Der Ausgangspunkt des Buches ist der urgermanische Staat mit der ja nicht nur diesem eigenen Geschlechterverfassung. Delbrück weist da zunächst die Identität von Geschlecht und Hundertschaft nach. Die Geschlechtsgenossen stehen auch im Krieg in einer Schar zusammen, eben in der Hundertschaft. Auch Grund und Boden wird gemeinsam vom Geschlecht oder von der Hundertschaft in Besitz genommen: als Markgenossenschaft. Erst die Geschlechter gaben die Äcker an die einzelnen aus, ohne daß Privateigentum daran entstand. Der Verfasser untersucht kritisch die beiden Hauptbelegstellen für die altgermanische Agrarverfassung bei Caesar und Tacitus und stellt fest, daß Caesars Angabe eines »jährlichen« Wechsels der Wohnstätten auf einer starken Übertreibung oder auf Mißverständnis beruht. Wie Geschlecht und Hundertschaft, so sind auch Dorf und Geschlecht mit einander identisch. Während zum Beispiel Heinrich Brunner in seiner Deutschen Rechtsgeschichte die Existenz von Tausendchaftsgauen annimmt, die sich auf eine Anzahl Dörfer verteilen, setzt Delbrück die einfache Einteilung von Hundertschaftsgauen, die gemeinsam ein Dorf bewohnen, als ein Geschlecht ihre Abkunft von einem Stammvater herleiten und unter einem Hunno oder Altermann (Ealdorman) stehen. Diese Natureinheit, wie sie sich in den Begriffen Gemeinde, Dorf, Genossenschaft, Geschlecht, Hundertschaft ausdrückt, ist im Krieg bedeutend stärker als die durch Disziplin zusammengehaltene Kunsteinheit der Kulturvölker. Während in Rom ein Centurio eine Kunsteinheit kommandiert, steht sein germanischer Namensvetter, der Hunno, als geborener Anführer einer Natureinheit vor.

Nach der Beschreibung der Feldzüge der Römer gegen die Germanen, die hier nicht weiter verfolgt werden sollen, geht Delbrück auf das innere Leben der römischen Armee in seiner weltgeschichtlichen Abwandlung ein. Der Untergang Roms hängt mit der Umwandlung der altrömischen Heeresverfassung zusammen. Delbrück tritt der Ansicht scharf entgegen, als sei das Römische Reich bis etwa zur Zeit Caracallas im Niedergang gewesen. Auch von einer moralischen Degeneration will er nichts wissen. Er schildert anschaulich die große politische Wandlung, die sich in Rom vollzogen und ihren bedeutendsten Ausdruck in dem stärksten Instrument der Politik, der Armee, gefunden hat, als die Grundursache des Zerfalls des Römischen Reichs. Ursprünglich wurde der Kern der Armee, die Legionen, aus römischen Bürgern gebildet. Allmählich ergänzte man ihn aus den Provinzen. Dadurch lockerte sich mehr und mehr der Zusammenhalt des Heeres. Dazu kam ein wirtschaftliches Moment. Ein großes stehendes Heer läßt sich nur auf der Basis der Geldwirtschaft erhalten. Die Legionen, die das Reich ringsum gegen die Barbaren schützten, erhielt man mit den Steuern aus den Binnenprovinzen. Im 3. Jahrhundert trat nun Mangel an Edelmetall ein. Anscheinend waren die Bergwerke der Mittelmeerküste für die damalige Technik erschöpft. Man wußte sich nicht anders zu helfen, als indem man die Münze fortwährend verschlechterte. »Im Laufe des 3. Jahrhunderts ist die Geldwirtschaft nahezu abgestorben und die Kulturwelt wieder in die Naturalwirtschaft zurückgeglitten.« Bald erhielten auch die Beamten als Gehalt bestimmte Rationen und Portionen aus den öffentlichen Magazinen: Getreide, Vieh, Salz, Öl, Kleider, und in bar nur ein Taschengeld. Auch die Soldaten konnten nicht mehr regelmäßig in Geld gelohnt werden. Als Entschädigung stellte man ihnen für sie selbst und für ihre Familien Äcker zur Verfügung und löste dadurch das feste Gefüge des alten römischen Heers. Aus Berufssoldaten wurden Bauern. »Nicht mehr die Legionen, sondern die Barbaren, namentlich die Germanen, waren jetzt der beste Teil der Armee, und mit reißender Schnelligkeit überflutete dieser Strom das ganze römische Heerwesen.« Als in der sogenannten Völkerwanderung der Kampf zwischen Rom und den Germanen zu Ende gekämpft wurde, war es ein Kampf zwischen Germanen unter einander. Diese einbrechenden Germanen wer-

den uns als große Kriegergenossenschaften geschildert, die als solche auf Krieg, Sold, Beute und Herrschaft ausgingen nicht als Bauern, die Land suchten. Sie haften nur lose am Boden, weil sie vorwiegend Viehzüchter und Jäger sind. Die wandernden Volksheere der Germanen mußten sich innerlich wandeln. Das Frankenkönigtum entstand dadurch, daß der Fürst der Salier, Chlodwig, auch von vielen anderen verwandten Völkern als König anerkannt wurde. Die Könige regieren jetzt größere Abteilungen oder Gebiete, durch ernannte hohe Beamte, die Grafen und Herzöge. Es entsteht auch sonst aus der verschiedensten Ansätzen ein Adel. So wandelt sich das Herrschaftsrecht ursprünglich gewählten Hunnos in ein erbliches Recht um. Die Hundertschaft besteht nur noch als Bezirkseinteilung stirbt ab. Der Gemeinbesitz am Acker geht in Privateigentum über.

Wie vollzog sich nun der Eintritt germanischer Völkern in den römischen Dienst? Während es zuerst mit Völkern auf der eigenen Scholle Verträge schloß schritt Rom bald zur Ansiedlung eines solchen Volks auf einem Grenzstrich, darauf zur Überweisung einer Landschaft im Innern, schließlich zur Ansiedlung inmitten der Römer. Die Rechtsform dieser Ansiedlung knüpft bekanntlich an die unter der Bezeichnung *hospitalitas* bekannte Form der römischen Einquartierung an. In Betracht kamen für die Ansiedlung wesentlich nur die großen Güter, die an Kolonen, an die Scholle gefesselte Halbfreie, Hörige, verteilt waren. Mit den Besitzern dieser großen Güter teilten die Germanen in der Regel in der Weise, daß sie ein Drittel der Unfreien und zwei Drittel des Ackers für sich in Anspruch nahmen. Typisch dafür ist die Ansiedlung der Burgunder bei der im Einvernehmen mit den Römern vollzogenen Erweiterung ihres Gebiets über Lyon und den Rhone hinaus. »Die germanischen Völkern auf dem romanischen Boden sind ursprünglich nichts als Heere.« Die Heerführer nahmen auch die bürgerliche Verwaltung in die Hand und ließen sie durch die Grafen besorgen. Delbrück vergleicht mit Recht diese Entstehung einer neuen Verwaltung aus den Bedürfnissen der Heeresverwaltung heraus mit der Entwicklung der Verwaltungsorganisation des preußischen Staates. »Wie die Burgunder und Goten ursprünglich nichts sind als das Heer, das um der Beschaffung seiner Bedürfnisse willen auch die bürgerliche Verwaltung und einen Teil

des Besitzes in die Hand nimmt, so sind es die ursprünglichen Verpflegungsbehörden der Armee, aus denen die preussische Verwaltung hervorgegangen ist.« Im letzten Abschnitt schildert Delbrück dann noch den Übergang ins Mittelalter. Mit der Ansiedlung zerstreut sich das ursprünglich in festen Geschlechterverbänden zusammengefügte Heervolk über das Land. Die zahlenmäßige militärische Gliederung wurde allmählich durch die geographisch-politische Einteilung in Provinzen und Grafschaften verdrängt. Die alten, auf persönlichem Treuverhältnis beruhenden Gefolgschaften zersetzen sich in eine Art Söldnertrupp von Privatsoldaten. Wurde eine Zeitlang die überkommene Vorstellung, daß sich bei der Völkerwanderung ganze Völker in Bewegung gesetzt hätten, angezweifelt und behauptet, daß große Gefolgschaften einzelner Kriegsfürsten die römischen Provinzen in Besitz genommen hätten, so ist man nun doch wieder zur alten Auffassung zurückgekehrt. Man hat jedoch erkannt, daß diese Völker sehr gering an Zahl waren und tatsächlich mehr einem Kriegerhaufen glichen. So bewegt sich die Forschung nicht im Kreis sondern in der Spirale, wie Delbrück, nicht nur für sein Forschungsgebiet richtig, feststellt.

Wie stark Delbrück von der Forschungsmethode der ökonomischen Geschichtsauffassung getragen ist, zeigt folgende grundlegende Frage: »Konnten diese Germanen ihre, zwischen den Urwäldern ausgebildete Fechtweise beibehalten, wo jetzt alle ihre Lebensbedingungen wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Natur von Grund aus verändert waren, oder was für neue Formen sind hier entstanden?« Der alte Organismus der durch Blutsbande zusammengehaltenen Geschlechterheere löst sich mit der Ansiedlung auf. Dadurch wurde der Zusammenhalt gelockert. Die persönliche Tapferkeit allein bleibt übrig. Aus dem altgermanischen Krieger wird allmählich der Reiter, der Ritter. Im Frankenreich gab es ursprünglich keinen Adel sondern beamtete Grafen. Zu Chlodwigs Zeit indes haben sich diese Grafen schon in die Großen des Reichs gewandelt, die nach dem Edikt Chlotars II. von Paris (614) nur noch aus den Großgrundbesitzern des Gaus ernannt werden sollten. Diese Großgrundbesitzer hatten ihre eigenen Krieger, der Staat löste sich in eine Kette persönlicher Abhängigkeiten auf. Das Institut der Vasallität entsteht. Auf dem Boden der Naturalwirtschaft konnte sich kein aus Steuern besoldetes

diszipliniertes Heer herausbilden. Nur die feudale Heeres- und Verwaltungsorganisation war in der Naturalwirtschaft möglich. Wieder ein Beleg für die grundlegende Marxsche Erkenntnis, daß die politischen und rechtlichen Formen durch die Produktion der wirtschaftlichen Güter bedingt werden. Aus der Vergebung von Gütern an Krieger gegen Kriegsdienst mit dem Vorbehalt, daß das Gut beim Tod sowohl des Leihenden wie des Beliehenen zurückfalle, entwickelt sich das mittelalterliche Lehenwesen. Lehenwesen und Vasallität verbinden sich aufs engste zur Feudalordnung.

Delbrücks Werk zeigt, welche tiefen Aufschlüsse möglich und zu erwarten sind, wenn man einmal ernstlich die ökonomische Geschichtsauffassung zum Forschungsprinzip, zur heuristischen Methode machte. Wie auch in der politischen und militärischen Beurteilung Ludendorffs zeigt Delbrück sich den Forderungen unserer Zeit nach einer wirtschaftlich fundierten Geschichtsforschung durchaus zugänglich. Sollte es nicht mit dem Wesen seiner in die geschichtlichen Verknüpfungen eindringenden Forschungsweise zusammenhängen, daß er sich auch über den sonst oft blind angebeteten Ludendorff ein selbständiges Urteil bewahrt? Auch hier zeigt sich der Wert einer gründlichen wissenschaftlichen Forschung für die alltäglichste Praxis, während die jede Ideengrundlage verachtenden angeblichen Realpolitiker sich in ihrer Oberflächlichkeit auch der Wirklichkeit nicht gewachsen erweisen.

**Totenliste** Anfang November 1921 starb in Stockholm der ehemalige Reichsantiquar und Direktor des Museums vaterländischer Altertümer *Oscar Montelius* in seinem 79. Lebensjahr. Sein Arbeitsfeld war vor allem die Erforschung der Bronzezeit. Seine Bücher über die Bronzezeit im Orient und Griechenland, über den Orient und Europa, die vorklassische Chronologie und die Etruskerfrage, seine Kulturgeschichte Schwedens und andere mehr sind ins Deutsche übertragen oder gleich in deutscher Sprache veröffentlicht worden. Montelius war ein Gelehrter von Weltruf; die Berliner Akademie der Wissenschaften, das Institut de France, die Londoner Royal Society und fast alle anderen gelehrten Körperschaften der Kulturwelt, darunter auch die Akademie der Achtzehn, die berühmte Gelehrtenvereinigung Schwedens, zählten ihn unter ihren Mitgliedern. Dem Inhalt

und der Tendenz seiner Theorien wird man freilich vielfach mit Kritik begegnen müssen.

Der Leiter der berühmten Ausgrabungen des Zeustempels in Olympia, *Georg Treu*, starb im Alter von 78 Jahren auf dem Weißen Hirsch bei Dresden. Er wirkte seit Jahren als Lehrer an der Technischen Hochschule und der Kunstakademie und als Leiter des Albertinums in Dresden. 1877 bis 1881 widmete er seine Tätigkeit ganz den Ausgrabungen des olympischen Zeustempels, die von Curtius begonnen worden waren. Literarisch stellte er die Resultate der Ausgrabungen in einem großen Tafelband zusammen. 1885 veröffentlichte er eine Schrift Sollen wir unsere Statuen bemalen?, die Klinger zu seinen Versuchen der Übermalung führte.

In Berlin starb der Prähistoriker *Otto Olshausen* in seinem 82. Lebensjahr. Seine Ausgrabungen auf Rügen und in seiner Heimat Schleswig-Holstein brachten wertvolle Funde zutage. Er war lange Jahre Bibliothekar der Berliner Anthropologischen Gesellschaft.

Der verdienstvolle Forscher der Geschichte des Quäkertums *William Charles Braithwaite* ist kürzlich gestorben. Er hatte nach dem Krieg Deutschland bereist und war erst kürzlich von der Marburger Theologischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt worden.

Der Senior der deutschen Archäologen *Carl Robert* ist, 71 Jahre alt, vom Tod dahingerafft worden. Mit 30 Jahren bereits wurde er von Theodor Mommsen frühzeitig in seiner Bedeutung erkannte Gelehrte Ordinarius in Berlin. 1890 siedelte er nach Halle über. Im Auftrag des deutschen Archäologischen Instituts gab er das monumentale Sammelwerk Die antiken Sarkophagreliefs heraus, das von seinem Schüler, dem Gießener Archäologen Rodenwald, weitergeführt wird. Aus seiner Neubearbeitung des Prellerschen Handbuchs der griechischen Mythologie erwuchs ihm ein ganz neues Buch Die griechische Heldensage, von dem bereits 3 Teile erschienen sind, und der letzte druckfertig vorliegt.

**Kurze Chronik** Das Forschungsinstitut für *Kulturmorphologie* in München gibt einen Atlas *Africanus* heraus, der die gesamte Kulturentwicklung Afrikas veranschaulichen soll (München, Beck/). Herausgeber sind die Afrikaforscher Leo Frobenius und Ritter von Wilm. ◊ Die spanische Regierung hat eine besondere Kommission berufen, die die bereits seit längerer Zeit

geäußerte und nahegelegte Vermutung prüfen soll, daß *Columbus Jude* war. Die neuentdeckten Dokumente über Columbus' Abstammung sollen, wie englische Blätter berichten, keinen Zweifel darüber lassen, daß Columbus Jude war, auch sein Judentum bewahrt, aber, wie die Maranen, wegen der Inquisition nur im geheimen betätigt hat. Daß an seiner welthistorischen Expedition mehrere Juden teilgenommen haben, und daß einer von ihnen, Rodrigo de Triana, der erste war, der das neue Land sichtete, ein anderer, Luis de Torres, der erste, der es betrat, war bereits seit längerer Zeit bekannt; ebenso, daß sich spanische Juden um die wissenschaftlichen Grundlagen für die Weltumseglung in hohem Maß verdient gemacht hatten (Abraham ibn Esra, der das beste astronomische Werk jener Zeit verfaßt, Levi ben Gerson, der den Seequadranten erfunden, Joseph Vecinho, der den nautischen Kompaß verbessert hat). Über den weiteren Verlauf der interessanten Untersuchung wird zu berichten sein, wenn jene neuen Dokumente der Öffentlichkeit übergeben sein werden. ◊ Im Vatikan arbeiten jetzt wieder deutsche Wissenschaftler. Der Pater Franz Ehrle schließt seine Baugeschichte des Vatikanischen Palastes, Ludwig von Pastor den 4. und 5. Band seiner großen Geschichte der Päpste ab, und der Prälat Joseph Wilpert begann ein Werk über altchristliche Sarkophage. ◊ Der Historiker des Sozialismus *Gustav Mayer* ist zum Mitglied der Historischen Kommission für das Reichsarchiv ernannt worden. Auch wurde ihm an der Berliner Universität ein Lehrauftrag für Geschichte der Parteien zuteil. Mayer hat sich vor allem durch seine Arbeiten über die Väter des modernen Sozialismus verdient gemacht, über die er neues, interessantes Material zutage förderte. Seine Arbeiten über Engels und Lassalle sind hier gewürdigt worden (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, 1920 I, Seite 155 ff., 1920 II, Seite 157 f., 1921 II, Seite 620 ff.). Den Lesern der Sozialistischen Monatshefte ist seine Skizze Karl Marx' Lebensweg bekannt, die hier (1918 I, Seite 416 ff.) zum 100. Geburtstag unseres Meisters erschien. ◊ Der Lehrstuhl der allgemeinen Verfassungsgeschichte an der Universität Berlin, den bisher O. Hintze innehatte, ist mit *Willy Andreas* aus Rostock besetzt worden. ◊ Der Münchener Historiker *Erich Marcks* hat das Ordinariat für neuere Geschichte in Berlin, als Nachfolger Dietrich Schaefers,

übernommen. ◊ Der Frankfurter Professor für mittlere und neuere Geschichte *Fritz Kern* folgt der Berufung an die Universität Bonn als Nachfolger Friedrich von Bezolds. ◊ Der Generalsekretär der Zentralkommission des Deutschen Archäologischen Instituts in Berlin *Hans Dragendorff* ist Professor der Archäologie an der Universität Freiburg geworden. ◊ Zu seinem Nachfolger am Deutschen Archäologischen Institut wurde der Gießener Professor *Gerhart Rodenwaldt* berufen.

#### Literatur

Ein Buch *Chinesische Kultstätten und Kultgebräuche* von *Martha Burckhardt* /Zürich, Rotapfelverlag/ verwebt im Erzählerton Reiseerinnerungen zu einem Gesamtbild. Es ist mit wertvollen Bildern und Zeichnungen der Verfasserin geschmückt und wird religions- und kulturgeschichtlich interessierten Lesern manches geben können. ◊ Von *Gustav Jung* liegt eine sehr dickleibige Studie *Die Geschlechtsmoral des deutschen Weibes im Mittelalter* vor /Leipzig, Ethnologischer Verlag/, die eine ungeheure Stoffmasse zusammenträgt. In der wissenschaftlichen Verarbeitung des Materials läßt das Werk manches zu wünschen übrig. Es wird aber wegen seines Gegenstandes und durch viele der tatsächlichen Angaben erhebliches Interesse erregen und befriedigen. ◊ Der *ehemalige deutsche Kaiser* gab Vergleichende Geschichtstabellen von 1878 bis zum Kriegsausbruch 1914 heraus /Leipzig, K. F. Koehler/. Die Zahlen sind in alter Manier für jeden der Hauptstaaten und jedes Jahr nach rein diplomatischen Gesichtspunkten zusammengestellt. Wissenschaftlichen Wert haben sie nicht. Sie sollen nur einem politischen Zweck dienen: nachzuweisen, daß der Krieg planmäßig von den Feinden Deutschlands herbeigeführt worden ist. Auf der andern Seite sollen sie positiv die Friedensliebe des deutschen Kaisers bis zum Krieg beweisen. Es handelt sich also um eine Selbstrechtfertigungsschrift. Das geht zum Beispiel aus der Zitierung eines belgischen Gesandtschaftsberichts vom 8. März 1913 hervor: »Derartige Pläne [nämlich kriegerische Pläne Deutschlands] stimmen schlecht zu dem in tiefsten Sinne religiösen und friedliebenden Charakter des Kaisers.« Auch in der Auswahl und Zusammenstellung von Daten kann sich eben schon eine bestimmte Tendenz zeigen. Über diese Tendenz selbst zu urteilen bleibe dem Politiker überlassen.

## KUNST

### Musik / Erwin Lendvai

**Saint-Saëns †** Camille Saint-Saëns, der berühmte französische Komponist, Schöpfer der vielgesungenen Oper *Samson und Dalila*, ist Mitte Dezember auf einer Reise in Algier plötzlich verschieden. Er war 86 Jahre alt. Ein Mann der musikalischen belle écriture, ein großer Könnner und vor allem ein Eigener, der einer ganzen Stilepoche in seinem Land den Stempel aufdrückte, ist dahingegangen.

Saint-Saëns widmete sich zuerst der Organistenlaufbahn. Seit 1877 lebte er ohne jede öffentliche Stellung nur der Komposition, vielfach auf Reisen als Pianist, Organist und Dirigent, seine Werke auf führend. Merkwürdig, daß er selbst, 1897, den Grundstein eines Saint-Saëns-Museums legte, und 1907 der Enthüllung seines Standbilds in Béziers beiwohnte. Von seinen etwa 150 Instrumental- und Vokalwerken sind wohl die für 2 Klaviere komponierten Variationen Opus 35 über ein Beethovenethema das bestgelungene. (Nach dem ersten Durchspielen hatte ich das Gefühl: Diese Arbeit hätte selbst Beethoven hochgeschätzt.) Berühmt wurde sein *Danse macabre*, ferner ein Septett für Trompete, Klavier und Streichquintett (Opus 65). Von seinen nahezu 2 Dutzend Opern hat sich *Samson und Dalila* im Repertoire der Theater dauernd halten können. Dieses Werk, das sich im 1. Akt mit Glück dem Oratoriumsstil nähert, kam 1877 in Weimar, unter Franz Liszt, zur Uraufführung. In Frankreich selbst fand die Erstaufführung erst Jahre später, und zwar nicht in Paris sondern in der Provinz, in Rouen, statt. Erst 1890 zog *Samson* in die Pariser Opéra ein. Von seinen anderen Opern wären zu nennen: *Henri VIII.* /1883/, *Ascanio* /1890/, *Frédégonde* /1895/, *Les barbares* /1901/, *L'ancêtre* /1905/. Sie und andere wurden eine Zeitlang in Paris, auch hier und da sonst gegeben, ohne sich aber dauernd behaupten zu können. Seine symphonischen Dichtungen *Le rouet d'Omphale*, *Phaëton* und andere haben in Frankreich eine starke Wirkung ausgelöst. Außerdem schrieb er noch eine Messe, ein Requiem, mehrere Oratorien, Symphonieen und Klavierkonzerte in sehr großer Zahl. Noch während des Weltkriegs konnten in dieser Rundschau (1915 I, Seite 516) neue Kompositionen des damals 80jährigen, bis an sein Lebensende schaffensfreudigen Künstlers angezeigt werden.

**Nikisch †** Nicht nur Deutschland, wohl die ganze Welt hat ihren größten Dirigenten verloren: Arthur Nikisch. Dieser Stern glänzt nicht mehr am Musikhimmel. Einige Tage schien es mir, als hätten wir mit ihm überhaupt den Ton, den Klang, die Grundbedingungen der Musik verloren. Da fühlte man erst, welche imposante Persönlichkeit dahingegangen war. Schon der Name Nikisch hatte einen hypnotischen Klang. Dazu sein Äußeres, die Patina der Weltberühmtheit, der absoluten Autorität. Wer kennt nicht jene verzauberten Sekunden, in denen Nikisch kurz vor dem ersten Taktstockhieb am Podium stand? Ich sah ihn öfter von jener Seite, die seinen Musikern zugewandt war. Seinen Träumerblick, der sich in diesen Sekunden noch einmal nach innen wandte, kannte das Publikum nicht. Auch nicht die eigentliche Energie, die sich wie ein elektrischer Strom sofort auf die Musiker übertrug. Man sah aber, wie er mit seinen Gesten sparte, wie ökonomisch er die Linke anwendete, um im Höhepunkt des Werks mit geballter Faust Lichtstrahlen oder einen donnernden Zusammenbruch aus dem Blechkörper herauszuholen. Unvergessliche Wonnen und Schauer des musikalischen Erlebens werden in der Erinnerung wach. Arthur Nikisch wurde am 12. Oktober 1855 zu Lebény-Szent-Miklos /Ungarn geboren. Er war väterlicherseits Österreicher, mütterlicherseits Ungar. Ein Tropfen Zigeunerblut verband die beiden Rassen. Schon mit 7 Jahren gab Nikisch Proben eines Auserwählten: Die auf einem Gut gehörten, von einem Spielapparat vorgetragenen Ouvertüren zum Tell und zum Barbier schrieb er zu Hause aus dem Gedächtnis nieder. Im Elternhaus vervollkommnete er sein Klavierspiel bis zur Konzertreife, am Wiener Konservatorium lernte er bei Hellmesberger Geige und Komposition bei Dessoff. 1874 verließ er die Anstalt mit einem preisgekrönten Streichsextett und trat zunächst als Violinist ins Hoforchester. 1878 wurde er vom Genieentdecker Angelo Neumann als 2. Kapellmeister an das Leipziger Stadttheater engagiert, in welcher Stellung er bald derart exzellierte, daß er Joseph Sucher und Anton Seidl koordiniert wurde. 1882 wurde er dort 1. Kapellmeister, ging jedoch 1889 nach Boston als Dirigent der Symphoniekonzerte, folgte 1893 als Operndirektor und 1. Kapellmeister dem Ruf nach Budapest und kehrte 1895 unter glänzenden Bedingungen als Leiter der Gewandhauskonzerte nach Leipzig zurück. 1902 bis 1907

wirkte er dort auch als Studiendirektor am Konservatorium und 1905 bis 1906 als Direktor des Stadttheaters. Außer seiner Leipziger Dirigententätigkeit wirkte Nikisch auch noch fortgesetzt als ständiger Dirigent in Berlin, Hamburg, Petersburg, machte auch seit 1897 mehrmals mit glänzendem Erfolg große Konzertreisen mit dem Philharmonischen Orchester nach Paris, Genf, Zürich usw. Nikisch kehrte kurz vor seinem Tod von einer südamerikanischen Tournee zurück. Noch am 9. Januar dirigierte er in Berlin in gewohnter Frische das Philharmonische Konzert, am 10. Januar stand er noch einmal an der Spitze des Gewandhausorchesters. Am 11. Januar erkrankte er an einer Grippe, zu der bald bedrohliche Herzkomplicationen hinzutraten. Am 23. Januar hat das Leben dieses edlen, liebenswerten Menschen, dieses muster-gültigen Dirigenten aufgehört. Nikisch hat seine Wertung nicht seiner Berühmtheit zu verdanken. So wie er später im Strahlenglanz der Weltstädte war, so war er auch schon zu Beginn seiner Laufbahn. Im Jahr 1888 schrieb Peter Tschaikowskij, wie man in seinen interessanten Erinnerungen eines Musikers /Leipzig, Reclam nachlesen kann, über ihn wie folgt: Die Leipziger Oper ist stolz auf ihren genialen jungen Kapellmeister Arthur Nikisch, einen Spezialisten für Wagners Musikdramen aus der letzten Periode seines Schaffens. Ich hörte unter seiner Leitung das Rheingold und die Meistersinger von Nürnberg. Das Orchester im Theater ist das selbe wie im Gewandhause, folglich 1. Ranges, aber so tadellos die Konzertaufführungen unter Karl Reineckes Direktion auch sein mögen, so kann man sich einen rechten Begriff von der Vorzüglichkeit der orchestralen Leistungen erst bilden, wenn man die Wiedergabe der schwierigen, komplizierten Wagnerschen Partituren hört, von einem so bewunderungswürdigen Meister in seinem Fache geleitet wie es Herr Nikisch ist. Sein Dirigieren hat nichts gemeinsam mit der berühmten und in ihrer Art unnachahmlichen Manier Hans von Bülows. So beweglich unruhig und effektiv in seinen zumeilen in die Augen fallenden Kunstgriffen beim Dirigieren der letztere auch ist, so wunderbar ruhig, jede überflüssige Bewegung vermeidend, aber dabei so erstaunlich mächtig, energisch und voll Selbstbeherrschung ist Arthur Nikisch. Er dirigiert nicht, sondern es scheint, als ob er sich einer gewissen geheimnisvollen Zauberei hingibt, man bemerkt ihn kaum, er bemüht sich durchaus nicht die Auf-

merksamkeit auf sich zu lenken, und doch fühlt man, daß das ungeheure Orchesterpersonal, wie ein Instrument in den Händen eines bewunderungswürdigen Meisters, sich vollständig und willig den Anordnungen seines Hauptes fügt. Dieses Haupt nun ist ein mittelgroßer, sehr blasser junger Mann, von etwa 30 Jahren, mit schönen strahlenden Augen, der in der Tat über irgendeine zauberische Kraft verfügen muß, vermöge deren er das Orchester zwingt bald zu donnern wie tausend Trompeten von Jericho, bald sanft zu girren wie ein Täubchen, bald zu verhalten in einem atemberaubenden, geheimnisvollen Klang. Und das alles geschieht so, daß die Hörer den kleinen Kapellmeister nicht einmal bemerken, der ruhig schwebt über seinem ihm sklavisch gehorchenden Orchester.« Der Name Nikisch wird noch lange musikalische Höchstleistungen bedeuten.

**Violonmusik** Den in *Paul Graeners* Sonate für Violine und Klavier (Opus 56) /Berlin, Bote & Bock/ vertonten Gedanken kann man erst nach vielem Suchen nachspüren. Und hierin liegt das Wertvolle an dieser Sonate, die ein Spukgeist diktierter. Ein verschleiertes Pianissimo leitet mit langsamen Schritten das Werk ein, um es kurz vor Schluß von einer noch schaurigern Seite zu enthüllen. Mir graust, denke ich an die im letzten System der 16. Seite beginnende Mysteriosstelle zurück. Graener leuchtet mit diesen Tönen in ein erstarrtes Totenreich. Ich denke an tief unterirdische Grotten, die man sah, und an die man mit Entsetzen, aber auch mit dem Wunsch sie wiederzusehen zurückdenkt. Diese Empfindungen sagen mir, daß in der neuen Violinliteratur kein stärker faszinierendes Werk aufzufinden ist. Schon das Titelblatt verkündet mit seinem starren Glasglanz den Inhalt des Werks. Eingehende Proben sind erwünscht, um die Sonate so zu Gehör zu bringen, daß seine abstrakte, gläsernspröde Innenwelt dem Zuhörer glaubhaft wird. Vielleicht ist eine besondere magische Kraft nötig, um das Werk einmal zum Leben zu erwecken.

**Busoni** Wer den Werken Ferruccio Busonis einige Monate eines eifrigen Studiums widmet, kommt zu einem Gesamtbild, das für den größten Klaviermeister unserer Zeit einen fast tragischen Hintergrund abgibt. Busoni ist eine Ahasvernatur. Ein Wanderer auf hohen, einsamen Bergrücken. Denn Täler meidet er. Das heißt, nur in

seinen Werken. In seinen Konzertprogrammen, abgesehen von einer kurzen, mutvollen Periode seines Lebens, ist er für das Publikum zu haben, nach dem Prinzip: Was ihr wollt. So steht er, in seinem Wesen gespalten, vor uns. Nirgends Ganzes geben können: welch ein Fluch! Selbst an jenen Stellen, wo er für seine Ideale tatkräftig wirken könnte: als Pianist, vom Podium herunter, geht er dem Neuen aus dem Weg. Wir hören neben altbewährten Klassikern nur Transkriptionen aus seiner Feder. Nicht einmal für seine eigenen Originalwerke tritt er ein, geschweige denn für die Genialität eines Arthur Willner, den er im Kreis seiner Freunde anerkennt. In der Reihe seiner Werke spielen qualitativ die Transkriptionen die primäre Rolle. Selbst in seinen Studien finden wir den unablässigen Hang zum Arrangement.

9 Klavierübungen und Präludien, der Klavierübung 1. und 2. Teil erstrecken sich bis auf Offenbachs Barcarole und Gounods Liebeserklärung des Faust. Offenbach in 3 Systemen partiturmäßig, Gounod vertrillert. Selbstverständlich ist diese 2bändige Klavierübung, die, wie alle hier genannten Werke Busonis, bei Breitkopf & Härtel in Leipzig erschien, auf rein didaktische Basis gestellt. Nicht Vortragsstücke schuf Busoni, er hat nur Klassisches (Bach, Beethoven, Schubert), Virtuoses (Liszt, Chopin) und Populäres (Gounod, Offenbach) in Anwendung für technische Vorstudien seinem Studienwerk einverleibt. Er fängt mit neuen Skalenübungen, neuen Fingersätzen, Skalenumkehrungen an. Sodann kommen die Tonleiterübungen über ein Lisztthema. Auch in geistreicher Polyphonie (Preludio E-dur), in virtuososen Formen (2. Kapitel), die zu Webers C-Dur-Sonate, zu Liszts Carillon, zu einer Chopinschen Phantasie vorbereiten, wird die neu gewonnene Skalenfertigkeit für den Virtuosen von großem Nutzen sein. Chromatik ist das Thema der 3. Klavierübung, Brechungen und Schiebungen in beiden Händen. Kurze Tonwiederholung behandelt das 4. Kapitel: Vorbereitungsarbeiten zu Chopins Gismoll-Etude, Liszt-Wagners Tannhäuserouvertüre, zu Busonis Indianischem Tagebuch, namentlich aber zum Glanzstück der Tonrepetierkunst: Auber-Liszts Bra-vourtarantella aus der Stummen von Portici. Enge und weite Akkordbrechungen im 5. Kapitel, 3stimmiges Register-spiel (à trois mains-Zauberei) im 6. Kapitel als Vorstudien zu Liszts Konzertstücken, zum großen Konzert Busonis.

Der 2. Teil der Klavierübung befaßt sich mit dem Triller. Die einleitende Übung (C-Dur) scheint mir rein musikalisch genommen das Wertvollste der Sammlung zu sein. Welche Klänge durch Alterationen, Vorhalte und Orgelpunkte! Hier haben wir eine Studie zur neuen Musik, nicht zum sich ausstellenden Zirkuskunststück, auf das leider die meisten Studien hinweisen. Die Trillervorstudien zu Beethovens letzten Klaviersonaten und die erst unisono 2stimmigen, dann 4stimmigen Wechselakkordtrioen (zeitweise mit Ausschaltung des 3., 4. respektive 3. und 4. Fingers) als Wegweiser zu Chopins Etuden sind wertvolle Abstraktionen. Es folgt der abscheulich vertrillerte Gounod. Das 8. Kapitel bietet das *Arpeggio in moto contrario* (Studien zu Beethovens Opus 2 b) und als Melodieverbrämung Studien zu Chopins *Fis-Moll-Prélude*, Liszts *Waldesrauschen*. Das 9. Kapitel greift auf das 6. zurück. Hier ist Polyphonie der leitende Gedanke. Mit Hochachtung studierte ich das *Perpetuum mobile et infinitum*, das zu einer Bachstudie wird. Die beiden letzten Übungen zu Schubert (Erlkönig) und zu Busoni (Concerto) streifen wieder ans Äußere, ans Virtuosenhafte.

Auch Brahms schrieb vorbereitende Studien; man nehme seine sehr nützlichen 51 Übungen /Berlin, Simrock/ zur Hand, doch während Brahms nur zu Musik, gewiß; zu seiner Musik, führen will, schillert Busoni in allen Prunkmitteln des verführerischen Virtuosen, der sein Publikum im Auge behält.

Ganz hervorragend gelang Busoni das *Duetto Concertante*, nach Mozart für 2 Klaviere zu 4 Händen. Diese Notenköpfe sehen ganz original Mozartisch aus. Klanglich ebenfalls nicht um ein Haar von Mozarts Klangvorstellung abweichend, zeigt Busoni uns die höchste Kunst der Einfühlung. Die Beneidenswerten, die sogar 2 Instrumente im Haus haben, mögen sich das leichtflüssige, ungemein anmutige Stück sofort besorgen. 2 kleine Bemerkungen: Warum mit dynamischen Zeichen gespart wurde, ist mir unbegreiflich. Spielt bei Ziffer 3 das erste Klavier weiter forte? Setzt im viertletzten Takt auf Seite 5 das 2. Klavier mit dem frühern pianissimo ein? Dann das Fehlen der *Crescendi*, *Diminuendi*: Warum das? Endlich: Ist bei Ziffer 5 jener bloßstehende Quartsextakkord möglich? Fehlt dort nicht im 1. Klavier der Ton c  $1\frac{1}{2}$  Takte hindurch? Eine herrliche Gabe für Bachspieler: 2 Kontrapunktstudien für Klavier nach Joh. Seb. Bach. Busoni ist hier Ent-

decker. Er machte die Beobachtung, daß eine (in der Vorbemerkung angegebene, Vorhalts- und Synkopenformel) den Bachschen Satz durch alle neuen Gestaltungen beherrscht und stützt. Wie eine einfache, große Wahrheit einem Gemeinplatz gleichklingt, so ist diese kontrapunktische Formel an sich billig und gemeinplätzig, der Schlüssel, das Fundament, der Beweggrund des polyphonen Ganges, schon dadurch, daß sie sich zunächst unendlich verketten läßt, sodann dadurch, daß sie die Wurzel mannigfacher Motive, Subjekte, Füllstimmen, Bässe darstellt; endlich dadurch, daß sie mit gleicher Entschiedenheit des Ausdrucks Anfang, Fortsetzung oder Ende eines Satzes bedeuten kann. Busoni nennt die Formel das *kontrapunktische Urmotiv*, das er sodann an Bachs *Phantasie und Fuge (A-Moll)* hinreichend demonstriert. In seiner feinfühligsten Analyse geht er sogar so weit, daß er an vielen Stellen das Urmotiv als bloße Idee, also von Bach nicht direkt in Tönen notiert, angibt. So schwebt in der Bachschen Idee fast ununterbrochen das Urmotiv über der musikalischen Aktion. Busoni reißt uns hier auf Schritt und Tritt zur Bewunderung hin. Im 2. Teil löst er mit leichter Hand neue Rätsel des Musikalischen Opfers. Man weiß, aus Biographien und Romanen, daß Friedrich II. auf seinem Potsdamer-Schloß Bach in Reiskleidern empfing, ihm alle Klaviere und Orgeln zeigte und ihm auf des Meisters Wunsch ein Thema gab, das Bach, im Fugestil frei improvisierend, aus dem Stegreif bearbeitete; später, zu Hause, nahm Bach das recht königliche Thema vor und lieferte dem König eine große Fugestudie mit Kanonrebusen. Sie wurden schon von Agricola, Kirnberger und anderer gelöst. Doch wollte auch Busoni seinen Witz an den Aufgaben schärfen, und seine Arbeit als Rätsellöser ist auch in jeder Beziehung gelungen zu betrachten.

So viel über seine neuen Bearbeitungen. Wenn aber unser Meister Eigenes gibt, so verdüstert sich der Musikhimmel. Denn ohne Vorbilder kommt er nicht aus. Nicht einmal sein liebevoll verstehender Biograph Hugo Leichtentritt (in der Sammlung der Kleinen Musikerbiographien /Leipzig, Breitkopf & Härtel) kann sich diesem Urteil verschließen. Busonis 18 Chopinvariationen »sind abhängig von Brahms' berühmten *Händelvariationen*«. Im Konzertstück (Opus 31a) hat »Brahms' D-Moll-Konzert Spuren hinterlassen«. Seine Tanzstücke

stammen aus Frescobaldi, Pasquini, Scarlatti'schem Geist. Sein 2. Streichquartett ist »an den besten Mustern: Beethoven und Brahms, geschult«. Die 6 Klavierstücke (Opus 33 b) sind lisztisch, schumannisch, ja sogar Saint-Saëns lebt in ihnen. Über die Symphonische Dichtung (Opus 32) sagt Leichtentritt: »Von Busonis Eigenart trägt sie nur geringe Spuren, dagegen eine Familienähnlichkeit mit den frühen Werken von Richard Strauß.« In der Geharnischten Suite (Opus 34 a) liegt Ähnlichkeit mit Sibelius zutage. Brahms'sche und Liszt'sche Einflüsse sind deutlich erkennbar« im Violinkonzert (Opus 35). »Die Gefühlswelt der Bach'schen Orgelkompositionen und der letzten Beethoven'schen Sonaten ist die Atmosphäre« der 2. Violinsonate (Opus 36 a). Die Lustspielouvertüre (Opus 38) kann man als eine Huldigung an Mozart ansehen. Fremde Autonomie hält Busoni. Schreibt er seine »Sonatina ad usum infantis pro clavicimbalo composita« (Busoni liebt latinische Haltung; sie stammt aus einem einseitigen Ästhetizismus eines weltmännischen arbeiter elegantiarum), so kommt er aus grüblerischen Tonversuchen in die Ära der Wiener Klassiker. Und wie stillos. Man vergleiche die Ausdruckslosigkeit der 1. Seite mit etwa dem Schematakt 11 auf Seite 7, und nun dazu die Chopinchromatik des 4. Sätzleins. Überhaupt, das Ganze und jedes Einzelglied leidet an Haltlosigkeit. Planlos irt es umher in dieser Arbeit.

Die Sonatina brevis, in signo Joannis Sebastiani Magni, ist schon zielbewußter. Sie ist eingeständenerweise eine freie Nachdichtung Bachs Kleiner Phantasie und Fuge D-Moll. Es ist anzunehmen, daß Bach von Busonis Sonate nicht sehr erbaut gewesen wäre, denn in signo Joannis Sebastiani Magni muß man architektonisch gliedern und aufbauen, nicht im Floskelimpressionismus zerfließen. Da denke ich an einen Ausspruch Max Regers: Die Richtung Liszt-Strauß hat eine Generation junger Musiker herangezogen, bei denen ein verschwommener poetischer Gedanke den Mangel an rein musikalisch-architektonischem Können verdecken soll.«

Wir befinden uns im Krebsgang. Noch schwächer finde ich die Sonatina in diem Nativitatis Christi MCMXVII. Wer Busoni jemals nähertrat, wird verspürt haben, daß seine geistreiche Art Weihnachtsstimmungsbildern niemals gerecht werden dürfte. Man glaubt ihm die in der Sonatina bekundete fromme Weise nicht. Man kann nicht jenen Geburtstag

von außen her aus interessanten Klavierakkordeffekten ausmalen. Die Farbe müßte hier aus innerm Erglühtsein leuchten.

Seine Sonatina seconda steht nun gar in signo Arnold Schönberg. Tonverzerrungen, Verquetschungen, willkürliche Effekte bei Mangel an Ethos und Humor. Sehr moderne Mißklänge für die neugierige Jugend, die so etwas, je toller, desto mehr, liebt. Hier paßte die Hinzufügung: in diem Nativitatis Satanae mei. Ha! schreit es aus den Akkorden bei Lento occulto, wie wenn Priester der Schwarzen Magie die Hostie verteilen wollten. Kann dieser Busoni, der hier auf Huysmans' Là bas-Niveau steht, auch fromm weihnachtlich lallen? Diese Widersprüche der Seele! Mannigfaltigkeit ist eine Hauptbedingung des Schaffens. Aber ohne Einheitlichkeit fehlen der Mannigfaltigkeit Form und Idee und somit Wahrheit. Man empfindet: Dieser Mann stand einst Gott nahe, er hat sich von ihm gewandt.

Busoni umgibt eine Schar Musiker, zumeist weiblichen Geschlechts. Aber nur dem Pianisten gilt die Liebe. Sobald sich seine Jünger in den öffentlichen Musikbetrieb stellen, vergessen sie, daß ihr Meister auch Komponist sein will, und sie benutzen ihn nur als Bearbeiter. Wie traurig: Ein Mensch von unermeßlichem Können von Bewußtseinskultur in Fesseln gelegt, an formalem Ästhetizismus erkrankt. Nun aber steht Busoni wieder vor einer neuen Periode seines Schaffens. Er bringt uns einen neuen Klassizismus. Wir wollen seine Wege bereiten, wir wollen nicht, wie gewisse Federnarren, von ihm Taten verlangen. Es genügt, daß in einem führenden Musikerkegelpf die Einsicht dämmert, daß die bisher modern genannte Musik ein snobistisches L'art pour l'art war, und daß wir wieder Wege zum Volk und mit ihm zu Gott suchen müssen.

Oper

Fritz Stiedry hat am 27. Februar *Peter Cornelius* Barbier von Bagdad wieder

auf die Bühne des Berliner Staatsopernhauses gebracht. Er hat die Urfassung der Partitur wiederhergestellt, nachdem früher stets die Mottische Bearbeitung gegeben worden war. Die dadurch bewirkte Befreiung des Werks von dem wagnerisierenden Kleid, das ihm die »Suggestion der Zeit« angetan hatte, hat die besondere Schönheit dieser herrlichen, geistvollsten deutschen komischen Oper des 19. Jahrhunderts (deren Wirkungsintensität aber erst in weiteren

Dezennien des 20. Jahrhunderts erreicht werden dürfte) erst wirklich hervorleuchten lassen. Stiedry hat in einem Aufsatz der Allgemeinen Musikzeitung vom 24. Februar 1922 die einzelnen Rückänderungen, die er vornehmen mußte, aufgezählt und größtenteils überzeugend begründet; es sei auf seine Ausführungen, die einzeln durchzugehen von hohem Interesse ist, hier ausdrücklich verwiesen. Besonders Dank wird man ihm dafür wissen, daß er dem Werk nun die sonst ganz weggelassene H-Moll-Ouvertüre vorangesetzt hat, die die eigentliche Einleitung in das Werk (nicht dessen Zusammenfassung) darstellt, und die allein schon um ihres eigenartig verblüffenden Schlusses willen keinesfalls entbehrt werden kann. Daß dann die große D-Dur-Ouvertüre zwischen den 1. und den 2. Akt gestellt wurde, läßt sich stärker rechtfertigen als die Hineinnahme der 3. Leonorenouvertüre in den 2. Akt des *Fidelio*, wo sie besser fortziele, um ganz dem Konzertsaal überlassen zu bleiben, in den sie gehört. Die Neueinstudierung des *Barbiers* bewies dann die Richtigkeit der Stiedry'schen Argumente in der Praxis. Die Aufführung war namentlich in ihrem orchestralen Teil und in den Chören von seltener Schönheit. Stiedry hat hier ein Werk der Liebe vollbracht, worauf sich unsere Oper in ihrer jetzigen, sonst tatenarmen Zeit schon etwas zugehalten kann. (Und wann wird sie endlich wieder den Falstaff herausbringen?)

Die phantastische Oper *Der Fremde* des Berliner Komponisten *Hugo Kaun* übte bei ihrer Erstaufführung im Kasseler Staatstheater eine starke Wirkung aus.

#### Reformvorschläge

Dem deutschen Musikleben fehlt die einheitliche Richtung. Wir sind mit einem

Fuß noch in der Romantik, während wir, von kosmischen Utopieen angezogen, aus dem Alten uns zurückziehen möchten, ohne Boden unter den Füßen zu spüren. Den Boden gebiert aber unsere Sehnsucht. Als Wegweiser auf dem neuen Pfad stehen zwei Autoren mit bemerkenswerten Arbeiten vor uns: Leo Kestenberg und Karl Blessinger. Kestenberg verweist auf die notwendige Neugestaltung des Musikunterrichts. Er entwickelt in seinem Buch *Musikerziehung und Musikpflege* /Leipzig, Quelle & Meyer/ alle Möglichkeiten Musik nicht bloß dem Volk näherzubringen sondern als Volkseigentum erst recht fruchtbar zu machen. Daß die zünftigen Musikschulen und der Privatunterricht von

Grund auf eine Umgestaltung erleben müßten, ist völlig klar. Denn unsere Musikschulen sind heute mehr oder minder gute Technika für das große Laienpublikum. Außer der von dem genialen Thomaskantor Karl Straube geleiteten Thomasschule in Leipzig, kenne ich keine Fachschule für Musiker sondern nur Klassen, in denen Vortragsstücke gepaukt werden, die zum fragwürdigen Virtuositentum führen. Wer unter den Pädagogen, den Leipziger Klaviermeister Teichmüller ausgenommen, kümmert sich um zeitgenössische Schöpfungen? Wer kennt Arthur Willners Fugen, das bedeutendste Klavierwerk unserer Zeit? Worauf es bei den Reformen in erster Reihe ankommt, sagen die Worte auf Seite 26 der genannten Schrift: Vorausgesetzt, daß der Lehrer die Fähigkeit besitzt, Nun, er besitzt sie in 95% nicht. Will sagen: 95% der sämtlichen Musiklehrer sind selbst mehr oder minder geschickte Dilettanten. Und daher ist das im 2. Teil des Buches Aufgezeichnete (Die Musikpflege in der Öffentlichkeit) kaum zu realisieren. Der Staat soll —, die Stadt soll —, Sie können aber nicht. Sie hindern zumeist jede Regung auf dem Gebiet der musikalischen Reformation. Teils aus Geldmangel teils aus Unvernunft. Und so versinkt die vermeintliche Werkkrönung in Utopias Nebel. Immerhin, das Buch ist eine Mahnung. Man kann das Schwache übersehen, soll aber das Gute hervorheben. Denn es soll gefördert und nicht gehindert werden.

Blessinger rückt mit philosophischem Rüstzeug an die musikalischen Probleme der Gegenwart und ihre Lösung stattgärt, Benno Filser. Es ist unmöglich an diesem, alle musikalischen Fragen der Vergangenheit und der Zukunft beantwortenden Meisterwerk der Musikbuchliteratur vorbeizugehen, Blessinger halt das, was ein Paul Bekker 1916 versprochen hat. Denn während Bekker von der Revolution in die Oppositionspartei hinübergeschlendert wurde, hat Blessinger, ohne die gewaltige Musikgeschichte der letzten 3 Jahrhunderte aus dem Auge zu lassen, ein ethisch gegründetes, positives, gesellschaftsbildendes Ideal verfolgt. Ich wiederhole: im Gegensatz zu Bekker, der in seinem *Musikleben der Gegenwart* /Berlin, Schuster & Loeffler/ noch von der gesellschaftsbildenden Kraft der Musik sprach, heute aber den gesellschaftsprengenden Amorphismus einiger Infantilen in Schutz nimmt. Blessinger beseelt der Wunsch zur Besserung nicht minder als Kestenberg. Doch setzt er den guten Willen nicht ohne

weiteres voraus, allzu gut kennt er Hemmung und Trägheit: »Die Bewegung zur Reform der musikalischen Jugenderziehung wird von bedeutenden, ernst strebenden Geistern geführt, denen aber leider ein genügender Rückhalt aus den Kreisen der Musiker sowohl als des Volkes fehlt. Dadurch fehlt der Bewegung die nötige Stoßkraft, und dieser Mangel wird noch bedenklicher dadurch, daß ihre Führer, anstatt Seite an Seite zu kämpfen, einander oft gegenseitig befehlen.« Ob hier der eiserne Besen hilft? Ob nicht ein vertrauenerweckendes "Ich verstehe euch, ihr wollt es ja besser machen als ihr es versucht" sicherer ins Schwarze trifft? Auf alle Fälle ist ein jedes Wort Blessingers von ungeheurer Wucht, seine Gedanken von unglaublicher Präzision, die vor der ultima ratio schroffster Art nicht zurückschrickt; heißt es doch mit allen Kräften den Augiasstall reinzufegen. Und die Lösung des Problems? Wir stehen »an der Wende zweier großer Abschnitte innerhalb der christlichen Kulturepoche« und müssen uns »vorbehalten für den Beginn des Neuaufbaus einsetzen«. Wir müssen ein neues Humanitätsideal gegen die verflossene materialistische Weltanschauung erstehen lassen. Wir müssen es fertigbringen »den anderen Völkern in Verwirklichung der wahren Demokratie, in der Abkehr von der materialistisch-egoistischen und der Hinneigung zur idealistisch-sozialen Denkweise voranzugehen«. Ungemein anregend sind Blessingers bahnbrechende Reformideen, die sich fast in jeder Beziehung mit Kestenbergs Reformplänen decken, auch in den wenigen utopistischen Resultaten. Blessingers Ideen kann man (bis auf die kunstfeindlichen Zweckkompositionen der Volksmusikinstitute und die damit verbundene Art der Publikation) die schnellste Verwirklichung wünschen.

**Totenliste** Am 25. Februar verschied in Locarno der Schweizer Komponist *Hans Huber*, 69 Jahre alt. Einem rastlosen Schaffen von anderthalb Hundert zumeist größeren Werken ist ein Ende gemacht worden. 7 Symphonien, eine große Zahl Kammermusik-, Chor- und Klavierwerke bilden eine Fülle prächtiger Einfälle eines auf Schumann und Brahms fußenden Talents. Huber wurde am 28. Juni 1852 zu Schönwald bei Olten geboren. Er besuchte 1870 bis 1874 das Leipziger Konservatorium, wurde später Musiklehrer am Baseler Konservatorium, dessen Direktor er seit 1896 war.

**Kurze Chronik** In der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin wird unter der Bezeichnung Lautabteilung ein *Archiv von Grammo-phonplatten* gesammelt und ausgebaut, das dem Streben entspringt die Sprachen, die Lautbildung und die Musik aller Völker der Erde in phonographischen Beispielen niederzulegen. Bisher sind 315 Völker vertreten. Die Grundlage der Sammlung bilden Aufnahmen, die während des Weltkriegs in den Gefangenenlagern hergestellt wurden. Man hört die verschiedenen französischen Dialekte, die Weisen der asiatischen und afrikanischen Völker, ein russisches Balalaikaorchester, eine Zigeunerkapelle usw. Damit besitzt Berlin ein Institut, das in der Welt einzig dasteht. ◊ Das Schicksal des Salzburger *Mozarteums* schien besiegelt zu sein, da weder die Stadt Salzburg noch die österreichische Regierung in der Lage ist ausreichende Zuschüsse zu leisten. Richard Strauß hat nun dem Mozarteum 1 Million Kronen gestiftet, wodurch seine Existenz wieder eine Weile aufrechterhalten werden kann. ◊ Musikpädagogischen Zwecken dienen die *Jugendkonzerte*, die vom Provinzialschulkollegium für die Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten Groß Berlins ins Leben gerufen sind. Mit Unterstützung des Berliner Tonkünstlervereinsorchesters und in Verbindung mit den Vereinigten musikpädagogischen Verbänden werden in jedem Winter 3 Konzerte mit Einführungen in die einzelnen Werke veranstaltet, die jedesmal durch 20 Bezirke wandern.

**Literatur** Durch die Pfitzner-Bekkersche Polemik (siehe diese Rundschau, 1920 I, Seite 428 ff.) wurde *Karl Blessinger* zu einem Büchlein *Die Überwindung der musikalischen Impotenz* (Stuttgart, Benno Filser/angeregt, das die peinliche Debatte mit klugen Worten eines weisen Richters schließt. Ein jeder, der Pfitzners üble Schrift und Bekkers Modernitis kennt, müßte diese prächtige Schrift nicht bloß lesen sondern eifrig studieren. Denn hier wird endlich Licht in das Dunkel der schöpferischen Fragen gebracht. Warum erhält ein Mann wie Blessinger nicht eine leitende Stellung im Musikleben? Ein solch klarer Kopf müßte zur Aktionsfreiheit gelangen, nicht bloß Bücher schreiben, die jene, die es angeht, nicht lesen. Übrigens sind diese Bücher auf bestem Papier in klarem Druck erschienen, und der Verleger verdient ein besonderes Lob.

# KULTUR

## Landwirtschaft / Franz Fest

**Vitamine** Seit einigen Jahren hat die Wissenschaft begonnen sich mit dem neu entdeckten, besser: vermuteten, Stoff der sogenannten Vitamine zu beschäftigen, hinter deren Geheimnis man noch nicht gekommen ist (siehe die Rundschau Biologie, 1915 III, Seite 1026 f.). A. Stutzer/Godesberg/ hat kürzlich über die Notwendigkeit dieser Vitamine für die Ernährung von Mensch und Tier berichtet. Die Vitamine (auch Nutramine genannt) kommen in vielen Nahrungsmitteln in fettlöslicher oder wasserlöslicher Form vor, werden ursprünglich aller Wahrscheinlichkeit nach in Pflanzen gebildet, während der menschliche oder tierische Körper sie jedenfalls nicht bilden zu können scheint. Fehlen die Vitamine in der Nahrung ganz, so hört die Lebenstätigkeit bei Mensch und Tier auf; sind sie in zu geringen Mengen vorhanden, so treten Krankheiten auf, zum Beispiel die Beriberikrankheit bei vorwiegendem Genuß von vitaminarmem polierten Reis. Schutzmittel gegen Beriberi ist die vitaminreiche Milch in noch viel höherem Grad als die ebenfalls vitaminhaltigen Reischalen. Gegen Skorbut, der bei vitaminarmer Nahrung auftritt, hilft als gutes Vorbeugungsmittel vitaminhaltiges Gerstenmalz. Die Milch enthält 3 Vitamine, deren 1 fettlöslich, an das Butterfett gebunden ist und günstig auf die Ernährung einwirkt. Daher ist die Butter, abgesehen von ihrer leichtern Verdaulichkeit, bekömmlicher als Margarine. Der 2., an Milchzucker und Käsestoff gebunden, ist wasserlöslich und wirkt ebenfalls wie der 3. wasserlösliche Vitaminstoff der Milch äußerst günstig auf das Befinden der Menschen und Tiere ein. Der 3. Stoff wird durch längeres Kochen der Milch zerstört. Daher ist längere Zeit gekochte Milch viel weniger bekömmlich. Reich an Vitaminen sind ferner das Eigelb, der Lebertran, fetthaltiges Fischmehl, frisches Gemüse, grüner Salat, Grünfütterpflanzen. Bei der Heuwerbung geht ein Teil der Vitamine verloren. Daher wirkt das Silagefutter sehr viel günstiger auf die Milcherzeugung der Kühe ein als das Heu.

Die einzelnen Vitamine sind verschieden und wirken deshalb auch ganz verschieden. Stutzer hält mit Recht ihre weitere Erforschung für wichtig und weist vorläufig darauf hin, daß für die menschliche Ernährung der Verzehr von Blatt-

gemüsen und vitaminhaltigen Fetten sowie die richtige Zubereitung der Milch, für die tierische Ernährung die Verfütterung von Grünfutter und Silage statt Heu in Rücksicht auf deren Vitamingehalt von größter Bedeutung sind.

**Stallmistbehandlung** In den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 21. Januar 1922 berichtete Felix Bornemann in Bad Nauheim über einen Düngungsversuch mit heiß vergorenem Stallmist auf der Domäne Konradsdorf in Oberhessen. Es handelt sich bei dem neuen Verfahren darum einen in allen Schichten gleichmäßigen Dünger zu erzielen. Zu diesem Zweck unterwirft man ihn erst einer raschen und bei möglichst hohen Temperaturen planmäßig geführten Vergärung und lagert ihn erst dann unter Druck. Der auf diese Weise behandelte Stallmist zeigte sich dem nach der bisherigen Methode behandelten in Stickstoffgehalt und Wirkung stark überlegen. Der Analysenbefund ergab:

Düngerbestandteile	Verfahren mit heißvergorenem Stallmist %	Bisheriges Lagerungsverfahren %
Gesamtstickstoff	0,717	0,533
Ammoniakstickstoff	0,410	0,154
Gesamtphosphorsäure	0,383	0,191
Gesamtkali	0,850	1,313

Auffällig ist übrigens, daß der Gehalt des heiß vergorenen Mistes an Phosphorsäure doppelt so hoch, der an Kali dagegen um ein Drittel geringer ist als im gewöhnlich gelagerten Stallmist.

Die Erträge bei den mit Kartoffeln durchgeführten Versuchen waren, auf 1 Hektar berechnet, in Doppelzentnern folgende: bei heißvergorenem Mist 194,6 respektive 196, bei wie bisher gelagertem 173,5 respektive 169, ohne Mist 141,1 respektive 145,2. Der heißvergorene Stallmist hatte also den Hektarertrag im Durchschnitt beider Versuchsreihen um 24 Doppelzentner mehr gesteigert als der gewöhnlich behandelte Stallmist. Ferner hat sich gezeigt, daß auch der Stickstoffgehalt der Erntefrucht bei heißvergorenem Mist höher war (0,370 %) als bei gewöhnlich gelagertem Mist (0,316 %), und daß aus dem verabreichten heißvergorenen Stallmist im Durchschnitt 7,6 %, aus dem andern 1,3 % Stickstoff in der Ernte wiedergewonnen wurde. Wenn man auch aus den ersten Versuchen noch keine allgemeinen Schlußfolgerungen ziehen kann, so sind doch

die Erfolge so groß, daß eine weitere ausgedehnte Prüfung des neuen Verfahrens im Interesse der Erntesteigerung dringend geboten erscheint.

**Ernteergebnisse** Das Statistische Reichsam hat im Deutschen Reichsanzeiger vom 24. Dezember

1921 die Ergebnisse der statistischen Anbau- und Erntemittelungen über Brotgetreide und Kartoffeln vom Jahr 1921 veröffentlicht und sie mit denen vom Friedensjahr 1913 verglichen. Wir finden da bei allen Brotgetreidefrüchten eine erfreuliche Steigerung der Hektarerträge gegen das Jahr 1920. Dagegen bleiben die Hektarerträge bei allen Früchten noch weit hinter denen des Friedens zurück. Nun sind aber gerade im letzten Jahrfünft die durchschnittlichen Hektarerträge einer Gutswirtschaft (Hohenheim) gegenüber den Friedenserträgen erheblich gesteigert worden. Da muß man denn doch zu dem Schluß gelangen, daß das Gros der Landwirte es nicht verstanden oder aus Gleichgültigkeit verabsäumt hat die erforderlichen Maßnahmen in ihren Wirtschaften zu treffen, um ähnlich wie in Hohenheim und zahlreichen anderen gutgeleiteten Wirtschaften einen Rückgang der Hektarerträge in wirksamer Weise aufzuhalten und auszugleichen. Das zwingt immer wieder zu der Forderung eines Ausbildungszwangs für alle Betriebsleiter und Zwangsverwaltung aller rückständigen Betriebe. Wann wird das deutsche Volk endlich einmal den Mut finden ernstliche Maßnahmen zu ergreifen, um eine ordnungsgemäße Ausnutzung des deutschen Bodens zu sichern? Betrachten wir im einzelnen die Ernteflächen und Gesamterträge, so finden wir bei Brotgetreide gegen 1920 eine Zunahme der Erntefläche um 0,64 %, des Gesamtertrags um 35,04 %; aber gegen das Vorkriegsjahr 1913 eine Abnahme der Erntefläche um 18,74 %, des Gesamtertrags um 31,98 %. Bei Kartoffeln entschuldigt die große Trockenheit des Vorjahrs den bedauerlichen Rückgang der Hektarerträge (von 157,1 auf 98,8 Doppelzentner). Es ist zu hoffen, daß auch hier, namentlich in Rücksicht auf den erforderlichen Saatgutwechsel, endlich einmal ernste Maßnahmen ergriffen werden. Solange allerdings der Reichsminister für Landwirtschaft mit Räten arbeitet, die sich erst erkundigen müssen, was ein "Schweizer" ist, und die also vollständig davon abhängig sind, was ihnen von den einseitigen Unternehmerkammern in die Ohren geblasen wird, kann das deutsche Volk noch hungern.

**Viehstand** Vergleicht man die Ergebnisse der Viehzählungen vom 1. Dezember 1913, 1920 und 1921, so ergibt sich folgendes Bild (die Zahlen sind sämtlich auf das heutige Reichsgebiet berechnet):

Viehart	1921	1920	1913
Pferde (ohne Militärpferde)	3 683 343	3 588 217	3 835 893
Maultiere und Esel	32 899	—	—
Rindvieh	16 839 559	16 806 791	18 570 591
Schafe	5 882 272	6 149 703	4 988 953
Schweine	15 875 636	14 179 163	22 668 789
Ziegen	4 337 299	4 458 335	3 197 275
Federvieh	67 975 406	60 955 331	—
Kaninchen	4 450 063	6 875 502	—

Gegen das Vorjahr sehen wir eine erfreuliche Zunahme bei Pferden (2,7 %), Rindvieh (0,2 %) und Schweinen (12 %) sowie bei Federvieh. Hier sind es rund 7 Millionen Hühner, die gegen das Vorjahr mehr gehalten werden. Die Schafe haben leider um etwa 4 1/2 % abgenommen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Fleisch und Milch und die Schwierigkeit der Futtermittelbeschaffung erzeugte einen Rückgang der Ziegenhaltung um 2,7 % und der Kaninchen um 35,3 %.

Gegen das Vorkriegsjahr 1913 ergibt sich ein Minderbestand bei Pferden um 4 %, der zum Teil durch die vermehrte Maultierhaltung ausgeglichen wird. Bei Rindvieh beträgt die Minderzahl noch 9,3 %, allerdings sind die Tiere von geringerm Durchschnittsgewicht. Am Schweinebestand fehlen noch fast 30 %. Dagegen beträgt das Mehr an Schafen trotz dem bedauerlichen Rückschlag im letzten Jahr noch fast 18 %.

**Tagungen** Am 18. Februar fand der Reichslandbundtag in Hannover statt. Es waren fast

10 000 Landwirte erschienen. Von Bedeutung sind die dort öffentlich seitens der Führer des Landbunds verkündeten Feststellungen, daß 1. aus deutschem Grund und Boden bei zeitgemäßer Bewirtschaftung die Erträge so gesteigert werden können, daß das deutsche Volk ohne Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Ausland gut ernährt werden kann, und 2., daß die deutsche Landwirtschaft ohne staatliche Geldhilfe in der Lage ist aus eigenen Mitteln die erforderlichen Intensivierungen vorzunehmen.

Vom 12. bis zum 18. Februar fand in Berlin wieder die sogenannte *Landwirtschaftliche Woche* statt, bei der wie stets die Beratungen der Deutschen Land-

wirtschaftsgesellschaft und ihrer zahlreichen Ausschüsse an fachlicher Bedeutung und an Interesse für die herbeigeeilten Landwirte an erster Stelle standen. Am 15. und 16. März wurde in Berlin die 2. Hauptversammlung der *Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer* abgehalten. Sie nahm da Stellung zu dem geplanten "Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft", von dem noch ausführlicher zu sprechen sein wird. Sie bestätigte dabei die Notwendigkeit der seit Jahren von einsichtigen Männern (auch in dieser Rundschau) mündlich und schriftlich immer und immer wieder geforderten Maßnahmen, bei deren Durchführung die Landwirtschaftskammern leider bisher weit hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben sind, also versagt haben und infolge ihres ganzen Aufbaus versagen mußten.

#### Totenliste

Am 22. Dezember 1921 starb im 73. Lebensjahr nach kurzem Kranksein der Senior

der deutschen Tierzuchtlehrer, *Kurt Lehmann*, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Er hat, auch abgesehen von seiner hervorragenden amtlichen Lehrtätigkeit, die Tierzucht als 2. Vorsitzender der Gesellschaft für Züchtungskunde, deren Mitbegründer er war, und durch jahrzehntelange Mitarbeit als Preisrichter und wissenschaftlicher Bonitierter von Wollen und Flicßen bei den Probeschuren der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gefördert. Von seinen zahlreichen Veröffentlichungen seien hervorgehoben: die Neubearbeitung von Emil Wolffs Rationeller Fütterung der landwirtschaftlichen Nutztiere auf Grundlage der neuen tierphysiologischen Forschungen und die gemeinsam mit Zuntz herausgegebenen Untersuchungen über den Stoffwechsel des Pferdes bei Ruhe und Arbeit.

Am Weihnachtsabend verschied nach kurzem schweren Leiden im 66. Lebensjahr *Fritz Westmann* in Greisitz bei Sagan. Sein Lebensziel: zu zeigen, wie man auf armem Sandboden möglichst hohe Ernten erzielen kann, hat er auf seiner Muster- und Beispielswirtschaft erreicht. Besonderes Verdienst hat er sich um die Förderung des Kartoffelbaus erworben, indem er selbst neue ertragreiche Sorten züchtete (Greisitzer Wohltmann) und durch Versuche den Anbau anderer guter Sorten populär machte. Vorbildlich hat er auch im Forstbau gewirkt, indem er auf Sand, der einen 100jährigen Bestand von armstarken Kiefern trug, nach geeigneter Bearbeitung und Düngung üppig wachsende Bestände erzog. Seiner Tat-

kraft ist es zu verdanken, daß die Boberalsperrren gebaut worden sind, und so die Ernten der Umgegend vor Überschwemmungen geschützt wurden. Westmann hatte sich aus eigener Kraft emporgearbeitet. Nachdem er nach Amerika gegangen war, um dort die maschinell betriebene Landwirtschaft zu studieren, kehrte er mit reichen Erfahrungen zurück und erwarb mit sehr bescheidenen Mitteln das ärmliche Greisitz, auf dem sich bis dahin noch ein Besitzer halten konnte. Obgleich ihm 2mal durch den Bober die gesamte Ernte fortgeschwemmt wurde, und er vor dem Ruin stand, arbeitete er sich mit eiserner Energie wieder hoch; er starb in besten Vermögensverhältnissen. Wir alle, die wir Gelegenheit hatten von ihm in seinem Betrieb zu lernen, werden ihm ein gutes Andenken bewahren und hoffen, daß sein Beispiel und seine Lehren noch lange gute Früchte tragen mögen.

Am 20. Januar 1922 starb in Groß Bieberau *Georg Friedrich Böhm* im Alter von 60 Jahren. Böhm war der Sohn eines Zimmermanns und hat sich, ohne eine höhere Schulbildung genossen zu haben, aus eigener Kraft mit bewundernswertem Fleiß emporgearbeitet. Besonders groß waren seine Verdienste um die Förderung des Obstbaus, vor allem aber um die des Kartoffelbaus; war er doch einer der erfolgreichsten Kartoffelzüchter. Seine Neuzüchtungen werden weit über die Grenzen des Vaterlands hinaus angebaut. Zahlreichen Körperschaften stellte er seine Arbeitskraft und sein reiches Wissen zur Verfügung und half mit Rat und Tat gern jedem Berufsgenossen, der ihn darum anging.

**Kurze Chronik** Zu Beginn dieses Winters begann das neu begründete *Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen* in Berlin seine Lehrtätigkeit. Es wird von Max Sering geleitet. ◊ Als Nachfolger Friedrich Aereboes, der bekanntlich vom 1. April 1922 ab dem Lehrkörper der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule wieder angehören wird, ist an die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim der Direktor der Ungarisch-Deutschen Landwirtschaftsaktiengesellschaft *Adolf Münzinger* aus Solontamare in Rumänien berufen worden; er ist dem Ruf gefolgt. ◊ Der Direktor des Instituts für Anatomie und Physiologie der Haustiere und der Tierklinik am Landwirtschaftlichen Institut der Universität Halle *Rudolf Disselhorst* ist von seinen amtlichen Verpflichtungen befreit worden.

### Kolonisation / Herman Kranold

Kautschukverwertung

Große Kolonialgebiete (namentlich Ceylon, Hinterindien und die Sundainseln, das äquatoriale Afrika und das tropische Südamerika) sind an der Ausdehnung des Kautschukabsatzes sehr interessiert. Zwischen 1900 und 1910 herrschte auf dem Weltmarkt ein großer Mangel an Kautschuk, weil die Vorräte an Wildkautschuk zur Neige zu gehen begannen, und die Ausbreitung des Rad- und Automobilfahrens usw. einen Kautschukbedarf von bis dahin unerhörter Höhe auf dem Weltmarkt hervorrief. Deshalb wurden in allen Gebieten, die sich nach Klima und Boden dazu angeblich oder wirklich eigneten, in jenem 1. und noch im 2. Jahrzehnt unseres Jahrhunderts Kautschukpflanzungen angelegt. Infolgedessen haben wir zurzeit eine Überproduktion an Kautschuk, die die Preise, in der Standardvaluta (Dollar) ausgedrückt, ein gutes Stück unter die Preise der Vorkriegszeit heruntergetrieben hat; die weitere Folge ist, daß in der Kautschukproduktion eine schwere Krise besteht, und die Kautschukproduktionsländer unter der Unrentabilität des in ihren Kautschukplantagen steckenden Kapitals schwer zu leiden haben. Unter diesen Umständen war es im Interesse der genannten Gebiete natürlich sehr erwünscht neue Absatzgelegenheiten für Kautschuk zu finden.

Das scheint jetzt insofern geglückt zu sein, als es gelungen ist Kautschuk in der *Papierherstellung* nutzbringend zu verwenden. Frederick Kaye, ein Technologe in Manchester, der Erfinder dieses Verfahrens, berichtet in der Handelswochenschrift des Manchester Guardian vom 16. März 1922 über die Benutzung von Kautschukmilchsaft (Latex) bei der Papiererzeugung. Dabei wird der Kautschuk nicht so wie gewöhnlich verwendet. In der Regel wird nämlich der Milchsaft der kautschukliefernden Pflanzen sofort, nachdem er eingesammelt ist, durch Zusatz von Chemikalien oder durch Räucherung zum Gerinnen gebracht; dabei ist dann die eigentliche Kautschukmasse, die in dem frischen Milchsaft, tröpfchenartig zerstäubt, schwebt (ähnlich wie die Butter in der frischen Milch) in die festgewordene Masse des Milchsafts in Gestalt von festen Körnchen eingesprenkt. In dieser Gestalt ist der Kautschuk für die Zwecke der Papiererzeugung nicht zu gebrauchen. Er muß vielmehr von vornherein anders behandelt werden. Bei dem Kayeschen Ver-

fahren wird der Milchsaft durch Zusatz geeigneter Chemikalien sorgsam am Gerinnen gehindert. Läßt man ihn dann stehen, so sammeln sich die Tröpfchen der eigentlichen Kautschuksubstanz ungefähr so an der Oberfläche an wie der Rahm auf der Milch. In dieser Gestalt wird der eigentliche Kautschuk von den übrigen Teilen des Milchsafts getrennt und so zur Papierherstellung verwendet, daß während der Papierfabrikation der Papiermasse ein gewisser Prozentsatz an Reinkautschuk der besprochenen Art zugesetzt wird. Dann schlägt sich der Kautschuk, wenn er nachher in dieser Mischung durch Zusatz von bestimmten Chemikalien ausgefällt wird, in Form eines Überzugs auf den einzelnen Fasern, aus denen die Papiermasse besteht, nieder. Damit ist der technische Prozeß der Kautschukverwendung in der Papierherstellung abgeschlossen. Die Herstellung von Papier aus dem Papierbrei erfolgt dann in der üblichen Weise. Von nachteiligen Wirkungen auf die Eigenschaften des Papiers weiß Kaye nicht zu berichten. Dagegen gibt er auf Grund ausführlicher Versuche Zahlen an, aus denen sich schließen läßt, daß das so behandelte Papier nach verschiedenen Richtungen gewinnt. Zunächst wird das Papier fester gegen Zug und Reißen, es wird widerstandsfähiger gegen die Gefahr des Brechens beim Knicken. Das ist ganz begreiflich, der Kautschukgehalt macht offenbar die einzelne Faser geschmeidiger und verleiht ihr gleichzeitig eine gewisse Elastizität. Ferner wird die Verarbeitungzeit für den Papierbrei durch den Kautschukzusatz ungefähr auf die Hälfte herabgesetzt. Die Menge Kautschuk, die der Papiermasse zugefügt werden muß, macht, je nach der Qualität des Rohmaterials und des Produkts, das man erwartet, 0,1 bis 1% aus. Bei einem Zusatz von 5% Kautschuk bekommt man ein wasserdichtes Papier, das sich auch als Isoliermaterial für elektrische Leitungen eignet, bei ungefähr 20% Kautschuk und gleichzeitiger Verwendung sehr fester, grober Fasern (Manilahanf, Sisal, Jute) ergibt sich eine Masse, die alle technischen Eigenschaften von Linoleum aufweist. An Stelle von Kautschuk können auch die landläufigen Ersatzmittel (Guttapercha und Balata) verwendet werden. Da das Kayesche Verfahren es ermöglicht für die gleichen technischen Zwecke mit dünneren Papiersorten, also mit schlechterm Papierrohmaterial oder mit sehr viel geringeren Massen auszukommen, so wird es wahrscheinlich sehr bald praktische Bedeutung gewinnen. Kaye

schätzt den Preis für die Kautschukmenge, die für eine Tonne Papier nötig ist, auf 12 bis 18 Shilling, und meint, daß dieser Mehraufwand mit Leichtigkeit durch Ersparnis an Arbeit und Rohstoff wieder eingebracht werde. Den kautschukproduzierenden Ländern kann also durch diesen Ausbau der Technik eine wesentliche Absatzerleichterung ihres für ihre Wirtschaft so wichtigen Plantagenkautschuks erwachsen.

**Britisch Indien:** Britisch Indien hat in seinem Etat für 1922-1923 die

Schutzzölle für Textilwaren erhöht. Der Einfuhrzoll auf Tücher und Ellenwaren wurde von 11 auf 15 % des Werts erhöht; dagegen die Abgabe auf solche Produkte indischen Ursprungs nur von  $3\frac{1}{2}$  auf  $7\frac{1}{2}$  % gesteigert. Die inländische Steuer ist somit nun erst recht weit niedriger als der Ausfuhrzoll, so daß sich der Unterschied zwischen beiden als Schutzzoll dartut. Auf eingeführte Garne ist ein Zoll von 5 % des Werts gelegt worden, während Garne indischen Ursprungs ganz steuerfrei geblieben sind. Von der indischen Regierung wird die Maßnahme mit den Bedürfnissen des Fiskus begründet. Doch die englische freihändlerische Kritik weist begrifflicherweise darauf hin, daß dazu ja nicht gerade die Erhöhung der Schutzzölle nötig gewesen wäre, sondern daß eine ebenso scharfe Besteuerung der Güter indischen Ursprungs erst recht diesen Zweck erfüllen würde. Wenn aber die Freihändler gegen die Maßnahme selbst mit der Behauptung Sturm laufen, daß sie auch nicht im Interesse der indischen Textilindustrie selbst liege, so beweist die Erfahrung allerdings das Gegenteil dessen. Tatsächlich wird durch solche Schutzzölle den Industrien der Einfuhrländer (in diesem Fall hauptsächlich der Textilindustrie in Lancashire) ein Teil des Absatzes nach Indien entzogen und der indischen Industrie gesichert. Kommt diese dadurch erst einmal in die Höhe, so hat sie alle Aussicht später, selbst dann, wenn der Schutzzoll kapitalisiert und dadurch als solcher unwirksam geworden ist, durch ihr natürliches relatives Lagemonopol dauernd der englischen Konkurrenz die Spitze zu bieten. Als das vor 15 Jahren der erste Bearbeiter dieser Rundschau, Gerhard Hildebrand, dartat, war es für viele Sozialisten noch etwas Neues. Inzwischen aber hat die Erfahrung die Richtigkeit dieser Behauptung so hundertfältig erwiesen, daß man eigentlich annehmen sollte, das Manchestertum seligen Ange-

denkens lasse die Kolonien und die Kolonisationstheorie allmählich in Ruhe. Wenn man aber so angenehme Blätter wie den Manchester Guardian liest, sollte man meinen, daß in dieser Beziehung die Welt noch ungefähr da stünde, wo sie vor dem Auftreten der Merkantilisten gestanden hat. Das wird allerdings den Lauf der wirtschaftlichen Entwicklung schwerlich ändern.

**Totenliste** Der verdiente Geograph und Kolonialpolitiker *Julius Kettler* ist im Juli 1921 in

Berlin gestorben. Er wurde 1876 Mitredakteur der Petermannschen Geographischen Mitteilungen in Gotha, 1884 Direktor des Geographischen Instituts in Weimar, 1894 Direktor des Statistischen Amtes in Hannover. Von 1879 bis 1891 hat er die Zeitschrift für wissenschaftliche Geographie redigiert. Während des Weltkriegs gab er die bekannten Flemmingschen Kriegslandkarten heraus. Der Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Hamburger Universität *Karl Rathgen* ist, 65 Jahre alt, in Hamburg gestorben. Rathgen war im Jahr 1882 als Professor an die Universität Tokio berufen worden. Seinen mehrjährigen Aufenthalt in Japan hätte er zu eindringenden Studien über die geschichtliche Entwicklung des ostasiatischen Inselreichs, vor allem seiner wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse benutzt und diese in dem umfassenden Werk *Japans Volkswirtschaft und Staatshaushalt /1891/* niedergelegt. Ausgedehnte Reisen führten ihn auch nach China und Nordamerika. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland ließ er sich als Privatdozent in Berlin nieder, wurde 1895 Ordinarius in Marburg, 1900 in Heidelberg und folgte 1907 einem Ruf an das Hamburger Kolonialinstitut. Im Winter 1913-1914 las er als Austauschprofessor an der Columbiauniversität in New York über deutsche Kolonialpolitik. Er machte sich dann um das Zustandekommen der Hamburger Universität sehr verdient und wurde deren erster Rektor. Durch den Tod Rathgens hat Deutschland einen gründlichen Kenner des Kolonialwesens in seinen staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Beziehungen verloren.

**Kurze Chronik** In Britisch Columbien, auf der Insel Quadra nahe Vancouver, ist *radioaktives Erz* in anscheinend sehr ausgedehntem Vorkommen gefunden worden; man nimmt an, daß es reicher sei als die böhmische und die Cornwallische Pechblende. ◊

In *Palästina* sind 2 neue jüdischamerikanische Bankniederlassungen gegründet worden, eine in Jaffa von der American Palestine Company, die andere, mit noch unbestimmtem Sitz, unter dem Namen Palestine Cooperative Company. Ferner hat in Haifa die im vorigen Jahr gegründete Société des grands moulins de Palestine den Betrieb aufgenommen; von dem Kapital von 5 Millionen Francs sind 3 Millionen bereits eingezahlt. Die verheirateten jüdischen Landarbeiter in Palästina haben einen ständigen Ausschuss zur Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen gewählt. Ihre Forderungen gehen zunächst hauptsächlich auf eine Verbesserung der Arbeiterversicherung und auf die Ansiedelung von Familienvätern hin. ◊ Die Regierung *Französisch Indochinas* hat eine innere Anleihe von 36 Millionen Francs ausgeschrieben, um daraus öffentliche Bauten zu bestreiten. Die Annamiten werden also jetzt, da in Europa Geld für solche Zwecke nicht aufzutreiben ist, das Geld selbst aufbringen. Die Anleihe ist innerhalb 30 Jahren durch Auslosung zurückzuzahlen. Da in Indochina der übliche Zinsfuß 20 bis 25 % beträgt, ein solcher Zins aber unmöglich schien, so wird eine staatlich ausgestattete Prämienanleihe daraus gemacht. Die Banque de l'Indochine wird die Anleihestücke mit 6 % in Lombard nehmen. Der Versuch kann, wenn er gelingt, das heißt, wenn die Anleihe ausreichend gezeichnet wird, eine neue Ära in der kolonialen Finanzgeschichte einleiten. Die Idee stammt von dem Generalgouverneur Maurice Long. ◊ Als Bevölkerungszahl *Canadas* ergab sich bei der letzten Zählung 8 772 631, das ist gegen die Zählung 10 Jahre vorher eine Zunahme um 1 475 988. Der Wert des Handels *Canadas* mit Japan hat in den letzten Jahren eine interessante Entwicklung genommen. Die Einfuhr stieg von 1913 bis 1920 von 3,1 auf 13,6 Millionen Dollars (Januar bis August 1921 5,4 Millionen Dollars), die Ausfuhr nach Japan betrug 1913 1,1 Millionen Dollars, ging von 1914 auf 1915 von 1,6 auf 0,96 Millionen zurück, stieg dann bis 1919 auf 12,2 Millionen, ging 1920 wieder auf 7,7 Millionen zurück und überstieg in den ersten 8 Monaten 1921 mit 6,3 Millionen Dollars zum erstenmal die Einfuhr (um 0,7 Millionen). ◊ In *Jamaica* wurde ein Zolltarif eingeführt, der für Waren aus England und Canada, namentlich für Nahrungsmittel und Textilien, Vorzugszölle vorsieht. ◊ In *Bolivien* hat der Senat die Regierung zur Aufnahme einer auswärtigen Anleihe von 65 Millionen

Dollars Gold ermächtigt, aus der unfer anderm der Bau einer Eisenbahn von Potosi nach Sucre bestritten werden soll. ◊ Zwischen Brasilien und Argentinien ist ein Vertrag zustande gekommen, dessen Zweck die gemeinsame Entwicklung der Grenzterritorien *Chaco* und *Misiones*, insbesondere der Ausbau der Wasserfälle von Iguazu im letztgenannten Gebiet, ist. ◊ Die australische Bundesregierung hat angeordnet, daß liquidiertes deutsches Eigentum auf *Neuguinea* nur an australische Soldaten, geborene britische Untertanen oder vorwiegend britische Gesellschaften verkauft werden darf. Der Wert dieses deutschen Eigentums wird vorläufig auf 3½ bis 6 Millionen Pfund Sterling geschätzt. ◊ Die gleiche Regierung hat 6 deutschen Ingenieuren die Einreise in den Staat *Victoria* gestattet, um die Errichtung einer Braunkohlenbrikettierungsanlage in Morwell /Buln-Buln/ zu überwachen.

#### Literatur

Unter dem Titel Politische Geographie gibt *Arthur Dix* ein weltpolitisches Handbuch heraus /München, R. Oldenbourg/, dessen 1., allgemeiner Teil erschienen ist; der 2. Teil soll dann später die politische Geographie der Gegenwart enthalten. Der vorliegende Band nimmt die Erörterung einiger grundlegender Fragen vorweg. In 3 Büchern werden die Wirtschaftsgeographie, die Verkehrsgeographie und die Völker- und Kulturgeographie behandelt. Als Anlagen sind 2 Aufsätze über ein Forschungsinstitut für politische Geographie und über den Film als geschichtsgeographisches Anschauungsmittel hinzugefügt. Der Hauptwert des Buches liegt in dem Ausbau der Ideen der bekannten, jetzt vergriffenen Schrift Ratzels, die durch dieses Werk ersetzt werden soll. Insofern über die zum Teil noch recht strittigen Probleme berichtet wird, ist dieses Buch eine Bereicherung der Literatur und ein guter Ersatz für das alte Werk. Sehr gut und anschaulich ist das Kartenmaterial, das in den Text gedruckt ist. Es arbeitet mit Recht mit ganz einfachen graphischen Mitteln und erzielt gerade dadurch sehr anschauliche Wirkungen. Zu diesen ausgezeichneten-pädagogisch-technischen Leistungen gehört zum Beispiel eine Serie von 5 Karten, auf denen die "Umrundung" des Indischen Ozeans durch das Britische Reich seit der Mitte des 17. Jahrhunderts dargestellt ist. Abschließend wird sich über das Werk erst urteilen lassen, wenn auch die andere Hälfte vorliegt.